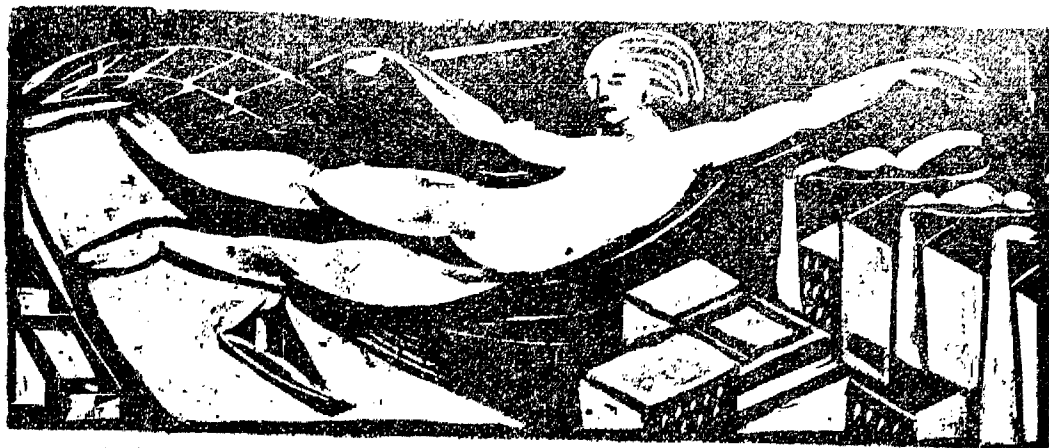




18. Februar 1929

HANS SIMONS • EIN VORLÄUFIGES JAHRZEHNT

NICHTS ist willkürlicher als ein Rückblick, der sich nach dem Kalender richtet. Die Art, wie des Zusammentritts der Nationalversammlung in Weimar am 10. Jahrestag gedacht wurde, zeigt deutlich, daß es sich nur um einen Termin, weder um einen Abschnitt noch um einen Einschnitt, handelt. Die Arbeit der Verfassungsgebenden Nationalversammlung hat allerdings in der Verfassung selbst ihren Abschluß gefunden; und dieses Werk ist würdig gefeiert zu werden. Aber das Leben, das in den Formen dieser Verfassung die politische Wirklichkeit der Deutschen Republik ausgemacht hat, behält für den Rückblickenden wie für den Vorwärtsschauenden etwas Vorläufiges. Vielleicht ist das der Grund dafür, daß der Ton der Erinnerungsreden und Gedächtnisartikel überall etwas matt war, und zwar bei den Gegnern so gut wie bei den Freunden der Republik. Das grundsätzlich Wichtige wurde dabei nur in den Schlußworten der Ansprache erwähnt, die der Reichspräsident Paul Löbe am 6. Februar hielt. Da ließ er sich durch die Zwischenrufe der Völkischen und der Kommunisten veranlassen darauf aufmerksam zu machen, daß die extremen Gruppen die Möglichkeit ihrer staatsbürgerlichen Betätigung (oder dessen, was sie darunter verstehen) nur den Freiheiten verdanken, die ihnen durch die Verfassung der Republik gegeben sind. Mit dieser Verfassung hat sich das Volk selbst bestimmte Grenzen gesetzt. Die Entwicklung der letzten 10 Jahre ist von der Tatsache beherrscht, daß unmittelbar nach dem Zusammenbruch der alten Staatsmacht der neue Staat die Kräfte der Opposition ausdrücklich in sich aufnahm und damit selbst die Hindernisse aufbaute, die er in täglicher Arbeit zu überwinden hat.

Es ist nicht gerade das geschichtliche Kennzeichen von Revolutionen, daß sie in eine solche Verfassung münden. Eben darum ist es nötig daran zu erinnern, daß eine Volksvertretung, die aus allgemeinen gleichen geheimen direkten und vor allem ganz unbeeinflussten Wahlen hervorging, eine Verfassung geschaffen hat, die nicht nur den Ausgleich zwischen den republikanischen Parteien suchte sondern auch dem Anspruch jeder Minderheit auf Mitbestimmung des staatlichen Schicksals gerecht werden wollte. Daraus erst erklärt es sich, daß die gesetzgeberische und verwaltende Tätigkeit in dieser Zeit stets sorgsam eine Mitte eingehalten hat, die den geistig und wirtschaftlich wirkenden Kräften des Volkes verhältnismäßig wenig entsprach. Den

maßgebenden Einfluß hatten bei allen parlamentarischen Konstellationen, in allen Regierungskoalitionen nicht die Gruppen, zwischen denen die eigentlichen Gegensätze bestanden, sondern Zwischenschichten, die imstande waren diese Gegensätze zu verdecken oder zu einem mehr schematischen als schöpferischen Ausgleich zu bringen. Staatliche Macht, die sich einseitig und eindeutig auf einheitlich bestimmbare Teile der Bevölkerung stützt, treibt sich selbst ins Extrem und ist genötigt die Gegner zu unterdrücken. Mehrheitsherrschaft, die unter sorgfältiger Wahrung der Verhältnismäßigkeit aller Kräfte aus den Wahlstimmen errechnet wird, sucht immer eine Mitte zu gewinnen, um die Gegensätze weder zu unterdrücken noch auszukämpfen. So kommt es, daß die Republik vor ihren großen Fragen heute noch mit den gleichen Zweifeln steht wie nach dem Novemberumsturz. Aber das geistig Gefährliche ist, daß sie diese Fragen auch sich selbst verschweigt. Auch im übertragenen Sinn wird über vieles hinweggeredet, was zunächst einmal wirklich ausgesprochen werden müßte, um wirklich beantwortet zu werden. Darum wirkt auch die Selbstzufriedenheit, die gelegentlich allzu geflissentlich zur Schau getragen wird, im Grunde etwas unecht; und das gibt wieder den Kritikern mehr Mut, als sie aus der Kraft ihrer eigenen Argumente schöpfen könnten. Dank dieser Bezogenheit auf die Mitte ist die Republik vor schweren Erschütterungen im ganzen bewahrt geblieben. Aber diese Ruhe hat nicht zur Klärung beigetragen. Sie hat, im Gegenteil, Trübungen entstehen lassen, die gefährlich werden können.

Noch bezieht sich diese Gefährdung nicht etwa auf den Bestand der Republik. Es gehört zu ihrem Wesen, daß sie keine Restaurationsmöglichkeiten offen läßt. Der museale Charakter der Geburtstagsfeier, die in Doorn veranstaltet worden ist, konnte durch keine Beziehung auf die Gegenwart beeinträchtigt werden. Präsidentendiktatur und Räte-republik sind die äußersten politisch ernst zu nehmenden Programmpunkte der Opposition; das Kaiserreich ist eine Angelegenheit nicht einmal mehr des Kyffhäuserbunds, nur noch des Kyffhäuserbergs. Aber gerade darum ist auch der Schutz der Republik kein positives Programm mehr sondern diejenige Selbstverständlichkeit der Selbsterhaltung, ohne die keine staatliche Machtgestaltung möglich ist. Es ist nicht nur die Schuld der Gegner, wenn von diesem Schutz der Republik, wenn von der Sicherung der Errungenschaften der Revolution allzu viel die Rede gewesen ist. Man braucht darüber jetzt nicht mehr zu streiten. Unzweifelhaft ist, daß die Zeiten der Sicherung vorbei sein dürfen, wenigstens, wenn darunter mehr verstanden sein soll als eben die selbstverständliche Voraussetzung für alles andere, was zu leisten ist. Auch das zu sagen scheint nicht überflüssig. Denn die Verkrampfung in Sicherungs- und Erhaltungsprobleme macht schwerfällig und unschöpferisch. Vieles wäre in den letzten 10 Jahren leichter gewesen, wenn das Selbstgefühl der regierenden Parteien in der Wertung ihrer Macht größer, dafür in der Wertung ihrer Methoden kleiner gewesen wäre, und wenn man die Gegner richtiger eingeschätzt hätte. Eine Opposition, die überschätzt wird, braucht selbst nicht viel zu tun und zerstört doch die Grundlagen der Demokratie, die, man mag es schön finden oder nicht, zu einem großen Teil richtige Rechnung sein muß. Frei von Furcht vor der Restauration kann die Republik an Reformen gehen, die nicht darum etwa weniger nötig sind, weil der Umsturz erst 10 Jahre zurückliegt. Im Gegenteil, man wird sich ernstlich fragen müssen, ob der Versuch

allerlei undeutliche und unfertige Reformen in die Formen des Bestehenden einzuschmuggeln länger richtig sein kann, wenn er es überhaupt gewesen ist. Gerade weil das Werk von Weimar in seinen Grundlagen unangefochten ist, muß die Methode als unwürdig abgelehnt werden es in Form verfassungsändernder Gesetze fortwährend an einzelnen Stellen zu verändern. So richtig es ist ein staatliches Grundgesetz, das mitten in einer Krisenzeit entstanden ist, nicht praktisch unabänderlich zu machen, zumal wenn es so in die Einzelheiten geht wie die deutsche Verfassung es tut, so wichtig ist es doch auch sich zu Veränderungen ausdrücklich zu bekennen und dafür zu sorgen, daß sie der Öffentlichkeit bewußt werden. Gerade die Sozialdemokratie hat nicht den geringsten Grund sich solcher Reformarbeit zu entziehen. Sie hat die Verfassung mitgeschaffen, aber vielfach von ihren Forderungen ablassen müssen. Es ist also ihr gutes Recht nicht nur immer wieder den Versuch zu erneuern das zu erreichen, was ihr heute noch richtig erscheint, sondern auch nach neuen Lösungen zu suchen, wo die alten nicht mehr genügen. Dabei ist die Frage, welche formalen Voraussetzungen für Verfassungsänderungen gefordert werden sollen, nur ein (allerdings wichtiges) Teilstück des Gesamtproblems, wie das parlamentarische Verfahren geändert und im Anschluß daran die Verfassung weiter entwickelt werden kann.

Es ist auffällig, wieviel mehr Lob und Ehre dem Parlament der Frankfurter Paulskirche gespendet wird als dem des Weimarer Nationaltheaters. Das liegt nicht nur an dem größern geschichtlichen Abstand, auch nicht nur daran, daß man das Versagen der Nationalversammlung von 1848 nicht so sehr ihren Männern und Methoden wie dem Zwang der Zeit zurechnet. Es liegt vielmehr entscheidend daran, daß die Versammlung damals den Mut zum Mißerfolg hatte, während sie heute die Vorstellung von ihrer eigenen Vollkommenheit nicht aufgeben zu können scheint. So kommt es auch, daß man dem Deutschen Reichstag die Zurückhaltung, die er gelegentlich geübt hat, mehr zugute hält als manches Eingreifen, auf das er selbst stolz zu sein schien. Das ist nicht etwa eine Besonderheit bei uns. Man denke nur daran, wie wenig es die ganze Öffentlichkeit Herriot gedankt hat, als er die Ermächtigungsgesetze des Kabinetts Briand-Caillaux zu Fall brachte. Dennoch besteht gerade hier ein wesentlicher Unterschied. Das französische Parlament hat es verstanden seiner Selbstbescheidung parlamentarische Formen zu geben, auch wenn es praktisch der Regierung Poincaré mehr überlassen hat als der Reichstag der Regierung Luther. Gerade dieses Beispiel zeigt aber auch, wie wenig mit Verfahrensvorschriften, mit Geschäftsordnungsmitteln und sogar mit Verfassungsänderungen getan ist. Der Reichstag könnte heute eine starke Regierung bilden und sie wirklich regieren lassen, ohne auch nur einen Satz irgendeines Artikels oder Paragraphen abzuändern. Dennoch sind es natürlich nicht nur die Männer und Methoden, unter denen der deutsche Parlamentarismus leidet, sondern die Unfruchtbarkeit des letzten Jahrzehnts ist eine unmittelbare Folge der Dürre, die das Wahlrecht in die deutsche Politik gebracht hat. Dieses Wahlrecht zu ändern ist nicht etwa eine Frage theoretischer Studien über die beste Technik. Vielmehr handelt es sich um den politischen Entschluß und die Macht ihn durchzuführen. Hier steht das Parlament, hier stehen die Parteien vor der Frage ihrer Bewährung. Alle formalen Voraussetzungen für die legale Änderung des gesetzlichen Zustands nützen nichts, wenn nicht auch die politischen Kräfte imstande sind sich aus sich selbst zu regulieren. Leider ist die Hoffnung nicht

groß, daß dieser Reichstag oder der nächste eine Wahlreform annehmen könnte, die den Namen verdient. Münchhausens Vorbild scheint unnachahmlich zu sein, obwohl es nicht nur wegen des Zopfes sondern nachgerade auch wegen des Sumpfes zutreffend ist. Aber es bleibt zu wünschen, daß der Druck, den das Mißtrauen der Wählerschaft auf alle Parteien ausübt, zu Reformen führt, ehe er die Parteien selbst und damit den Parlamentarismus zerstört. Auch hier hat die französische Kammer das Vorbild vorbeugender Klugheit gegeben. Die Wahlreform, eigentlich die Rückkehr zum alten Wahlsystem, die die letzte Kammer vollbracht hat, wurde zwar von vielen Abgeordneten, die dafür gestimmt hatten, mit dem endgültigen Verlust ihres Sitzes im Parlament bezahlt: aber um den Preis einer Stärkung der Demokratie, die höher einzuschätzen diese Volksvertreter klug genug waren.

Dabei wäre es falsch an ein Allheilmittel zu glauben. Die Beschäftigung mit den Problemen der Verfassungspolitik, die mangels praktisch gestaltender Arbeit viele vortreffliche Köpfe fast völlig beherrscht hat, ist nicht ohne Ergebnis gewesen. Diejenigen, die nicht fanatische Dogmatiker sind, haben erkannt, daß keine formale Ausprägung politischen Willens einen Wert an sich hat sondern nur relativ zu dem Inhalt des jeweiligen politischen Willens zu werten ist. Auch insofern ist Wahlreform eine Frage des Entschlusses. Erst wenn man weiß, was in den staatlichen Organen repräsentiert sein soll, erst wenn man sagt, auf welcher Stufe der Willensbildung die Majorität entscheiden soll, erst wenn man wagt die Führung wichtiger zu nehmen als die Kontrolle, kann man entscheiden, welche Geschäftsordnung, welches Wahlrecht, welche Verfassung man haben will. Es war das Unglück der Deutschen Republik, daß diese Erkenntnis, wie inhaltsbezogen alle politischen Formen notwendig sein müssen, noch nicht vorhanden war, daß daher die Formel zum Dogma erhoben, und darüber der gestaltende Entschluß aus den Forderungen des Tages vernachlässigt wurde. Dabei soll sicherlich weder vergessen werden, daß gegenüber der Ungestaltetheit und Vieldeutigkeit möglicher politischer Inhalte in den Jahren äußern Drucks und innerer Schwäche oft nichts anderes übrig blieb als die Flucht in die Form, noch darf verkannt werden, daß im politischen Leben eines Volks das Temperament über die tatsächlich bestehenden Grenzen wirtschaftlicher Grundlagen und rechtlicher Grundformen hinaus einen entscheidenden Anteil am Handeln und Gestalten, am Wählen und Verwalten hat.

Hier liegt aber auch der Grund, warum das eigentümlich Vorläufige und Unvollendete der Deutschen Republik positiv zu werten ist. Es ist eine rational nicht völlig erklärliche Leidenschaft des Deutschen theoretisch außerordentlich tief zu gehen, ohne in der praktischen Gestaltung Schritt zu halten. Überschaute man die theoretischen Bemühungen, die auf allen Gebieten des politischen Lebens seit dem Umsturz einen großen Aufschwung genommen haben, und die praktischen Verwirklichungen, die hinter allen Erwartungen unbestreitbar zurückgeblieben sind, so kann man in Erkenntnis dieser Eigentümlichkeit sagen, daß weder im Guten noch im Schlechten etwas vollendet oder verloren ist. Das könnte kümmerlich klingen. Aber gerade wenn man es ernst nimmt, ist es viel. Unzweifelhaft ist der äußere Bestand der Republik heute nicht gefährdet. Ebenso unzweifelhaft jedoch drohen die Ideologien abzusterben, ohne die der Staat zu einer klappernden Apparatur wird. Daß ein Jahrzehnt kein Abschnitt ist, daß bis jetzt noch nichts Endgültiges geschehen ist, das rettet die Republik.

Allerdings werden die großen Parteien daran gehen müssen die Reform der Republik endlich ernsthaft zu versuchen, wenn sie ihre Wähler nicht zwingen wollen an die Revolution zu glauben, weil sie an der Evolution verzweifeln müssen. Kann man auch feststellen, daß noch alle Möglichkeiten offen sind, so muß man schon beklagen, daß noch nichts geschehen ist. Ein Beispiel dafür ist die Art, wie der Reichstag das Gesetz über den Reichswirtschaftsrat behandelt hat. In einer Zeit, da die Öffentlichkeit außerhalb der Parteien in Bündeln und Vereinen die Probleme der Reichsreform erörtert, und die Bureaukratie ernsthafte Versuche macht gewissermaßen Generalstabsarbeit für den Fall zu leisten, daß politischer Wille und politische Macht Reformen ermöglichen, da hat das Parlament, das diesen Willen bilden und diese Macht bieten müßte, um die verfassungspolitischen Probleme der Zweiten Kammer ebenso wie der Wirtschaftsvertretung außerhalb der politischen Volksvertretung mit abgenutzten Worten herumgeredet, hat den Antrag einen besondern Ausschuß zur Beratung der Verfassungsreform einzusetzen ohne irgendwelchen Aufwand von Gründen oder Gedanken abgelehnt, und hat es dem Sprecher der Deutschnationalen überlassen das Positive eines Reformprogramms ins Oppositionelle umzubiegen. Nicht wesentlich anders hat die Volksvertretung sich bisher immer verhalten, wenn Gelegenheit gewesen wäre große grundsätzliche Fragen der Republik zu erörtern. Sie überläßt es einerseits der Bureaukratie, andererseits den außerparlamentarischen Bündeln diese Diskussion zu führen und in den Grenzen ihrer Kräfte zu handeln. So kommt es, daß große Versuche der Neugestaltung unternommen werden, ohne in ihrer Tragweite erkannt und für die Erkenntnis ausgewertet zu werden. In der Einrichtung der sogenannten Reichsarbeitsverwaltung etwa wird die Frage der wirtschaftlichen Selbstverwaltung, losgelöst vom Territorium, in Angriff genommen. Aber es gelingt nicht Zentralisierung und Bureaukratisierung zu vermeiden, es gelingt nicht diese Teillösung in Beziehung zum Ganzen zu setzen. Erfolge wie Mißerfolge des Versuchs werden in einem merkwürdigen Mißverhältnis zu seiner Bedeutung beurteilt. Man braucht nur die Worte Verwaltungsreform und Finanzausgleich zu nennen, um nicht im einzelnen darzulegen, wie sehr die Parteien der Regierung und der Opposition an Symptomen kurieren, statt Grundlagen zu korrigieren.

Die Deutsche Republik ist in ihrem innern und äußern Wirken von so vielen Umständen bestimmt, die außerhalb der staatlichen Einflußsphäre liegen, daß die Möglichkeiten Fehler zu verbessern nur sehr gering sind. Vor allen anderen Gründen spricht diese Überlegung gegen alle Radikalkuren, die den Diktatoren von rechts und links heilsam erscheinen. Um so erstaunlicher aber ist es, daß die entscheidende Möglichkeit republikanischen Regierens, die von der Verfassung theoretisch beabsichtigt und von der Bevölkerung praktisch durchführbar gemacht wird, noch nicht einmal ausgenutzt worden ist. Würde man heute das Wahlrecht so reformieren, daß eine Partei die Mehrheit erhielte und ungestört regieren könnte, so würde gerade das erst zu Störungen führen. Denn niemand wird glauben, daß eine Parteiherrschaft, die nicht einmal nach der Revolution möglich war, 10 Jahre später versucht werden kann; sie wäre genau wie damals ökonomisch und psychologisch, nicht zuletzt aber programmatisch undurchführbar. Auch andere Arten einen Staatsstreich durchzuführen haben heute weniger Aussicht auf Erfolg als zu den Zeiten, da sie bereits gescheitert sind. Wie gesagt, der Republik droht keine äußere Gefahr. Wenn sie gefährdet ist, dann nur im Sinn der Unerfüllt-

heit bei formaler Vollkommenheit, des politischen, geistigen und ökonomischen Hohlwerdens, also der Vermorschung, die zum Absterben führen kann. Dieser Gefahr ist überhaupt noch nicht ernstlich begegnet worden. Die gegebene Regierung ist noch nicht gebildet, die richtige Art sie zu bilden ist noch gar nicht versucht worden. Die eigentliche Konsequenz aus der unrevolutionären, die Gesamtheit des Volkes staatsbürgerlich sichernden Gesetzlichkeit der Verfassung ist noch nicht gezogen, die tausendmal theoretisch erörterte freie Regierung einer gebundenen Mehrheit ist immer noch nicht praktisch erprobt. Solange die Republik noch vor dieser Möglichkeit steht, die auch durch die Ereignisse der letzten Wochen nicht ausgeschlossen ist, solange die Große Koalition nur an der Fragwürdigkeit der Fraktionspolitik scheitert, so lange hat die Republik ihre schöpferische Periode noch vor sich, haben die Reformen noch Sinn. Nichts ist vergänglicher als politische Konstellationen. Die Umstände, die heute die Große Koalition zu einem unproblematischen Programm machen, gehen vorüber; aber sie treffen heute auf eine Unerfülltheit, die immer noch als vorläufig bezeichnet werden kann.

Nur weil man hoffen kann, daß in diesem Zusammentreffen auch eine politische Zusammenfassung möglich wird, kann man die Vorläufigkeit der Vergangenheit für einen Vorzug halten. Würde diese Gelegenheit wieder versäumt, so könnte das zum erstenmal ein endgültiger Fehler werden, und die deutsche Wirklichkeit würde das französische Wort "C'est le provisoire qui dure" durch ein Beispiel der Vergänglichkeit widerlegen.

MAX COHEN · DIE KONSEQUENZ DER REGIERUNGSKRISE

AUCH wenn man nicht verkennt, daß die Eigenart der politischen wie der Parteiverhältnisse eine Regierungsbildung in Deutschland schwerer macht als in anderen Ländern, so dürfte man einigermassen erstaunt sein, daß es in diesen Tagen nicht gelang ein Kabinett der Großen Koalition zustande zu bringen. Noch merkwürdiger war es, daß die Regierungsbildung, wenn auch Fragen wie die des Konkordats und der Eherechtsreform dabei im Hintergrund standen, schließlich an der formalen Forderung des Zentrums scheiterte den 3. Minister sofort zu erhalten und unter keinen Umständen noch kurze Zeit auf das 3. Portefeuille zu warten. Gerade weil sich das Zentrum bisher fast stets durch ein verantwortungsbewußtes staatspolitisches Verhalten ausgezeichnet hat, war es unverantwortlich zu der Fülle sachlicher Schwierigkeiten, die eine deutsche Regierungsbildung stets begleiten, noch Prestigefragen kleinster Ordnung hinzuzufügen. Damit sollte man das deutsche parlamentarische System, das wirklich genug Belastungsproben auszuhalten hat, verschonen und lieber, wie Carl Severing vor 4 Wochen hier ausgeführt hat, alles daransetzen den Willen der Fraktionen für ein bewußtes, entschlossenes Zusammengehen im Ganzen zu stärken. Wenn auch die im Land Preußen zu lösenden Aufgaben viel einfacher und in der Hauptsache Verwaltungsaufgaben sind, so könnte das langjährige unter wenig Reibungen sich vollziehende Zusammenarbeiten der Fraktionen im Preussischen Landtag zur Nacheiferung reizen. Je größer die Anforderungen sind, die die unvermeidbare legislative Umgestaltung des Reichs an Charakter und Kenntnisse der führenden politischen Persönlichkeiten stellt, um so nötiger ist ein

unbeirrbarer Wille der Parteien zur Zusammenarbeit. Nur wenn es gelingt ihn zu schaffen, werden die Minister *regieren* können. Dann wird man auch all die zeitraubenden und kräfteverschwendenden Fraktionsverhandlungen zur Vorbesprechung aller möglichen und unmöglichen zukünftigen Regierungsentscheidungen fallen lassen können. Man kann doch nur sehr wenig von vornherein festlegen; es gibt eben keine Methode, die den wirklichen Willen zur Zusammenarbeit zu ersetzen vermöchte.

Das deutsche parlamentarische System kann mit dem englischen, auf dessen gutes Funktionieren man immer hinweist, in keiner Weise verglichen werden. Schon daß es nicht entstanden ist sondern "eingeführt" wurde, macht den grundlegenden Unterschied aus. Das neue Regime wurde mit aller Systematik eingerichtet, die den Deutschen auszeichnet: mit dem Ergebnis, daß ein in der Form tadellos geschaffener Körper gelang, dem nur, wie der berühmten Nürnberger Puppe, eine Kleinigkeit fehlt: das Leben. Der deutsche Parlamentarismus kann seinen Ursprung aus der Zusammenbruchszeit noch heute nicht vergessen machen. Einem an Selbstregierung nicht gewöhnten Volk fiel plötzlich die ganze Macht zu, nur deswegen, weil sie herrenlos geworden war. Und bis heute ist man noch nicht zu dem klaren Bewußtsein gelangt, daß den Parteien, die das Parlament zusammensetzen, die eigene Verantwortung von niemandem abgenommen werden kann. Der Übergang vom Obrigkeitsstaat zur Demokratie ist zwar materiell, aber geistig noch nicht vollzogen. Es ist daher bei den sich häufenden Regierungskrisen immer aufs neue die herabstimmende Beobachtung zu machen, daß man ihren eigentlichen Grund gar nicht erkennen kann, weil es eben nicht um eine faßliche politische Materie geht sondern um bloße Fraktionskämpfe, die womöglich noch in Personenrivalitäten auslaufen. Man braucht nur einen Blick auf Frankreich zu werfen, sich dessen bewußt zu werden, wie sich dort, mit so großem Elan auch Regierungen gestürzt werden, doch jedesmal klar und deutlich eine politische Idee, eine bestimmte politische Aufgabe abhebt. Man braucht nur zu sehen, wie sich in einer Zeit der nationalen Not sofort eine Konzentration der Kräfte von selber vollzieht (so bei der Bildung des letzten Kabinetts Poincaré), um die querelles d'Allemand, die uns auch dann beschäftigen, wenn die wichtigsten Entscheidungen für die Gesamtheit bevorstehen (so eben jetzt vor den Reparationsverhandlungen) als beschämend zu empfinden. Die parlamentarischen Formen verlieren ihren Sinn, wenn sie nicht durch einen politischen Inhalt bestimmt sind.

Es ist nicht etwa das Fehlen eines Zweiparteiensystems, wie man es früher gemeint hat und heute noch häufig hört, das die Sterilität des deutschen Parlamentarismus bewirkt. Auch in diesem Punkt zeigt uns ja Frankreich, daß die Parteienvielheit die starke Willensbildung nicht nur nicht ausschließt sondern in allem Entscheidenden um so klarer hervorruft, je weniger sie aus bloßer Parteiengewöhnung und Parteidisziplin stammt. Dazu ist es allerdings nötig, daß die Parteien selber stets politische Organismen bleiben und als solche, wie es das Leben in seinem stetigen Wechsel erfordert, sich dauernd den sich verändernden Lebensbedingungen gewachsen zeigen. Nichts ist solchem Lebenswillen schädlicher als die Bürokratisierung der Parteien, die starre Schemata schafft. Politische Initiative kann nicht hervortreten, wo Parteibureaukratie herrscht. Und gerade diese ist es, die durch das Listenwahlssystem bei der Geburt des deutschen Parlamentarismus von vornherein als die oberste Macht stabilisiert ist. Die Listenwahl mit ihrer

Tendenz zur Beharrung, nicht zur Neubildung, macht die deutschen Parlamente zu Alterskörperschaften, wie jung an Jahren auch die einzelnen Mitglieder sein mögen. Eine geistige Verjüngung unserer gesetzgebenden Körperschaften können uns Neuwahlen so lange nicht bringen, als sie unter diesem (noch so reformierten) Wahlsystem vollzogen werden.

Es ist hier in den Sozialistischen Monatsheften schon oft dargelegt worden, daß die Zeit der formalen Demokratie schon vorbei war, als sie in Deutschland erst begann. Das Schlagwort des Einkammersystems richtete sich daher, scheinbar umstürzend, in Wahrheit doch nur an die Vergangenheit. Kein noch so rationell ausgeklügeltes Formalsystem kann heute den materiellen und geistigen Bedürfnissen des Landes entsprechen. Die Entwicklung zum Sozialismus, sofern dieser in seiner produktiven Bedeutung genommen wird, kann nur in einer neuartigen substanziellen Demokratie erfolgen, die sich in einem Zweikammersystem repräsentiert, so daß dem auf Grund des allgemeinen Wahlrechts gebildeten Parlament der Parteien, die die politisch-kulturellen Prinzipien verkörpern, eine Kammer der Arbeit gleichberechtigt zur Seite steht, die das Volk als schaffenden Organismus erfaßt. Da gerade jetzt die Gesetzentwürfe über den endgültig einzurichtenden Reichswirtschaftsrat im Volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstags beraten werden, ist es vielleicht zweckmäßig noch einmal kurz zu sagen, worauf es dabei ankommt, und wie sehr eine Zweite Kammer den Bedürfnissen eines ganz anders gewordenen Deutschlands zu entsprechen vermöchte.

Man wird bei der Betrachtung dieser Dinge nicht außer acht lassen dürfen, daß durch die Entwicklung der letzten Jahrzehnte die Wirtschaft einen ganz andern Inhalt bekommen hat. Ganz neue Welten, ausgestattet mit mannigfaltigen Rohstoffen, geleitet von dem Streben zu industrieller Produktion, sind entstanden. Für Deutschland (und alle kontinentaleuropäischen Länder mit ihm) haben die Fragen der Rohstoffversorgung, des Absatzes der Fertigwaren, der gegenseitigen Wirtschaftskonkurrenz, für die ein Ausgleich gefunden werden muß, sich stark verändert. Die gewaltigen, täglich sich mehrenden technischen Neuerungen, die Wirkungen des nationalen wie internationalen Kreditsystems, die Entwicklung der modernen Landwirtschaft (in der Deutschland eine führende Rolle spielte), die besonders durch die Reparationspflicht und die übrigen Kriegsfolgen bewirkte Veränderung der Lage Deutschlands: alle diese Tatsachen brachten es mit sich, daß unsere Wirtschaft zu einem ungeheuer komplizierten Gebäude geworden ist. In diesem Gebäude muß man bereit sein alle Auffassungen, besonders die wirtschaftlichen, einer steten Nachprüfung zu unterziehen, da man nur so imstande ist die stets sich neubildenden Triebkräfte zu erkennen. Darum ist es notwendig, daß besonders die gesamte Wirtschaftsgesetzgebung viel sorgfältiger vorbereitet und durchgeführt wird als das im Parteikampf bis jetzt geschah. Eine unmittelbare Beteiligung der in der Produktion selbst tätigen Menschen: der Betriebsleiter, der Arbeiter und Angestellten, der Angehörigen der freien Berufe usw., bringt in die Gesetzgebung Momente, die eine sich vom Gewohnen nicht loslösende Parteitradition kaum je sich ins Bewußtsein ruft, geschweige denn in der Gesetzgebungspraxis mitentscheiden läßt.

Wir brauchen also eine organisch gestaltete, auf der Zusammenfassung und der gleichzeitigen Differenzierung der einzelnen Wirtschaftsgruppen beruhende Zweite Kammer, eben eine Kammer der Arbeit. Als dieser Gedanke hier vor mehr als einem Jahrzehnt ausgesprochen wurde, setzte er sich, im

Jahr der Rätebewegung, mit solcher Macht durch, daß auch die Väter der Weimarer Verfassung ihm eine Konzession machen mußten (vielleicht, um ihm fürs erste die Kraft zu nehmen). Diesem Umstand ist die Errichtung des Reichswirtschaftsrats zu danken, der auch im Lauf dieses ersten republikanischen Jahrzehnts als Vorläufer einer wirklichen Kammer der Arbeit gut gearbeitet hat. Aber es ist doch charakteristisch, daß er 10 Jahre hindurch noch nicht über seine Vorläufigkeit hinweggekommen ist. Wenn man ihm jetzt nun durch Gesetz einen endgültigen Charakter geben will, so muß man das weitere Ziel, eben jenes Zweikammersystem, dabei gleich im Auge haben. Wie immer, wenn es sich um ein neues revolutionäres Prinzip handelt, sehen die im Alten wurzelnden Menschen nur irgendeine Analogie mit dem, was früher einmal war. Es ist eben immer leichter die Ähnlichkeit als die Verschiedenheit zu erkennen. (Nur die weniger Musikalischen sind Ähnlichkeitsjäger.) Der konservative "Radikalismus" sieht daher in der Zweiten Kammer nur die alte, durch die Demokratie vermeintlich glücklich überwundene Ständevertretung. Er sieht nicht, daß solche Vertretung der Wirtschaft eben deshalb revolutionär sein muß, weil die Wirtschaft selbst es ist. Nur wer den eigentlichen Sinn der Räteidee (die von den sogenannten Kommunisten in ganz rückständiger Weise vertreten und damit sinnleer gemacht wird) begriffen hat, versteht es, daß solcher Idee des Zweikammersystems die Zukunft gehört, und erfaßt den Zusammenhang der Bestrebungen, die sich nun auf den verschiedensten Punkten der Erdoberfläche, in allen Kulturländern zeigen. Namentlich sollten wir beachten, was auf diesem Gebiet in Frankreich vor sich geht. Und Frankreich ist wirklich eine festgefügte Demokratie, die gerade deshalb jetzt zu neuen Formen vorzudringen beginnt.

Es ist nicht zu erwarten, daß der Reichswirtschaftsrat in Deutschland bereits jetzt mit legislativen Rechten ausgestattet werden wird. Daher kann man im Augenblick auf einer solchen Forderung auch nicht beharren. Aber man darf von ihr jetzt nur Abstand nehmen, um sie später erst recht zu erheben. Bis zu diesem Zeitpunkt wird der nun neu konstituierte Reichswirtschaftsrat zu zeigen haben, daß eine Arbeitsteilung zwischen Reichstag und Wirtschaftsvertretung fruchtbar werden kann. Der nach ganz anderen Methoden arbeitende Reichstag ist gar nicht in der Lage die Wirtschaftslage so zu erhellen, die Verhältnisse in den einzelnen Bezirken der Wirtschaft so aufzuklären wie das der Reichswirtschaftsrat vermag. Nur müßte der Reichstag den vom Reichswirtschaftsrat beigebrachten Tatsachen eine größere Beachtung schenken als bisher und dadurch die Arbeitsteilung anerkennen. Dadurch würde auch der Bewegung in den anderen Ländern ein Dienst erwiesen werden. Man studiert im Ausland eifrig die Frage unseres Reichswirtschaftsrats, und man scheint entschlossen ähnliche den Bedürfnissen der modernen Wirtschaft entsprechende Einrichtungen zu treffen. Denn die Notwendigkeit die nationale Produktion durch Intensivierung und Vergeistigung zu stärken ist in Europa allgemein vorhanden, und aus ihr ergibt sich die Forderung ein Organ zu schaffen, das solcher Vergeistigung dient.

Diese Entwicklung wird sich durchsetzen. Sie ist eine Entwicklung zur Sachlichkeit. Ein Zweikammersystem wird zum Beispiel viel leichter und vor allem viel rationeller unser Steuersystem umgestalten können, und zwar so, daß die Steuererhebung eine Frage der Produktivität der Arbeit wird. Schon heute ist, um ein Beispiel zu nennen, die populäre Auffassung, daß Massensteuern, die den Konsum belasten, nicht erhoben werden dürfen, erheblich

revidiert worden. Man fühlt deutlich, daß, je mehr die Produktion gefördert wird, auch für den Produzenten Arbeiter das durch die Hebung der Produktivität gesteigerte Plus stärker ist als eine Steuerabgabe auf Konsumgüter. Ob sich eine wirklich durchgreifende Verwaltungsreform ohne die Hilfe einer Zweiten Kammer jemals wird durchsetzen lassen, ist mehr als zweifelhaft, denn die Rücksichten auf die hier in Betracht kommenden Wählerscharen sind nur allzusehr geeignet den Willen des politischen Parlaments zu lähmen. Und gerade hier sind, wenn auch nicht sofort, so doch im Lauf der Zeit, ziemlich große Ersparnisse möglich. Mehrere Hundertmillionen wären beispielsweise weniger notwendig, wenn es gelänge die Staatsausgaben auf den Kopf der Bevölkerung in ganz Deutschland auf den preußischen Satz zu reduzieren. Eine solche Verwaltungsreform hätte schon lange in Angriff genommen werden müssen. Ihre Notwendigkeit wird durch die augenblickliche Lage mit ihren neuen Steuerforderungen stark unterstrichen. Sicherlich ist es nicht die Schuld der gegenwärtigen Reichsregierung, wenn 379 Millionen Mark neuer Steuern notwendig werden. Alle früheren Regierungen, an denen sämtliche politische Parteien beteiligt waren, haben hier versagt, keine hat es fertiggebracht durch entscheidende Maßnahmen dafür zu sorgen, daß die Ausgaben den Einnahmen angepaßt werden. Das Anziehen der Steuer-schraube ist bei allen das Mittel gewesen sich aus der Affäre zu ziehen. Daß dieses Mittel einmal versagen muß, kann gar nicht deutlich genug ausgesprochen werden. Die Steuerbelastung der Wirtschaft ist bereits so groß, daß es nicht so weitergehen kann, wenn man nicht den wirtschaftlichen Ertrag aufs äußerste gefährden will. Leider kann in dieser wichtigen Frage der Reichswirtschaftsrat vorläufig nichts Wesentliches ausrichten. Seine staatsrechtliche Stellung erlaubt es ihm nicht den Etat zu beraten, und so muß er zu Steuervorlagen Stellung nehmen, ohne selber prüfen zu können, ob überhaupt ein Defizit im Etat vorhanden, und wie groß es ist. Da kann die Heilung nur von einer mit legislativen Rechten ausgestatteten Zweiten Kammer kommen.

An die deutsche Innenpolitik müssen daher, und dazu gab gerade die Geschichte der letzten Regierungsumbildung einen erneuten Antrieb, 2 Forderungen gestellt werden: 1. die mindere formale: das Listenwahlssystem zu beseitigen, 2. die größere substanzielle: den Weg zu einer Kammer der Arbeit freizumachen. Bei der ersten muß unbedingt die direkte Verbindung zwischen dem zu wählenden Abgeordneten und den Massen seiner Wähler hergestellt werden. Daß dieses geschehen kann, ohne daß man das Prinzip der Proportionalität preisgibt, ja umgekehrt, indem man dieses Prinzip (das im Listensystem nicht durchgeführt sondern karikiert wird) erst herstellt, ist in den Sozialistischen Monatsheften oft genug gezeigt worden. Wir möchten wünschen, daß die Initiative zu einer solchen grundlegenden Wahlreform von einer sozialdemokratisch geführten Regierung ausgeht. Und ebenso sollte gerade die Sozialdemokratie, die Partei der marxistischen Auffassung von dem Primat der Produktion, endlich ihre immer noch altliberale Auffassung der Demokratie über Bord werfen und eine Vorstellung von der sozialistischen Demokratie bekommen, die ein Zweikammersystem erheischt.

Carl Severing hat hier in den Sozialistischen Monatsheften von den vielen verpaßten Gelegenheiten gesprochen, die das Kennzeichen der deutschen Nachkriegspolitik waren. Was er sagte, trifft in jedem Betracht zu: innen- wie außenpolitisch, und sämtliche politischen Parteien tragen dafür die

Verantwortung. Vorläufig hat seine Mahnung zu einer Konzentration des politischen Willens noch wenig gefruchtet. Immer noch können sich die Parteien nicht entschließen auf sie zu hören und, wie Severing es ausdrückte, »einen Zustand zu beseitigen, der, je länger er andauert, um so stärker die (ohnehin nicht geringen) Gefahren vermehrt, die in der Versumpfung unseres politischen Lebens liegen«. Die Notwendigkeit das vorzunehmen, was man jetzt mit dem etwas unbestimmten Begriff der Reichsreform zu umschreiben sucht, wird dazu zwingen. Eine starke Koalition wird dann am ehesten in der Lage sein den beiden oben aufgestellten Forderungen zu genügen und damit die Konsequenz unserer vielen Regierungskrisen, und namentlich der letzten, zu ziehen.

LUDWIG QUESSEL · REPARATIONSPFLICHT UND REICHSETAT



Am 9. Februar fand in der Bank von Frankreich unter der Leitung ihres Gouverneurs Moreau die erste, offiziöse Sitzung des Sachverständigenausschusses für die deutschen Reparationszahlungen statt. Nach Zeitungsmeldungen soll sie für Deutschland recht unerfreuliche Resultate gezeitigt haben. Die Sachverständigen der Gläubigerstaaten, zu denen auch die Amerikaner gerechnet werden können, sollen es nach den Mitteilungen des Sozialdemokratischen Pressedienstes abgelehnt haben sich irgendwie mit Denkschriften und sonstigem Material zu befassen. Da gleichzeitig mitgeteilt wurde, daß die deutschen Sachverständigen mehrere Kisten deutscher Denkschriften mit sich führten, um solcherart nachzuweisen, daß Deutschland unfähig sei von seinem öffentlichen Aufwand (Reich, Länder, Gemeinden), der für 1929 auf rund 16 Milliarden Mark (ohne Soziallasten) geschätzt wird, 2½ Milliarden als Reparationen abzuliefern, so kann der Beschluß des Sachverständigenausschusses von derartigem Material überhaupt keine Kenntnis zu nehmen nicht gerade als ein freundlicher Akt gegenüber den deutschen Sachverständigen gedeutet werden.

Wer die Jahresberichte des Reparationsagenten gelesen hat, wird sich über diesen ersten Beschluß des Ausschusses gleichwohl nicht wundern. Es ist deutsche Selbsttäuschung zu glauben, daß die gegenwärtigen Experten der Gegenseite nicht mehr wissen, was die von der Reparationskommission eingesetzten beiden Sachverständigenkomitees in ihren Berichten vom 9. April 1924 festgestellt haben. Deren Grundauffassung war die, daß der Versailler Vertrag und die Inflation den öffentlichen Haushalten Deutschlands enorme finanzielle Erleichterungen gebracht hätten. Nach der amtlichen deutschen Statistik haben die Bestimmungen des Versailler Vertrags über die Verringerung der Wehrmacht den Kopfbedarf für militärische Zwecke von 30,09 Mark im Jahr 1913-1914 auf 10,01 Mark im Jahr 1925-1926 herabgesetzt. Weiter hat der Friedensvertrag dadurch, daß er die deutschen Kolonien restlos unter die Siegerstaaten verteilte (wobei England natürlich den Löwenanteil davontrug), den Kopfbedarf für koloniale Zwecke auf 0,00 Mark reduziert: gegenüber 1913-1914 eine Entlastung pro Kopf um 0,54 Mark. Schließlich hat die Inflation den Schuldendienst der öffentlichen Haushalte gewaltig vermindert, was nach dem Willen der Sachverständigenkommission nicht den deutschen Steuerzahlern zugute kommen sollte sondern den Bewohnern der durch den Krieg verwüsteten Gebiete der Gläubigerstaaten. Der

Kopfbedarf für den Schuldendienst betrug 1913-1914 8,42 Mark, 1925-1926 dagegen nur 2,96 Mark. In summa hat durch die Verkleinerung der Wehrmacht, das Ausscheiden der Kolonien und die Verminderung des Schuldendienstes die steuerliche Last pro Kopf der Bevölkerung um 26,08 Mark im Jahr 1925-1926 gegenüber dem Jahr 1913-1914 abgenommen. Diese durch den Friedensvertrag und die Inflation herbeigeführte Entlastung der deutschen Steuerzahler, die sich pro Haushaltung (4 Personen) auf 104,32 Mark im Jahr beläuft, kannten die Sachverständigen der Gegenseite im Jahr 1924 sehr genau. Es ist auch nicht schwer zu berechnen, daß eine steuerliche Entlastung von 26,08 Mark pro Kopf bei einem 65-Millionen-Volk eine Jahressumme von rund 1700 Millionen Mark ergibt.

Selbstverständlich steht dieser Entlastung eine Belastung infolge des Krieges gegenüber. Aber diese ist bei den Siegerstaaten, wenn man von Amerika abieht, das sich am Krieg auf Kosten Europas maßlos bereichert hat, nicht geringer als in Deutschland. Der letzte Jahresbericht Parker Gilberts zeigt übrigens, daß Amerika nicht nur die deutsche Ausgabenverringerung durch Friedensvertrag und Inflation sondern auch alle sonstigen Senkungen in Deutschland seit 1924 genau verfolgt. Nach Parker Gilbert haben sich die »Kriegsentschädigungs- und Ausgleichsverfahrenszahlungen« von 180 Millionen Mark im Jahr 1924 auf 89 Millionen im Jahr 1928 vermindert. Das ist eine Ausgabenverminderung seit 1924 um fast 100 Millionen Mark. Noch viel größer ist sie bei den sogenannten Sonstigen inneren Kriegslasten. Diese sind nach Parker Gilbert von 1095 Millionen Mark im Jahr 1924 auf 130 Millionen Mark im Jahr 1928 gesunken. Der Reparationsagent glaubt also bei diesem Etatsposten eine Ausgabenverminderung seit 1924 um 965 Millionen Mark feststellen zu können. Von deutscher Seite wird sie bestritten und durch veränderte Buchungen der Ausgabenbeträge erklärt. Ob man auf der Gegenseite diese Erklärungen anerkennen wird, bleibt abzuwarten. Ferner konstatiert Gilbert, daß die Ausgaben für Einlösung von Schatzanweisungen von 74 Millionen Mark im Jahr 1924 auf 0 Millionen Mark im Jahr 1928 gesunken sind. Schließlich weist er noch auf die starke Senkung der Ausgaben bei der Tilgung der Goldanleihen hin. Der Reichsfinanzminister von Schlieben mußte 1924 hierfür 364 Millionen Mark aufwenden, während der Reichsfinanzminister Köhler im Jahr 1928 für diesen Zweck nur 73 Millionen Mark zu verausgaben brauchte. Im ganzen haben sich nach dem Reparationsagenten bei den 4 Posten: Innere Kriegsentschädigungen und Ausgleichszahlungen, Sonstige innere Kriegslasten, Einlösung von Schatzanweisungen und Tilgung von Goldanleihen, die Ausgaben um 1,5 Milliarden Mark verringert. Das ergibt zusammen mit der Senkung durch Friedensvertrag und Inflation von 1,7 Milliarden Mark um rund 3,2 Milliarden Mark verminderte Ausgaben, wenn man das Jahr 1913 respektive 1924 als Ausgangspunkt wählt. Auch daß durch das Arbeitslosenversicherungsgesetz die Ausgaben des Reichs für die Erwerbslosenfürsorge von 426 Millionen Mark im Jahr 1926 auf 125 Millionen im Jahr 1928 fielen, stellt Parker Gilbert in Rechnung. Und schließlich werden die Gläubigerstaaten von ihm auch darüber aufgeklärt, daß das Reich, das im Jahr 1926 für Kapitalanlagen und Darlehen 483 Millionen Mark verausgabte, im Jahr 1928 für diese Zwecke nur 185 Millionen Mark bereitzustellen brauchte. Seit 1926 ist nach Parker Gilbert auch bei diesen beiden Posten eine Entlastung um 593 Millionen eingetreten, womit die Gesamtentlastung sich auf 3,8 Milliarden abrundet.

Gegenüber den Entlastungen des Reichshaushalts steht nun freilich seine Belastung durch die Reparationen, die zu verhindern weder der Reichstag noch die Reichsregierung die Macht hatte. 1924 betrug sie 0 Mark, 1925 250 Millionen, 1926 einschließlich Ergänzungsbeitrag 410, 1927 500, 1928 1250 Millionen Mark, und sie wird, wenn die Pariser Reparationsverhandlungen zu keiner Änderung der Jahreszahlungen führen sollten, in Zukunft die selbe Summe wie 1928 betragen; wobei hier noch zu bemerken ist, daß Reichshaushaltsjahr und Reparationsjahr nicht genau übereinstimmen. Vergleicht man nun die von den ersten beiden Sachverständigenkomitees und die vom Reparationsagenten nachgewiesenen zwangsläufigen Entlastungen, deren Gesamtbetrag sich auf 3,8 Milliarden beläuft, mit der Belastung durch die Reparationen, die für den Reichshaushalt 1250 Millionen Mark, für die Reichsbahn 660 Millionen plus 290 Millionen Mark Beförderungssteuer und für die deutsche Industrie 290 Millionen Mark ausmacht, so stehen 3,8 Milliarden Mark Entlastung 2,5 Milliarden Mark Belastung entgegen.

Aber neben die zwangsläufige Belastung durch die Reparationen ist noch eine freiwillige neue Belastung getreten. Durch die Aufwertungsgesetze ist der Schuldendienst nach Parker Gilbert von 0 Mark im Jahr 1924 auf 354 Millionen Mark im Jahr 1928 gesteigert worden. Im selben Zeitraum sind die Ausgaben für die Zivilversorgung durch das Reich von 69 Millionen Mark auf 105 Millionen Mark, für Versorgung und Ruhegehälter von 165 Millionen auf 264 Millionen Mark, für Kriegspensionen von 833 Millionen auf 1410 Millionen und für die Reichswehr von 459 Millionen auf 727 Millionen Mark erhöht worden. Im Schliebenschen Reichsetat von 1924 betrugen die Ausgaben für die angeführten Zwecke 1526 Millionen Mark, im Köhlerschen von 1928 2860 Millionen Mark, also rund 1,3 Milliarden Mark mehr. Dazu kommt die gewaltige Steigerung der Überweisungen an die Länder und Gemeinden. Der Schliebenetat von 1924 ergab 2770 Millionen Mark Überweisungen, der Köhleretat von 1928 dagegen 3208 Millionen Mark. Also auch hier eine freiwillige Vermehrung der Ausgaben in 4 Jahren um 438 Millionen Mark, ungeachtet des Umstands, daß Länder und Gemeinden gut $\frac{1}{2}$ der Hauszinssteuer, etwa 500 Millionen, für ihren Beamtenapparat verwenden konnten.

MAN weiß, daß die Finanzgebarung des Reichs, der Länder und Gemeinden niemals die Zustimmung des Reparationsagenten gefunden hat. Immer wieder tadelte er die Neigung der öffentlichen Körperschaften den Aufwand fortgesetzt zu vermehren, als ob es keine Grenze für die den Steuerzahlern aufzubürdenden Lasten gäbe. In der Tat hat die Steigerung des Gesamtfinanzbedarfs von Reich, Ländern und Gemeinden unter dem parlamentarischen System einen beunruhigenden Charakter angenommen. Sie betrug 1913 7,3 Milliarden Mark. Trotz der Ausgabenverminderung, die der Versailler Vertrag und die Inflation Reich, Ländern und Gemeinden brachten, ist 1928 der Gesamtbedarf von Reich, Ländern und Gemeinden auf 15,6 Milliarden Mark (ohne Soziallasten) gestiegen. Die "radikale" Linke der Sozialdemokratie hat an dieser ungeheuerlichen Belastung der Steuerzahler bisher im wesentlichen nur das Mißverhältnis zwischen Besitzsteuern und Massensteuern hervorgehoben. Dazu ist zu sagen, daß derjenige Teil des Mehrwerts oder arbeitslosen Einkommens, der der Akkumulation, der Kapitalanlage, entzogen und wirklich von den Kapitalbesitzern konsumiert werden kann, von bürgerlichen Nationalökonomern auf $2\frac{1}{2}$ Milliarden, von sozialistischen auf 5 Milliarden Mark

geschätzt worden ist. Auch wenn man diese letzte Zahl als richtig annimmt, ergibt sich die Unmöglichkeit den ins Riesenhafte gesteigerten öffentlichen Aufwand anders als durch Kürzung des Reallohns der Arbeiter und Angestellten zu finanzieren. Was Reich, Länder und Gemeinden 1913 gegenüber heute zu viel ausgeben, kann nur zu einem Bruchteil aus dem zur Konsumtion freistehenden Teil des Mehrwerts gedeckt werden. Der überwiegende Teil des öffentlichen Aufwands muß dem Arbeiterlohn entnommen werden. Ungerechnet die sozialen Ausgaben, ziehen Reich, Länder und Gemeinden heute etwa ein Drittel des auf 60 bis 70 Milliarden geschätzten Sozialprodukts, des Volkseinkommens, an sich. Daher das dumpfe Grollen der Volksmassen, die langsam zu begreifen anfangen, daß schließlich auf sie jede Steigerung der unproduktiven Ausgaben des Reichs, der Länder und Gemeinden zurückfällt, daß das parlamentarische System ihnen keinen Schutz mehr vor zermalmender Belastung bietet. Wer die Geschichte des Parlamentarismus kennt, weiß, daß die Parlamente groß und mächtig geworden sind, indem sie sich schützend vor den Steuerzahler gegenüber einer Bürokratie stellten, die Jahr für Jahr die Ausgaben zu steigern suchte. Wenn die deutschen Parlamente diese Aufgabe, die der Grund und der Zweck ihres Daseins ist, mißachten, wenn sie mit der Bürokratie anstatt gegen sie arbeiten, wird die letzte Stunde des Parlamentarismus in Deutschland bald schlagen.

Rechnet man Entlastung und Belastung durch den Versailler Vertrag und Inflation gegen einander auf, so ergibt sich eine Mehrbelastung der öffentlichen Haushalte von etwa 1 Milliarde Mark durch den Dawesplan. Dieser Sachverhalt muß gegenüber der Bürokratie, die die unheilvollen Wirkungen ihrer finanziellen Mißwirtschaft lediglich dem Dawesplan zuschieben möchte, mit Entschiedenheit betont werden. Ganz besonders wird die Feststellung gegenüber dem Reichsetat für 1929 notwendig, der jetzt dem Reichsrat zugeleitet worden ist. Er schließt mit einer Endzahl von 10 Milliarden Mark, wovon 9922 Millionen auf den ordentlichen und 125 Millionen auf den außerordentlichen Haushalt entfallen. Kein Zweifel kann daran bestehen, daß der Hilferdingetat auch dann noch ein großes Defizit aufweisen wird, wenn seine Deckungsvorlagen durchgeführt sein werden. Zunächst: Wie hoch wird sich das Defizit des Köhleretats, der am 31. März 1929 sein Ende erreicht, stellen? Wir wissen auf Grund amtlicher Angaben, daß er im ordentlichen Haushalt schon in den ersten 9 Monaten seiner Wirksamkeit einen Fehlbetrag von 218 Millionen Mark ergeben hat. Das deutsche Volk kann heilfroh sein, wenn dieser Etat im ordentlichen Haushalt am 31. März 1929 keinen größern Fehlbetrag als 300 Millionen Mark aufweist. Diese 300 Millionen Mark werden von Hilferding in seinem Etat so oder so gedeckt werden müssen. Hilferdings Lage erschwert weiter, daß Köhler die fortdauernden Ausgaben für die Erhöhung der Gehälter der Reichsbeamten lediglich durch einmalige Einnahmen (Münzprägungsgewinne und Verringerung der Kassenbestände) finanziert hat. Hilferding bleibt daher, wenn der Reichstag nicht entschlossen eine Änderung der Beamtenbesoldung in Reich, Ländern und Gemeinden herbeiführt, nichts anderes übrig als das Realeinkommen der Arbeiter und Angestellten dauernd zugunsten der Beamten durch neue Steuern herabzusetzen. Zählt man zu der hierfür notwendigen Summe die für die Erhöhung der Daweszahlungen, die Steigerung der inneren Kriegslasten und die Vermehrung der Steuerüberweisungen hinzu, so ergibt sich ein Betrag von 1 Milliarde Mark. Vielfach wird gesagt, daß Hilferding davon

nur rund 600 Millionen Mark durch neue Belastung der Steuerzahler zu decken beabsichtigt, den Rest aber (rund 400 Millionen Mark) als Defizit ins Jahr 1930 hineinschleppen will. Aus diesem Grund erhebt man gegen Hilferding den Vorwurf, daß er jenes ungedeckte Defizit zu verschleiern suche. Der unter dem Namen Morus bekannte Wirtschaftspublizist macht darauf aufmerksam, daß die Finanzbureaukratie des Reichs den Ertrag der Vermögenssteuer für 1929 um gut 120 Millionen, den der Erbschaftssteuer um 30 Millionen im Hilferdingetat zu hoch angesetzt habe. Weiter wird von anderer Seite Hilferding vorgeworfen, daß er 200 Millionen Mark aus Reichsanleihen, die den Ländern vom Reich zum Kleinwohnungsbau geliehen worden sind, und die 1929 zurückgezahlt werden müssen, einfach als Einnahme habe buchen lassen, anstatt sie zur Abtragung der Reichsschulden zu verwenden. Auch begreift man nicht, wie Hilferding den Zinsendienst für die Reichsschuld um 50 Millionen herabsetzen will, ohne die Gläubiger des Reichs zu schädigen. Das Schlimmste jedoch am Hilferdingetat soll sein, daß er wirkliche Ersparnisse überhaupt nicht bringe. Die Rekordzahl von 10 Milliarden spricht ja auch laut genug dagegen, daß die Mahnungen des Reparationsagenten zur Sparsamkeit bei der Bureaukratie Gehör gefunden hätten.

Das unglückliche deutsche Volk muß daher sehen, daß man die Denkschriften seiner Bureaukratie beiseite schiebt und sich in der Hauptsache an das hält, was Parker Gilbert über die deutsche Finanzwirtschaft mitgeteilt hat.

HEINRICH PEUS · SCHÖPFERISCHE ARBEIT UND SOZIALISMUS

SOZIALISMUS bedeutet Gleichmacherei, er nivelliert, er läßt die Persönlichkeit und ihre besondere Leistung nicht zu ihrem Recht kommen, und da es in der Welt auf qualifizierte, auf hervorragende Leistungen von einzelnen Personen ankommt, so ist der Sozialismus kulturfeindlich: das ist die typische, altgewohnte und ordinäre Argumentation gegen den Sozialismus.

Der Gegensatz zwischen den Menschen, die sich als Persönlichkeiten über die Masse des Volkes erheben, und dem Volk als Ganzem wurde von je hervorgehoben. Er hat in der Geschichte der Menschen schon oft eine große Rolle gespielt. In dem Satz »Selig sind die geistig Armen, denn ihrer ist das Himmelreich« spiegelt sich der Gegensatz zwischen den Gebildeten und der Masse des einfachen Volkes auch wider. Die Gebildeten, die zuerst nur die waren, die lesen und schreiben konnten, haben im Lauf der Menschheitsgeschichte die ihnen durch ihr Können gegebene Macht nur zu oft mißbraucht. Und bis auf den heutigen Tag ist der Haß gegen "Bonzen" auf diesen Machtmißbrauch zurückzuführen. Die Taboriten, die böhmischen Kommunisten des Husschen Zeitalters, hielten es für das beste, wenn sich die Menschen keine weitere Gelehrsamkeit erwürben als durch Lesen der Bibel erworben werden könnte. Darin sprach sich die Verzweiflung des Volkes an denen aus, die damals die geistigen Führer des Volkes waren und durch ihre Herrschsucht und Habsucht dem Volk das Mißtrauen gegen sie einflößten. Und bis zur Stunde besteht dies Mißtrauen im Volk gegen die Gebildeten. Es befördert die Irrmeinung, der Sozialismus bedeute eine Gefahr für alle die, die da ehrlich eine Höchstleistung persönlicher Art sich zur Lebensaufgabe setzen.

Der Sozialismus bedeutet die solidarische Arbeit aller für das Wohl aller. Auf keinen Fall bedeutet er gewaltsame Gleichmacherei auch alles dessen, was von Natur und durch Bildung nicht gleich ist. Je mehr die menschliche Gesellschaft ein großorganisiertes Ganzes wird, um so mehr bedarf sie der besonderen Qualitäten auf den verschiedenen Gebieten. Nur *die* Gesellschaft kann ihre ganze Macht entfalten, die allüberall Kräfte entwickelt, die einen Teil des Volkes so um sich sammeln, daß die Geführten zu ihrem Führer Vertrauen haben. Daher hat der Sozialismus das Doppelziel: einmal die Wohlfahrt aller durch die solidarische Arbeit aller, sodann aber auch durch größtmögliche Entwicklung der persönlichen Leistungsfähigkeit das Höchstmaß menschlicher Wohlfahrt und Glückseligkeit zu schaffen. Wir sollen nicht alle ein Goethe, ein Marx, ein Pasteur, ein Tolstoj werden, aber wir haben durch das von ihnen empfangene Bewußtsein menschlicher Größe eine gewaltige Vermehrung unserer Schaffenskraft. Die Synthese zwischen Individualismus und Sozialismus wird daher dadurch zustande kommen, daß die geistigen Arbeiter, die in ihrer Arbeit ihre Kraft auswirken, ganz Sache sind, ganz der Sache sich hingeben, aber nicht ihren egoistischen Vorteil, nicht ihre persönliche Bereicherung suchen.

Es ist nicht sicher, daß ein geistiger Arbeiter für sein Tun immer auch seinen Lohn und seine Anerkennung finde. Es gab und gibt bis zur Stunde genug Tragödien, wo Geist und Selbstlosigkeit vom Unverstand und von der Selbstsucht derer, die sie nicht zu würdigen wissen, brutal zertreten werden. Aber ebenso wahr ist auch, daß die Menschheit ihren Größten Verehrung und Dank entgegenbringt. Auf jeden Fall hat kein geistiger Arbeiter, der seiner Sache und sich selber im besten Sinn treu bleiben will, ein Recht auf Selbstsucht und Herrschsucht, vielmehr ist gerade vom Führer des Volkes wie vom geistigen Arbeiter ganz allgemein die volle Hingabe an die Sache, der reine Dienst der Idee gegenüber zu fordern. Ein weltgeschichtlich bekannter Fall solcher Sachlichkeit ist Spinozas Ablehnung einer Professur in Heidelberg. Spinoza zog die Freiheit seines Denkens und Schreibens jeder persönlichen Wohlfahrt vor. Wir dürfen ihm noch heute für diese Selbstlosigkeit Dank entgegenbringen, denn seine Anschauung vom kausalen Zusammenhang aller Dinge hat eine Bedeutung gewonnen, die gerade heute gar nicht überschätzt werden kann. Manch anderer geistiger Arbeiter ist durchs Leben gegangen und hat es Spinoza mehr oder weniger gleichgetan. Aber es ist zuzugeben, daß solche Spinozistische persönliche Bedürfnislosigkeit nicht bei jeder Art persönlicher Leistung zum guten Erfolg führt. Der Erfinder des Simonsbrots, des Vollkornbrots, erzählte mir anläßlich eines Vortrags in Berlin mit Stolz, er lebe von 20 Pfennig pro Tag, indem er Getreidekörner esse, zu denen er nur Wasser trinke; er trachtete seine wirtschaftliche Freiheit durch äußerste Bedürfnislosigkeit zu gewinnen, aber er ist daran zugrunde gegangen, er ist einfach verhungert.

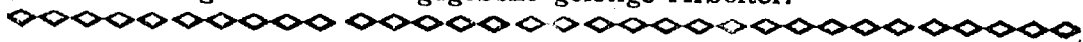
Darum kann man es nur durchaus billigen, wenn es eine Arbeitsgemeinschaft der Freien Geistigen Berufe gibt, die die ideellen und materiellen Interessen ihrer Mitglieder zu wahren bemüht ist. Am 31. Januar sprachen in Berlin, im großen Festsaal des ehemaligen Herrenhauses, der Rechtsanwalt Arthur Heinzig über die Bedeutung des geistig Schaffenden für Staat und Wirtschaft, Hugo Junkers aus Dessau über technisches Schaffen, und dann noch der Vorsitzende des Bundes Deutscher Zivilingenieure Carl Hartung, der als Vertreter der Freien Berufe Mitglied des Reichswirtschaftsrats ist, über

künstlerisches und technisches Urheberrecht. Die 3 Vorträge wurden der Sache im allgemeinen gerecht, nur trat beim ersten Redner eine Neigung hervor den Sozialismus und die Sozialisierungstendenzen, die von ihm ausgingen, anzuklagen, daß sie der besondern ideellen Art dieser Arbeiter wie auch ihren materiellen Interessen nicht gerecht würden. Und der letztgenannte Redner schien mir das Urheberrecht denn doch in einer Weise und in so hohem Grad geschützt zu wünschen, daß daraus der Vorwurf einer gewissen Bereicherungssucht gegen den geistigen Arbeiter hergeleitet werden könnte. Das gab mir Anlaß in der mir angebotenen Diskussion das Wort zu ergreifen und mich, im Sinn des schon oben Gesagten, auszusprechen. Ich konnte dem Sozialismus nicht nachsagen lassen, daß er eine Tendenz habe der Persönlichkeit nicht gerecht zu werden. Individualismus und Sozialismus seien da kein Gegensatz, wo das Individuum ganz im Dienst einer Idee aufgehe, wo es ganz der Sache und damit der Allgemeinheit hingegeben sei. Ich warnte die geistigen Arbeiter, die die Anerkennung verdienen wollten ganz ihrer Sache hingegeben zu sein, auch vor der geringsten Gegensätzlichkeit zum Sozialismus, zu jener Bewegung, die auch den Letzten im Volk durch organisierte Macht zu kulturellem, wahrhaft menschlichem Dasein erheben wolle. Wer ganz für die Sache arbeite, finde auch wohl im allgemeinen immer Anerkennung im Volk, vor allem aber auch höchste Befriedigung vor sich selber. Natürlich sei ein bestimmtes Maß materieller Wohlfahrt für den geistigen Arbeiter nicht nur ein berechtigtes Ziel sondern ein unerläßliches Erfordernis. Wer als Jurist, als Arzt, als Ingenieur, als Architekt mit dem Wissen des Jahrhunderts ausgerüstet sein will, kann das ohne einen bedeutenden materiellen Apparat und ohne ein bestimmtes Maß materieller Existenzsicherheit nicht erreichen. Darum ist es durchaus begreiflich und berechtigt, daß die geistigen Arbeiter auch Wert darauf legen für ihre Leistung, die an sich ganz sachlich, ganz unpersönlich erfolgt, eine entsprechende materielle Entlohnung zu finden. Der Rechtsanwalt und der Arzt lassen sich vom Staat oder mit Hilfe eines Kollektivvertrags für bestimmte Leistungen nach Taxe bezahlen. Schriftsteller, Dichter und Komponisten bestehen auf der Geltendmachung ihrer Ansprüche auf Grund des Urheberrechts. Hartung forderte, daß der Staatsanwalt den unerlaubten Nachdruck von literarischen Erzeugnissen wie jeden andern Diebstahl von Amts wegen verfolge. Das kann aber leicht zu einer Bereicherung führen, die nicht mehr als Ausdruck rein sachlichen Strebens zu gelten beanspruchen kann. Wenn Ärztekapazitäten sich eine Operation mit einem kolossalen Honorar bezahlen lassen, das nur ihrem Ruf gegeben wird, wenn Rechtsanwälte für ihre Betätigung oft ganz gewaltige Beträge berechnen dürfen, so wird man nicht mehr behaupten können, daß ihre Arbeit nur ganz der Sache gelte. Und da dürfen sich solche geistigen Arbeiter nicht wundern, wenn sie auf Widerstand bei denen stoßen, die sich verpflichtet fühlen einer Bereicherungssucht entgegenzutreten, die zuletzt auf Kosten vieler Bedürftiger geht. Da entsteht dann leicht unten im Volk wieder eine Feindseligkeit gegen die geistigen Arbeiter, die dem Wohl des ganzen Volkes durchaus abträglich ist. Der geistige Arbeiter soll nie vergessen, daß seine Leistung nicht nur aus ihm selber stammt, sondern daß er sie der Gesellschaft verdankt, die ihm die Gelegenheit bot seine Anlagen auszubilden. Kein geistiger Arbeiter darf sein Können wie überhaupt sein ganzes Wirken so isoliert auffassen, daß er den Zusammenhang mit der Ge-

sellschaft, die ihn trägt, verliert. Das Urheberrecht kann auch eine Auslegung erfahren, die ganz unmöglich ist. Hartung meinte, es sei nicht in Ordnung, wenn der Sänger, der ein Lied singe, bezahlt werde, nicht aber immer auch der Komponist, der das Lied geschaffen. Wie leicht kann auch da Bereicherungssucht zu ganz unmöglichen Forderungen führen. Soll jeder, der das Lied vom rheinischen Mädchen vor sich hersummt, vorher dafür 10 Pfennig Honorar abführen? Schließlich dürfte man ja keinen Schriftsteller zitieren, ohne ihm vorher für das Zitat ein Honorar gezahlt zu haben. Die Gerechtigkeit ist da schwer zu verwirklichen. Wer Gelegenheit hat einen Zeitungsartikel 100mal zum Abdruck zu bringen, kann dafür einen Arbeitslohn bekommen, dessen Höhe nicht nur der Tüchtigkeit des Verfassers geschuldet ist sondern Zufallsgründen entspringt, vor allem auch dem Verbreitungsapparat zu verdanken ist, den der Verfasser gar nicht geschaffen hat.

Offensichtlich gibt es da unüberwindliche Schwierigkeiten. Welche Kontrollarbeit könnte erwachsen, wenn das Urheberrecht solche Auslegung erführe, daß jedwedes Geistesprodukt nur als das alleinige Eigentum seines Schöpfers anzusehen und juristisch zu behandeln sei! Die Grenze zwischen berechtigtem Interesse und unwürdiger Bereicherungssucht ist da sehr schwer zu ziehen. Statt den Sozialismus anzuklagen, daß er der Persönlichkeit nicht gerecht werde, ist es vielleicht mehr angebracht manchen geistigen Arbeitern zum Bewußtsein zu bringen, daß sie alles, was sie haben und können, dem Volk als Ganzem verdanken, und daß ihre Arbeit durch nichts mehr entehrt werden kann, als wenn sie in den Dienst persönlichen Vorteils gestellt wird, daß sie aber ihren höchsten Adel erhält, wenn sie ganz allein ihrer Idee dient. Noch bis zur Stunde lebt in mir aus meiner Knabenzeit das Gedächtnis an einen Elberfelder Arzt, an den Doktor Pagenstecher, der dafür bekannt war, daß er Reich und Arm völlig gleich behandelte, obwohl er von den (damals nicht versicherten) Armen überhaupt nichts bekam. Es hieß, die reichen Leute machten das freiwillig gut. Ob es wahr war, kann ich nicht sagen; Not gelitten hat er aber nicht, er war ein hervorragend tüchtiger Arzt.

Allen unseren geistigen Arbeitern muß klar werden, daß ihre Arbeit wie ihre soziale Position dann den Höchstgrad ihres Werts wie ihrer Beseligung erreichen werden, wenn sie, die sie das Volk führen sollen, als Sozialisten (früher mochte man Christen sagen) das Volk brüderlich, nicht herablassend lieben. Ja, man muß sagen, daß diese Brüderlichkeit, die alle stolze, das Volk verachtende, eigensüchtige und herrschsüchtige Bonzenhaftigkeit ausschließt, eine der unerläßlichen Voraussetzungen dafür ist, daß auch unten im Volk der Haß schwinde, der die Reaktion darauf ist, daß die Führer das Volkes oder doch die, die es sein sollten, nicht ihre Pflicht tun. Die Kirche wurde gehaßt, wenn die, die berufen wären dem Volk bei den letzten Fragen des Lebens beratend zur Seite zu stehen, ihm in dogmatischer Borniertheit oder in Herrschsucht den Weg zur Antwort auf die letzten Lebensfragen verlegten. Das Heer der allgemeinen Wehrpflicht wurde verhaßt, weil die Offizierskaste ihre Position zum gesellschaftlichen Vorrecht machte, und Unteroffiziere in Mißhandlungen ihre Unfähigkeit das Volk zu führen nur zu oft in traurigster Weise an den Tag legten. Und heute will es mir scheinen, als ob die Schulen wegen der "Pauker", die keine Lehrer sind, auch stark in Mißachtung gerieten. Was wir also brauchen, sind sozialistisch empfindende, ganz dem Allgemeinwohl hingebene geistige Arbeiter.



FRITZ NAPHTALI · DAS ARBEITENDE PALÄSTINA

BEI Gelegenheit des Kongresses der Sozialistischen Internationale wurde im vergangenen Jahr in Brüssel ein Sozialistisches Komitee für das Arbeitende Palästina gegründet. Dieses Komitee, das durch die Initiative des Jüdischen Sozialistischen Arbeiterverbands Poale Zion entstanden ist, und dem viele führende Genossen der Internationale beigetreten sind (unter anderen Léon Blum, Pierre Renaudel, Jean Longuet, Emile Vandervelde, Louis de Brouckère, James Ramsay MacDonald, Eduard Bernstein, Paul Löbe), hat die Aufgabe das Interesse der Sozialisten aller Länder für das Aufbauwerk der jüdischen Arbeiter in Palästina zu erwecken und den Vorkämpfern dieses Werks die moralische Unterstützung des internationalen Sozialismus, dem sie sich verbunden fühlen, zu sichern. Neuerdings ließ die gewerkschaftliche Organisation der jüdischen Arbeiter in Palästina einen Ruf an ihre Freunde unter den jüdischen Sozialisten in verschiedenen Ländern ergehen, mit dem Ziel alle Kräfte zusammenzufassen, die den Aufbau des jüdischen nationalen Heims in Palästina in sozialistischem Geist zu fördern gewillt sind. Nicht eine bloße Sympathieerklärung war beabsichtigt, vielmehr aktive geistige und materielle Förderung des Werks der Arbeiterschaft in Palästina. Und deshalb wandte sich dieser Aufruf im besondern an die sozialistischen Juden. In Deutschland tagte auf diesen Appell der palästinensischen Arbeiter am 29. und 30. Dezember 1928 eine Konferenz der Freunde des arbeitenden Palästinas. Auf dieser Konferenz wurden die besonderen sozialistischen Aufgaben im Aufbau des Landes Palästina eingehend diskutiert. Die Grundlage der Aussprache bildeten Referate Martin Bubers (Warum muß der zionistische Aufbau sozialistisch sein?), Joseph Baraz' (Kwuzahprobleme), Fritz Naphthalis (Sozialistische Wirtschaftspolitik in Palästina), David Remes' (Der Stand der kolonisatorischen Tätigkeit der Arbeiter in Palästina), Salman Rubaschows (Der Weltkongreß für das arbeitende Palästina). Die Aussprache selbst zeigte die lebhafteste Teilnahme von Sozialisten wie Julius Kaliski und Isaak Steinberg an den zionistischen Problemen, aber auch die besondere Hingabe der Sprecher verschiedener jüdischer Jugendorganisationen. Das Ergebnis der Konferenz war der Beschluß der Gründung einer Liga für das Arbeitende Palästina in Deutschland. Die damit eingeleitete Bewegung, die das Ziel hat auch diejenigen jüdischen Sozialisten, die nicht Zionisten sind, mit dem Werk der jüdischen Arbeiter in Palästina zu verbinden, gibt den Anlaß hier in den Sozialistischen Monatsheften, also demjenigen sozialistischen Organ, das sich zuerst und immer wieder für die zionistische Bewegung eingesetzt hat, in dem daher auch die Probleme des jüdischen Kolonisationswerks in Palästina schon mehrfach behandelt worden sind, die besonderen inneren Verbindungen darzustellen, die zwischen sozialistischem Denken und zionistischen Aufgaben in Palästina tatsächlich bestehen.

Der Sozialismus ringt überall in der Welt um die Lebensformen, in denen sich die schöpferischen Kräfte der arbeitenden Menschen voll und frei entfalten können. Er beruht auf der Überzeugung, daß die höchste und fruchtbarste Entfaltung der produktiven menschlichen Kräfte stets von der Bildung der Gemeinschaft abhängt, daß auch die höchste individuelle Leistung nur dann möglich ist und nur dann fruchtbar werden kann, wenn sie tief in der Gemeinschaft ruht. Unter den Gemeinschaftsbildungen, die die Voraussetzung einer vollen Entfaltung der Kräfte sind, steht die Nation, diese

Schicksalsgemeinschaft aus gemeinsamem Erleben, gemeinsamer Geschichte, an erster Stelle. Die Frage, wie weit das jüdische Volk, bei dem das Gefühl für die Zusammengehörigkeit seiner Glieder, für ihre Schicksalsgemeinschaft in großen Massen trotz ihrer Zerstreuung über die Länder des Erdballs lebendig geblieben ist, den Charakter einer Nation behalten hat, wie weit ihm auf Grund seiner Zerstreuung, auf Grund seiner geschichtlich bedingten unnormalen sozialen Struktur und auf Grund des Einlebens in den Wohnländern der Charakter einer sogenannten geschichtslosen Nation gegeben ist, mag unerörtert bleiben. Auf jeden Fall wird der Sozialist hier, wie überall sonst in der Welt, eine Bewegung mit dem Ziel der nationalen Regeneration, eine Bewegung, die um das Erwachen zu neuem schöpferischen Dasein ringt, die ein Volk von einer einseitigen sozialen Gliederung zu einer allseitigen Entfaltung seiner Kräfte führen will, als eine Bewegung anerkennen müssen, die dem großen internationalen Ziel der höchsten Entfaltung der produktiven Kräfte im Rahmen nationaler Gemeinschaften mit differenzierten Arbeitsfeldern und Arbeitsaufgaben zustrebt. Der besondern, einzigartigen und deshalb in kein Schema einzuordnenden Lage der Juden in der Welt entspricht es, daß ihre Erneuerungsbewegung nur die konkrete Form eines kolonisatorischen Werks in dem Land einnehmen konnte, das einst die nationale Heimat der Juden war, das damals in voller Blüte stand, dessen produktive Kräfte aber in den Jahrhunderten, die seit der Zerstreuung der Juden vergangen sind, verfallen oder mindestens weit hinter der Entwicklung in anderen Teilen der Welt zurückgeblieben sind. So ergab es sich, daß eine nationale Erneuerungsbewegung die Gestalt einer Kolonisationsaufgabe angenommen hat, die unmittelbar nur von einer aktiven Minderheit des Volkes gelöst werden kann. Der Erfolg und die Fruchtbarkeit dieses kolonisatorischen Aufbaus in Palästina für die Erneuerung der nationalen Kräfte der Juden in der gesamten Welt werden allerdings von dem Grad der Verbundenheit der Juden, die nicht unmittelbar an der palästinensischen Arbeit teilnehmen, mit dem Werk dieser Vorkämpfer abhängen. Die Entwicklung seit dem Krieg, die Palästina aus dem türkischen Herrschaftsbereich loslöste und es zum Mandatsland des Völkerbunds werden ließ, unter ausdrücklicher Anerkennung der Bestimmung es zur nationalen Heimstätte des jüdischen Volkes zu machen, gaben den bescheidenen Anfängen der jüdischen Kolonisation in Palästina, die vor dem Krieg bestanden, einen starken Impuls, der mit diesem Werk verbundenen jüdischen nationalen Erneuerungsbewegung eine Chance, an deren Ausnutzung sie jetzt ihre Kraft erproben muß.

Das nationale Ziel der jüdischen Kolonisation in Palästina macht von vornherein alle kolonialen Formen, die auf der Ausbeutung eingeborener Arbeitskräfte durch eine einwandernde Herrenschaft beruhen, wertlos. Es soll auch nicht die in Palästina lebende arabische Bevölkerung verdrängt werden; einzelne Stimmen, die gelegentlich in einer Art ertönen, als ob es sich in Palästina um eine Eroberung des Landes mit äußerer Macht, anstatt um die Erweiterung des Lebensspielraums durch produktive Arbeit, handeln könnte, verhallen von selbst: ganz abgesehen von der grundsätzlichen Ablehnung des Gedankens jeder Unterdrückung der Mitbewohner des Landes durch die Mehrheit der Zionisten und durch die zionistischen Sozialisten im besondern. Der Aufbau der jüdischen Heimstätte und die erstrebte nationale Regeneration erfordern eine Kolonisation der Siedlung, die ausschließlich auf *eigener jüdischer Arbeit* aufgebaut sein muß. Aus dieser Situation folgte ohne wei-

teres, daß die wichtigsten Träger des Palästinawerks, daß seine Pioniere die Arbeiter sein mußten. Es folgte weiter, daß im Vordergrund des Ringens um die Erschließung neuer produktiver Kräfte im Land die *landwirtschaftliche* Siedlung stehen mußte. Die Arbeiter, die mit dem Willen zu diesem Pioniertum nach Palästina kamen, waren und sind ihrer sozialen Herkunft nach eigenartig zusammengesetzt. Nur ein kleiner Teil dieser Arbeiter, die überwiegend aus Osteuropa einwanderten, gehörte von Haus aus zur Arbeiterklasse. Die Mehrzahl stammte aus dem kleinbürgerlichen Milieu des Handels und des Handwerks, das den jüdischen Osten beherrscht, ein Teil auch aus großbürgerlichen und akademischen Kreisen. Ungewöhnlich groß war der Bildungsgrad dieser Arbeiter, ungewöhnlich gering ihre Vorbereitung auf die landwirtschaftlichen und städtischen Arbeitsaufgaben, die in Palästina zu erfüllen sind. Sie alle aber zeichnete der Wille aus Arbeiter zu sein und Arbeiter zu bleiben, im Dienst des nationalen Aufbaus. Diese Arbeiter aber brachten aus ihren Geburtsländern nicht nur das nationale sondern auch das soziale Ideal, die Ideenwelt des Sozialismus, mit in das Land. Hier, wo es gilt von unten auf eine nationale Gemeinschaft aufzubauen, werden die Kräfte auch von dem Willen befeuert neue Lebensformen zu verwirklichen. Der Kampf um die nationale Neugestaltung ist so ganz von selbst mit dem Kampf um soziale Neugestaltung verbunden.

So konnte das Einsetzen der außerordentlichen menschlichen Kräfte, das vor allen Dingen für die Besiedlung von Landgebieten, die erst entsumpft werden mußten, um Produktions- und Lebensmöglichkeiten zu gewähren, nur in Formen des sozialen Experiments aufgenommen werden. Und auch als die verstärkte Einwanderung kleinbürgerlicher Zionisten neben der landwirtschaftlichen Kolonisation den städtischen Aufbau vorantrieb, als in Tel Awiw die erste große rein jüdische Stadt des Landes heranwuchs, und in Jerusalem und Haifa neue jüdische Stadtteile entstanden, wurde das Erlernen der neuartigen Arbeit, im besondern der Bauarbeit, im großen Umfang mit dem Versuch verknüpft besondere gewerkschaftlich-genossenschaftliche Unternehmungsformen und neuartige Formen des Gemeinschaftslebens zu entwickeln. Je weiter sich das jüdische Leben in Palästina entfaltete (nach dem Krieg wuchs die Anzahl der Juden in Palästina von 60 000 auf etwa 160 000 an), desto mehr zeigte sich, daß auch in dem neuen jüdischen Palästina nicht eine Insel geschaffen werden konnte, in der neue und bessere soziale Formen unbestritten die Vorherrschaft erringen konnten. Die Einwanderung setzte sich aus Juden der verschiedensten sozialen Schichten zusammen, und auch die zionistische Weltbewegung, die hinter dem Palästinawerk steht, schloß in sich bei der Gemeinsamkeit des nationalen Ziels die verschiedensten sozialen Auffassungen ein. So prägte sich immer mehr aus, daß die Arbeiter ihr Pioniertum in der kolonisatorischen Arbeit mit einem Kampf um die Erhaltung und Durchsetzung der ihnen eigenen sozialen Ideen zu verbinden hatten. Die Schwierigkeit, die aus dieser Situation für die jüdischen sozialistischen Arbeiter erwuchs, liegt darin, daß sie im gleichen Augenblick, in dem sie für die Durchsetzung der von ihnen erstrebten sozialen Formen kämpfen, den Zustrom von Kapital aus Kreisen, die ihnen in ihrer sozialen Gesinnung fern stehen, und die Einwanderung von Menschen mit Kapital und mit dem Willen zur privatwirtschaftlichen Gestaltung in jeder Form begrüßen und mit allen Mitteln erstreben müssen. Denn die Arbeiter in Palästina wissen, daß es für sie nicht darauf ankommt dort eine Insel der Seligen für eine kleine

Schar von liebenswerten Menschen zu schaffen, sondern daß es gilt in dieser historischen Situation möglichst schnell ein möglichst *großes und vielfältiges jüdisches Gemeinwesen* in Palästina aufzubauen. Die Arbeiter haben deshalb stets, auch in Jahren der Krise, in denen sie mit der Arbeitslosigkeit schwer zu ringen hatten, das Prinzip der freien Einwanderung verteidigt. Sie haben auch stets die Bemühungen unterstützt nichtzionistische Kreise der Juden aus Amerika und Europa zur Mitarbeit und Finanzierung des Palästinawerks heranzuziehen, obwohl sie sich bewußt sein mußten, daß die hier zu gewinnenden Kreise, die demnächst mit den Zionisten zusammen in der Jewish Agency die offizielle Vertretung gegenüber der Mandatsregierung bilden werden, den sozialen Idealen der Arbeiterklasse überwiegend fremd, wenn nicht feindlich gegenüberstehen werden. Dieser realistische Sinn entspricht auch auf lange Sicht dem sozialistischen Interesse an dem Aufbau der nationalen Heimstätte in höherem Maß als es eine sich absperrende Konzentration auf einzelne, gewiß wichtige soziale Experimente täte. Aber gerade weil jetzt in der palästinensischen Arbeiterschaft die Hoffnung lebt, daß wieder eine stärkere Welle des Zustroms an Kapital und Arbeitskräften nach Palästina beginnen wird, und gerade weil die Arbeiter sehen, daß jetzt der Einfluß von Juden, die der amerikanisch-europäischen Finanzwelt angehören, sich in der Leitung des Palästinawerks erweitern wird, sehen sie sich gezwungen auch alle jüdischen Kräfte in der Welt zu sammeln, die bereit sind innerhalb des Aufbauwerks den sozialistischen Geist lebendig zu erhalten.

Es geht bei diesem Ringen um die Formen der Kolonisation in Palästina, um die Erhaltung einer Reihe von Grundsätzen und Institutionen. In erster Linie steht dabei das Prinzip des nationalen Besitzes an dem zu besiedelnden Boden, das durch den Jüdischen Nationalfonds repräsentiert wird. Des weitern geht es um die Freiheit der Siedler in der Wahl der Wirtschafts- und Lebensformen, im besondern um die Erhaltung der Form der Kwuzah, die auf kollektiver Bewirtschaftung des Bodens und kollektivistischen Verbrauchsformen beruht. Schließlich geht es auch um die Anerkennung der Histadruth, der gemeinsamen Organisation der landwirtschaftlichen und städtischen Arbeiter, im Kolonisationswerk. Je weiter sich privatwirtschaftliche und gewerbliche Betriebe im Land ausdehnen werden, desto wichtiger werden auch die Kämpfe um den Aufbau eines modernen Arbeitsrechts, um Arbeiterschutz, Arbeiterversicherung und Mitbestimmungsrechte der Arbeiter in der Wirtschaft innerhalb der palästinensischen Gesellschaft werden. Der jüdische Sozialist, der die Bedeutung des nationalen Erneuerungswerks erkennt, hat gleichzeitig das brennende Interesse daran, daß dieses Erneuerungswerk im höchstmöglichen Maß mit sozialistischem Geist durchdrungen wird. Der Vorrang der Arbeit vor dem Kapital, der Vorrang der Gemeinschaft vor der Einzelwirtschaft, die freie Entfaltung neuer sozialer Lebensformen, auch dann, wenn sie mit Experimenten verbunden sein mögen, deren Erfolge ungewiß sind: das alles sind Dinge, um die unsere Genossen in Palästina zu ringen haben, und bei denen sie die Unterstützung des internationalen Sozialismus, besonders aber aller sozialistischen Juden finden sollten. Diese Hilfsstellung durch Aufklärung über die Ideen, durch Information über die Tatsachen des palästinensischen Werks, durch enge persönliche Verbindung mit den palästinensischen Genossen materiell und geistig fruchtbarer zu gestalten als es bisher der Fall war: das ist die Aufgabe der neu errichteten Liga für das Arbeitende Palästina.

Es gibt jüdische Sozialdemokraten, denen es an Verständnis und Interesse für das Werk des Palästinaaufbaus an sich vielleicht nicht fehlt, die sich aber in der aktiven Förderung dieses Werks gehemmt fühlen, weil sie glauben, daß diese Einreihung sie in Konflikte bringen könnte mit ihren Aufgaben und ihrer Stellung in Deutschland und gerade auch innerhalb der deutschen Sozialdemokratie, der ihre Lebensarbeit gehört. Diesen Genossen möchte ich zum Schluß sagen, daß es nach meiner festen Überzeugung das unentrinnbare Schicksal des emanzipierten Juden in der Welt ist, daß er zugleich in verschiedene Schicksalsgemeinschaften verknüpft ist. Er gehört zu dem Land, dessen Bürger er ist, in dem er lebt, in dem er kämpft, und er gehört gleichzeitig zum jüdischen Volk, dem er durch Stammes- und Schicksalsgemeinschaft untrennbar verbunden ist. Diese zwiefachen Bindungen sind gewiß nicht frei von Problematik. Aber es ist eine Illusion, und eine Illusion, die gefährlich ist, weil sie zur Unaufrichtigkeit und zum Mangel an Würde führen kann, wenn der Jude dieser Problematik durch ein Verleugnen oder Verstecken seines Judentums ausweichen zu können glaubt. Für den Juden, der Sozialist ist, ergibt sich aus der Eigenart der jüdischen Situation, daß das Schicksal ihn im Kampf für die Verwirklichung seiner sozialistischen Ideale an 2 Fronten gestellt hat: an die Front des Landes, in dem er lebt, und an die Front des Volkes, dem er angehört, und dessen Arbeiterpioniere um nationale und soziale Erneuerung in Palästina kämpfen. Gerade wenn der Jude seine Eigenart nicht verleugnet, gerade wenn er innerhalb der deutschen Sozialdemokratie kämpfen will, nicht *obgleich* er Jude ist, sondern *als Jude*, dann wird für seine Zusammenarbeit mit den nichtjüdischen Genossen die ehrlichste und deshalb auch die gesündeste und fruchtbarste Basis gefunden werden. Es ist ganz besonders des Sozialisten, der sich der Bedeutung aller nationalen Gemeinschaften für die Entfaltung der schöpferischen Kräfte bewußt ist, unwürdig die Rolle des verschämten Juden zu spielen, der nur ein Produkt bürgerlichen gesellschaftlichen Ehrgeizes ist. Als selbstbewußter Jude muß er in die gemeinsame Kampffront eintreten. Dann wird es ihm zur Lust werden, daß das Schicksal ihn bestimmt hat für die Verwirklichung seiner sozialistischen Ideale an 2 Fronten zu kämpfen.

PAUL KAMPFFMEYER · DER ETHIKER UND POLITIKER KURT EISNER

DER 21. Februar 1919 ist ein schwarzer Tag in der deutschen Revolutionsgeschichte. Die Ermordung Kurt Eisners, das Attentat auf Erhard Auer und die Auseinandersetzung der Bayrischen Nationalversammlung: das waren erschütternde Ereignisse, die für die Gestaltung der politischen Verhältnisse Süddeutschlands wahrhaft verhängnisvoll geworden sind.

Die Schreckensnachricht von der Ermordung Eisners fuhr in München wie ein ungeheurer, lähmender Donnerschlag nieder. Eine kurze Erstarrung, ein jäher Aufschrei, und dann stieg wohl in allen, die in München den kaltblütig vorbereiteten Anschlag Graf Arco-Valleys erlebten, die Ahnung einer nahenden politischen Katastrophe auf. Die Schüsse dieses beschränkten Monarchisten entzündeten den unheilvollen räterepublikanischen Aufstand, der, in Strömen unschuldigen Bluts erstickt, die Drachensaat der politischen reaktionären Mordanschläge aufsprießen ließ, die einen Erzberger, einen Rathenau hinweg-

rafften und das Leben fast aller führenden neuen Männer der Deutschen Republik bedrohten. Zahllose Drohbriefe liefen vor der Schreckenstat Arco-Valleys bei dem bayrischen Ministerpräsidenten Eisner ein. Immer wiederholte sich die an Eisner gerichtete Drohung: »Die Kugel, die Dich trifft, liegt bereit!« Ein »Steckbrief« mit »Verbrecherbild« und »Fingerabdruck« lautete: »Kurt Eisner ist tot oder lebend der Polizeidirektion München einzuliefern. Er verriet das Vaterland. Wer ihn tötet, bekommt 30 000 Mark. Wer ihn lebendig einliefert, der bekommt 50 000 Mark. Wer für die gute Sache ist, der mache sich auf Eisner zu fangen oder zu töten.« An der Ludwig-Maximilians-Universität in München kursierte folgender Handzettel: »Kommilitonen! Alle Kommilitonen, die im Felde gestanden sind, werden hiermit aufgefordert vollzählig in der Versammlung von Kurt Eisner Donnerstag den 13. Februar abends 6 Uhr im Deutschen Theater zu erscheinen, um in aller Form Verwahrung einzulegen, daß der derzeitige Ministerpräsident es in Bern gewagt hat gegen die Freigabe aller unserer kriegsgefangenen Kommilitonen einzutreten. Mach' hurtig Landvogt. Deine Uhr ist abgelaufen. Schiller. Wilhelm Tell.« Der Rektor dieser Universität, wegen dieser Mordhetze zur Rede gestellt, antwortete Eisner, daß die Universität die Aufforderung zum Mord und zu jeder andern strafbaren Handlung auf das schärfste verurteilen würde; der Rektor könne aber eine solche Aufforderung in der angeführten Stelle nicht erblicken sondern nur eine Aufforderung zum baldigen freiwilligen Rücktritt, und eine solche Aufforderung könne er den Studenten nicht verwehren. Als Tell drohte: »Mach deine Rechnung mit dem Himmel, Vogt, fort mußst du, deine Uhr ist abgelaufen!«, wollte er selbstverständlich den Landvogt nur höflich um die Einreichung eines Rücktrittsgesuchs ersuchen.

Eisner hatte, solange er in München seines Amts als Ministerpräsident waltete, ein Stück deutscher Geschichte aufbauen wollen, ein Stück Geschichte auf neuer sozialetischer Grundlage. Er betrachtete sich ganz als Jünger Kants. Nach seiner Ansicht gehört der Begründer des modernen Sozialismus, Marx, sachlich zu Kant. Die Ethik erzeuge das Wert- und Entwicklungsgesetz der Gesellschaft »nicht aus blauen Wolkenhöhen und auch nicht aus der sinnlichen Erfahrung sondern aus der Vernunft, welche die Tiere zu Menschen macht, indem sie ihnen die Fähigkeit verleiht sich selbst Kulturzwecke zu setzen«. In seinem Aufsatz zum 100. Todestag Kants im Vorwärts hob Eisner hervor, daß das Sittengesetz Kants in seiner fruchtbarsten Formulierung lautet: »Handle so, daß du die Menschheit, sowohl in deiner Person als in der Person eines jeden andern, jederzeit zugleich als Zweck, niemals bloß als Mittel brauchst.« Die Ethik Kants sei nur Gesetz, nur Form menschlichen Handelns. Lediglich in dieser Form liegen die Geltung, das Recht und die Fruchtbarkeit des sittlichen Prinzips. Der lebendige Inhalt, der die Form erfüllt, stehe durchaus im Fluß der Geschichte. Hier walte der Mechanismus der Wirtschaft, hier erweise die geschichtsmaterialistische Methode ihre unabweisliche Kraft. Die Ethik der Form besage nichts als dies: Wenn denn die Menschheit Kultur wolle, wenn sie ein Wertmaß der gesellschaftlichen Organisation brauche, so könne das sichtende und sichere Prinzip nur jener Moralgrundsatz sein; er verbürge den Aufstieg der Menschheit. Eisner bezeichnet die Ethik Kants als einen Baumeister, der gleichsam die technischen Vorbedingungen, die Mathematik der Gesellschaft lehrt, das Bauen selbst unterliegt nach ihm der Kausalität der Geschichte, der Arbeit der Menschheit. Er wirft dann die Frage auf: Und wäre dies Prinzip, weil es nur Form

ist, auch leer? Und er beantwortet sich selbst diese Frage so: »Man prüfe jenen Satz an den wirtschaftlich bedingten Klassenkämpfen der Geschichte. Hat nicht stets jede revolutionäre Klasse in irgendeiner Formel jenes sittliche Programm als Recht und Ziel ihrer Empörung auf ihre Fahne geschrieben?« Die Ethik Kants stehe über allen konkreten Gesellschaftsordnungen, und sie bedinge an sich keine bestimmte Ordnung. Jedes Gemeinschaftswesen, wenn anders es sein Kulturrecht erweisen wolle, müsse sich an jenem wirklichen Ideal messen. Auf der heutigen Stufe der wirtschaftlich-politischen Entwicklung sei Kants Ethik nur im Sozialismus zu verwirklichen. Kant habe sein Asyl und seine Wirkung nur noch im sozialistischen Proletariat. Und hieran knüpft Eisner diese ethisch-kulturelle Charakteristik der Sozialdemokratie: »Die Geschlossenheit einer den ganzen Menschen und die ganze Menschheit umfassenden, nach Einheit und Gewißheit ringenden Weltanschauung, die unlösliche Verkettung wissenschaftlicher Erkenntnis mit allem politischen Handeln, die prinzipielle Auffassung der Dinge, die Überzeugung von der Erreichung des Zieles eines Vernunftstaates, die Ethik der Freiheit und Gleichheit, die, bei allem idealistischen Schwung, dennoch fest und besonnen, ohne säuselnde Sentimentalität und wehleidige Gefühlsschwelgerei auf dem Erdboden erwiesener Tatsachen, kritisch prüfend, steht, das unbeirr-bare Weltbürgertum: das alles spottet des seichten, opportunistischen, an niedrigsten Einzelinteressen haftenden, ziel- wie ideallosen und zugleich leer romantisch aufgeputzten Geistes der bürgerlichen Gesellschaft, das sind aber auch die tiefsten Wesenszüge der internationalen Sozialdemokratie.«

Als ein so ethisch gerichteter Sozialist, als ein nicht nur die Welt kommentierender sondern sie auch verändernder Philosoph stieß Kurt Eisner auf die deutsche Sozialdemokratie. Aus seiner Weltanschauung heraus ergaben sich bald theoretische und taktische Kämpfe mit den "Radikalen", mit der Anhängerschaft des Reichstagsabgeordneten Stadthagen, der ein Mißtrauensvotum gegen die von Eisner geführte Redaktion des Vorwärts durchsetzte. Eisner klebt nicht an seinem Posten, aber er will ihn nicht ohne Schwertstreich verlassen. Er will kämpfen, denn er verdient nach seiner Ansicht nicht Sozialdemokrat zu sein, wenn er das nicht täte, gleichgültig, wie der Kampf auch ausgehen mag. Am 8. September 1903 schreibt er unter anderen diese Zeilen an August Bebel: »Ich stehe nunmehr seit 15 Jahren im publizistischen Kampf, 15 Jahre unaufhörlicher, harter und ernster Arbeit. Und seit dem ersten Beginn, seit der ersten Zeile, die ich schrieb, habe ich für die Sozialdemokratie gewirkt, so gut ich konnte. Seit dem Anfang der neunziger Jahre stand ich ganz einsam, ganz allein auf vorgeschobenem Posten. Ich zögerte lange zur Sozialdemokratie formell überzugehen. Es schien mir reiner und befriedigender nur für die Sozialdemokratie zu leben und nicht auch von ihr. Als man mich dann aber ersuchte, 1898, hinüberzukommen, zögerte ich keinen Augenblick alle Brücken hinter mir abzurechen und mir liebgewordene Verhältnisse aufzugeben. Will man mich nicht mehr, ich kann's nicht ändern, obwohl mein Lebensinhalt in dem Kampf für unsere Sache besteht.« Das ist der aufrechte Eisner, der gepanzert das Turnierfeld betritt und mit seiner Überzeugung steht und fällt.

Kurt Eisner war nicht der Mann der schön schillernden Phrase sondern der Mann der politischen Tat. Man hat ihn einen Schöngeist, einen Feuilletonisten genannt, für den eigentlich das ernste politische Schlachtfeld nur der Schauplatz einer feinen, geläuterten Stilkunst war, man hat ihn für einen

Effekthascher gehalten, der die politischen Ereignisse zu großen, die Masse künstlich erregenden "Sensationen" aufbauschte, und man hat ihm damit außerordentlich unrecht getan. In Eisner pulste das Blut eines stets zur Tat drängenden Revolutionärs. Wenn man Eisner einen "Revisionisten" schalt, so hatte man mit dieser Kennzeichnung insofern recht, als Eisner Verständnis für die positive Aufbauarbeit zeigte, für die Gegenwartsarbeit der politischen und wirtschaftlichen Umgestaltung Deutschlands, die der ganzen revisionistischen Bewegung zugrunde lag. Eisner ist fast 2 Jahrzehnte hindurch Mitarbeiter der Sozialistischen Monatshefte gewesen. Manchen seiner weltanschaulichen Gedanken hat er in dieser Zeitschrift ausgeformt. Seine Essays über den jungen Ibsen, über Swift, Shelley, Dostojewskij sind wahre Meisterstücke einer weltanschaulich vertieften literarischen und sozialen Kritik. Schaffen, umgestalten; das wollte Kurt Eisner vor allem. Sein eigentliches Vorbild war Jean Jaurès. Dieser große französische Sozialist und Staatspolitiker bedauerte auf dem Amsterdamer Internationalen Sozialistenkongreß /1904/, daß sich das Stimmengewicht von 3 Millionen sozialdemokratischen Wählern in Deutschland nicht wirklich in politische Macht umsetzte, in Aktionen zur tatsächlichen Umgestaltung Deutschlands. Eisner hat später einmal seinen engsten geistigen Anschluß an den Jaurès von Amsterdam erklärt.

Eisner wollte Preußen-Deutschland aus der politischen Erstarrung reißen. Er wollte die Demokratie über den alten preußischen Obrigkeitsstaat triumphieren lassen. Deshalb schlägt er zum Beispiel 1913 den Sozialdemokraten vor ein Bündnis mit den Liberalen schon für die preußischen Urwahlen abzuschließen, um den auf Preußen lastenden Alp der Reaktion abzuwälzen. Im Februar 1913 entwirft Eisner in der Wochenschrift März ein »Militärprogramm der Linken«. Er denkt an ein Bündnis der Sozialdemokraten mit den Liberalen, und er sieht dieses Bündnis als eine Art Schicksalsfrage Deutschlands an. »Soll sich endlich auch in Deutschland die Demokratie entwickeln und zur herrschenden Macht werden«, schreibt er da, »so kann das, wie sich bei uns die Parteiverhältnisse gestaltet haben, zunächst nur durch die gemeinsame Aktion des sozialistischen Proletariats und des wahrhaft liberalen Bürgertums erreicht werden. Die Widerstände, die aus beiden Lagern einem solchen Bündnis entgegenwirken, sind im Reich und in Preußen bisher so stark, daß es vielfach nur für den Traum utopischer Schwärmer gehalten wird.« Die Militärvorlage steuert nach Eisner auf die allgemeine Wehrpflicht aller Diensttauglichen los. »Damit nähert sich die Militärverwaltung aber auch ganz von selbst den militärischen Anschauungen der Sozialdemokratie, die auf die Demokratisierung der Armee drängt, und die nach ihrer grundsätzlichen Haltung Militärvorlagen gerade dann annehmen muß, wenn sie auf dem Wege zur Demokratie liegen.« Nach Eisner darf die Sozialdemokratie jeder Militärvorlage zustimmen, »die sowohl hinsichtlich der Organisation wie der Deckung ihren demokratischen Forderungen entgegenkommt«. 3 Forderungen stellt sodann Eisner für das Militärprogramm der Linken auf: 1. Einführung der 1jährigen Dienstzeit für die Fußtruppen, 2. Deckung der Kosten durch direkte Steuern auf hohe Einkommen, Vermögen und Erbschaften, 3. Beseitigung des Offiziermonopols; Aufrücken der Offiziere aus den Gemeinen und Unteroffizieren. Man darf sagen: Dieses Militärprogramm Eisners war wirklich "utopisch". Es forderte von dem preußischen Obrigkeitsstaat nicht mehr und nicht weniger als die Selbstvernichtung seiner autoritären Grundprinzipien, die besonders fest in seiner Heeresverfassung herausgearbeitet waren,

es forderte von dem Liberalismus den vollständigen Bruch mit seiner bisherigen Steuergesetzgebung und die ausschließliche Belastung der besitzenden Klassen mit Vermögens- und Einkommensteuern. An diesem Programm fesselt uns nur die in ihm liegende Charakterisierung der ganzen Persönlichkeit Eisners als eines impulsiven Menschen, der mit einer großen politischen Aktion eine grundstürzende Umgestaltung des Hauptmachtmittels des Obrigkeitsstaats herbeiführen will. Der Wille zur Tat flammt in ihm so gewaltig auf, daß er bei ihm die klare Einschätzung der vorhandenen politischen Machtverhältnisse unmöglich macht. In den Willen zur Tat legt Eisner das Hauptgewicht bei allen politischen Aktionen. Er erkennt oft die Schwierigkeit der rechnerischen Erfassung der äußeren Umstände, die erst die Durchführung einer politischen Handlung ermöglichen.

Eisner in seinem ganzen Denken und Wollen tritt uns entgegen, wenn wir heute seine ideenreichen Vorwärtsartikel vom September 1905, Debatten über Wenn und Aber betitelt, aufmerksam lesen. Eisner erörtert eingehend die äußeren Bedingungen einer politischen Aktion und fährt dann fort: »Das Studium der materiellen Möglichkeiten darf in den Augenblicken wichtigster Entscheidungen nicht außer acht gelassen werden. Aber noch niemals, solange es eine Weltgeschichte gibt, konnte jemand rechnerisch, mit mathematischer Sicherheit jeweils feststellen, ob die materiellen Möglichkeiten einer Handlung zum Erfolg führen müssen. Gerade darauf kommt es in solchen revolutionären Krisen an den *moralischen Mut* zu einer solchen Tat zu finden. Das Studium der materiellen Bedingungen in solchen Situationen ist kinderleicht und kann von jedem Kalkulator recht und schlecht erledigt werden, die Entfachung der Begeisterung aber ist das schwierigste Problem politischer Erziehung, die Entschlossenheit zur Tat vielleicht *das* ungeheure tragische Problem der Weltgeschichte ... Die moralische Entrüstung, auf die *wir* uns berufen können und berufen müssen, ist jener revolutionäre Idealismus, der die Grundlage parteigenössischer Erziehung ist, ohne die wir elend verkommen würden. Er ist die in den Willen, in die Entschlußkraft aufgenommene Summe aller ökonomisch-historischen Bedingungen.« Diese Zeilen wurden im Jahr 1905 geschrieben, in dem Jahr der Russischen Revolution. Und dieses ist das Jahr des entschiedenen Bruchs vorwärtsschreitender Parteigenossen mit einem bequemen Entwicklungsfatalismus. Diese wollen sich von der "Entwicklung", in der ja schon im Keim die zukünftige sozialistische Gesellschaft eingeschlossen ist, nicht mehr fortreiben lassen; sie besinnen sich auf ihre eigenen revolutionären, intellektuellen und ethischen Kräfte zur Gestaltung dieser Zukunftsgesellschaft. Raphael Friedeberg, der Begründer des Anarchosozialismus, betonte damals die Bedeutung der geistigen und moralischen Kräfte des Menschen für die Verwirklichung des Sozialismus; man müsse den innern Menschen, das Denken und Handeln des Menschen revolutionieren. Andere Kreise der Partei beginnen mit der Propaganda des Generalstreiks, um diesen als Mittel für die revolutionäre Umgestaltung der bürgerlichen Gesellschaft zu gebrauchen. In dieser Zeit spricht Eisner das bezeichnende Wort: Eine Dreimillionenpartei dürfe im Kampf um politische Rechte nicht buchmäßig rechnen und nicht in die Ferne spekulieren. Sie müsse, wenn es gilt, auch Niederlagen wagen. »Nichtswürdig ist das Volk, das nicht sein alles setzt in seine Rechte!« Reden die herrschenden Klassen russisch mit dem deutschen Proletariat, so wird auch die Antwort russisch klingen. Jedes Mittel ist in solchem Fall anzuwenden, sofern es tauglich ist.

Nach Eisner hat das gewaltige ökonomische Knochengerüst des Marxschen Gedankensystems das lebendige, das "ethische" Wollen des Proletariats zu stützen. Eisner sieht in Marx einen gigantischen ethischen Revolutionär, dessen leidenschaftliches sittliches Pathos jede Zeile seines Werks durchglüht. Er bestreitet die Notwendigkeit eines Trennungsstrichs zwischen der politischen Ökonomie und der Ethik, und er schreibt am 10. September 1905: »Bei der marxistisch gereiften Sozialdemokratie liegen Ökonomie und Ethik in der Praxis nicht im Kampfe mit einander; höchstens daß gelegentlich noch ein unklarer bürgerlicher Pedant äußerlicher Gelehrsamkeit "theoretisch" einen Gegensatz heraufstüftelt. Das Proletariat will nicht nur Geschichte erkennen sondern Geschichte *machen*. Aus dieser Aufgabe folgt die ganze Aufklärung über das Verhältnis von sozialistischer Ökonomie und sozialistischer Ethik. Jede ökonomisch-historische Erkenntnis setzt sich um in eine unmittelbare Willensaktion des Proletariats, und die Wissenschaft von der Gesetzmäßigkeit menschlichen oder, weniger mißverständlich ausgedrückt, gesellschaftlichen *Wollens* heißt Ethik. Jeder sozialistische Ökonom ist zugleich ein sozialistischer Ethiker und umgekehrt. Die beiden Seiten einer und der selben Weltanschauung sind überhaupt nicht zu trennen. Wir sind alle "Ethiker", müssen es sein, nicht weil wir mit "Ethik" als *Mittel* wie unsere Feinde jede Bestialität begünstigen, indem sie die Ausrottung des Bestialischen durch den "unethischen" Klassenkampf ablehnen; sondern wir wollen Ethik, wir wollen Sittlichkeit schaffen als Zweck, und zwar auf dem von Grund aus umgepflügten Boden der sozialen Machtverhältnisse, als der notwendigen Vorbedingung der Erfüllung.«

Der Weltkrieg kündigt sich drohend an, und Eisner, von parlamentarischen sozialdemokratischen Kreisen informiert, gibt die Parole des Kampfs gegen den Zarismus aus. Dann aber beginnt er die Dokumente über die Entstehung des Weltkriegs tiefer zu studieren, und schließlich glaubt er, daß die eigentliche Schuld an dem großen Völkermorden die offiziellen Kreise Deutschlands tragen. Die (irrig) Vorstellung von der Alleinschuld Deutschlands schlägt ihn nun ganz in Bann. Er sieht in Deutschland nur den Verbrecher, und sein Schuldspruch lautet hart und unversöhnlich. Sein hochgespannter ethischer Wille kann ihn aber nicht vollziehen.

Man darf den Novemberumsturz des Jahres 1918 nicht als den siegenden Durchbruch eines elementarkräftigen ethischen Idealismus betrachten. Diese Revolution ist der völlige Zusammenbruch eines sich automatisch selbstvernichtenden Systems, das nicht einmal Miene zu seiner eigenen Verteidigung machte, als ihm in den verschiedenen Zentren der Arbeiterbewegung fast zur gleichen Stunde sein Todesurteil verkündet wurde. Gerade zur rechten Zeit erscheint ein Schriftchen Felix Fechenbachs über den »Revolutionär Kurt Eisner«, das die wirklichen Momente des Zusammenbruchs in München im allgemeinen richtig wertet. Es würdigt auch durchweg zutreffend die eigenartige geistige und sittliche Persönlichkeit Eisners. Natürlich ist die Münchener Bewegung mit den Augen eines warmen und hingebenden Freundes Kurt Eisners gesehen. Und diese Augen erschließen uns manchen Charakterzug Eisners, über den eine sogenannte objektive geschichtliche Darstellung wohl hinwegglitte. Ein Stück selbsterlebter Geschichte, von einem Mann dargestellt, der handelnd seine ganze Seele für eine ihm groß erscheinende Sache eingelegt hat, besitzt immer geschichtlichen Wert. Hier spricht ein innerlich ergriffener Augen- und Ohrenzeuge erschütternder Ereignisse.

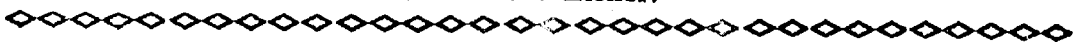
Fechenbachs Geschichte der Münchener Revolution, die mit Nachdruck die Beteiligung des Bauernbunds an dieser Umwälzung und den ewigen Geldmangel der Münchener Revolutionäre hervorhebt, beweist, wie wenig die Münchener Bewegung im November 1918 von außen mit Hilfe von "Ententegeld" gemacht wurde. Für den Sieg der Revolution in München waren folgende Tatsachen von besonderer Tragweite: die Überführung rheinisch-westfälischer Industriearbeiter nach München, die Zersetzung des monarchischen Gedankens in Bayern, die Furcht vor dem Einmarsch der Ententetruppen in das weiß-blaue Königreich, die revolutionäre Stimmung in vielen Bauerngemeinden, der moralische Zusammenbruch der hohen Militär- und Beamtenkreise nach den Niederlagen im Westen. Es wäre völlig verkehrt, wollte man die Münchener Bewegung im wesentlichen auf ethisch-revolutionäre Impulse zurückführen. Eisner täuschte sich über die Stärke des revolutionären Idealismus in der Münchener Bevölkerung. Er glaubte in den Tagen des Munitionsarbeiterstreiks in den Münchener Betrieben eine neue hoffnungsreiche Organisation der Sozialdemokratie erwachen zu sehen, eine Organisation »ohne bewährte alte Führer«, eine Organisation, »in der sich das Proletariat selber führte«. Die alte Sozialdemokratie betrachtete er als eine »monarchistisch-oligarchische Organisation von Beamten- und Angestelltenpartei, von Ober- und Unterführung von Geschäften und Kassen, die in dem antidemokratischen Deutschland die einzige Karriere für begabtere oder — gemeinere Proletarier bot«.

Auf die neuen, sich an die Betriebsorganisation anschließenden proletarisch-sozialistischen Kräfte gründete Eisner seine Hoffnung auf eine ethisch-idealistische Bewegung der Sozialdemokratie. Die revolutionären Arbeiter- und Soldatenräte hätten nach seiner Ansicht erst die Vorbedingungen für eine fruchtbare Arbeit der Nationalversammlung zu schaffen. Er hielt daher die Einberufung dieser Verfassungsgebenden Versammlung zurück und strebte eine Ausgestaltung der Räte an. Beide Pläne stießen auf den entschiedenen Widerspruch Friedrich Wilhelm Foersters. In der Münchener Post erklärte nämlich Foerster, er habe den Gesandtschaftsposten in Bern auf Verlangen Eisners nur angenommen, weil er geglaubt habe, daß die neue Regierung auf breiter Grundlage arbeiten werde. Darin sei er enttäuscht worden. Er habe noch die gleiche Hochachtung vor dem selbstlosen Charakter Eisners und halte viele seiner grundlegenden Ideen für ausgezeichnet. Er hätte nichts mehr gewünscht, als daß er deren Autorität durch seine Politik gestärkt hätte. Mit den Methoden ihrer Ausführung könne er aber seinen Namen auch nicht von fern verbinden. Eisner wolle die Umgestaltung Deutschlands nur von einer bestimmten Klasse autokratisch entscheiden lassen. Darum kämpfe er verzweifelt gegen die Nationalversammlung. Foerster appellierte zugleich an das Gewissen und die Intelligenz der Arbeiter- und Soldatenräte mit diesen Worten: »Wir würden alle mit einander hoffnungslos zugrunde gehen, und wir kämen in einen Bankrott hinein, wie ihn die Weltgeschichte noch nicht gesehen hat, wenn wir Deutsche jetzt beim Wiederaufbau unserer Wirtschaft und Kultur nicht in wahrhaft gleichem Geist zusammenhalten.« Aus innerster Kenntnis der Sachlage gab Foerster zu bedenken, daß die Entente mit uns weder Frieden machen noch uns Nahrung senden sondern aller Voraussicht nach Deutschland nach Ablauf des Waffenstillstands militärisch besetzen würde, wenn bis dahin keine Anzeichen für die Einsetzung einer den Willen des ganzen deutschen Volkes zum Ausdruck bringenden vertragsfähigen Regierung zu bemerken seien.

Eisner erwartete eine besonders ethisch-sozialistische Erneuerung der sozialistischen Bewegung von einer umfassenden Betätigung der Räte. Seine Projekte über die Ausgestaltung der Räte scheinen sich zum Teil ins Uferlose verloren zu haben. Jedenfalls schrieb Foerster am 11. Februar 1919 folgende mahnenden Zeilen an Eisner: »Ich möchte glauben, daß es gar kein besseres Mittel organischer Sozialisierung geben kann als den zielbewußten Ausbau der Konsumentenorganisation. Die praktische Übung in solchen Dingen wird auch geschultere Kräfte für die Räte zur Verfügung stellen. Ganz abgesehen davon wird solche Konsumentenorganisation für die kommenden Probleme unserer Volksernährung von großer Bedeutung werden. Ich bedaure immer mehr, daß die ganze Räteidee durch die russischen "Vorbilder" so schwer kompromittiert worden ist. Um freien Raum für die Verwirklichung dieser Idee zu schaffen, wird nichts notwendiger sein, als daß die Ziele der ganzen Rätebewegung so unzweideutig definiert werden, daß ängstliche Gemüter ein für allemal beruhigt werden, und daß vor allem gänzlich darauf verzichtet wird das Rätesystem gegen die Nationalversammlung zu setzen: Man muß sich jetzt darauf beschränken der "représentation laïque", wie sie vom Parlamentarismus dargestellt wird, die "représentation productive" lediglich als eine beratende Instanz ohne politische Drohungen und Granaten an die Seite zu stellen. Die höhere moralische Autorität und die entscheidende politische Kraft kommt dann später ganz von selbst. Die Stellung zur Gewerkschaftsbewegung müßte ebenfalls in einer alle Teile aufklärenden und beruhigenden Weise dargelegt werden, damit die Arbeiterschaft jetzt nicht in Bruderzwist getrieben wird; das wäre ganz verderblich.«

Das hohe sittliche Pathos, von dem die ganze politische Tätigkeit Eisners befeuert wird, legte dieser in alle Bewegungen seiner Zeit hinein: in die Rätebewegung, in die Bewegung zur Umgestaltung der völkerrechtlichen Beziehungen usw. Er glaubte vor einer vollständigen Umwälzung des moralischen Bewußtseins der Völker zu stehen, die so Ungeheures, so seelisch Erschütterndes erlebt hatten. Er betrachtet die damalige politische Schaubühne gleichsam als eine "moralische Anstalt". Diese Bühne hat aber ihr Personal durchweg aus einer Zeit bezogen, in der sich noch die wildesten Machtinstinkte im Völkerverkehr austobten. Die große Mahnung der Marxschen Inauguraladresse, daß die einfachen Gesetze der Moral und des Rechts, die die Beziehungen der einzelnen regeln, auch die Gesetze des Völkerverkehrs sein sollen, hat das Gewissen der Nationen vor, in und nach dem Weltkrieg kaum berührt. Die moralische Anstalt der politischen Schaubühne setzte sich noch aus recht merkwürdigen Richtern zusammen, als Eisner seine moralischen Anklagen gegen das damalige Deutschland mit Einschluß seiner eigenen früheren Parteigenossen erhob. Kann man sich wundern, daß das angeklagte Deutschland diese Richter zum Teil wegen Befangenheit ablehnte? Viele Reden Eisners wurzeln in dem Gedanken, daß die führenden Männer der Entente Deutschland in die Völkergemeinschaft nur dann aufnehmen werden, wenn dieses geschlagene Land ein vollständiges reumütiges Schuldbekenntnis ablegen werde. Die Friedensfrage sah Eisner in erster Linie als eine moralische, nicht als eine politische Frage an.

Der Ethiker Kurt Eisner unterschätzte die materiellen Bedingungen, unter denen sein revolutionärer Wille eine neue Welt gestalten konnte. An dieser Tatsache scheiterte der Politiker Kurt Eisner.



GÜNTER KROLZIG · ZUR REFORM DER FÜRSORGEERZIEHUNG

ES ist in den Sozialistischen Monatsheften bereits darauf hingewiesen worden, daß die Frage einer Reform der Fürsorgeerziehung wieder für die Öffentlichkeit brennend geworden ist, und daß das Verdienst die Diskussion über die Fürsorgeerziehung vor breitestem Forum in Gang gebracht zu haben dem Buch und dem Schauspiel Peter Martin Lampels zuzuschreiben ist¹. Es wurde auch mit vollem Recht hier betont, daß die gegenwärtigen Zustände in der Fürsorgeerziehung der Deutschen Republik unwürdig seien, daß also eine Reform auf der ganzen Linie dringende Aufgabe der Parlamente, Juristen, Fürsorgeerziehungsbehörden und Jugendämter sei. Diese Tatsache ist unabweisbar, auch wenn man nun in der Berliner Stadtverordnetenversammlung die persönliche Qualität Lampels als zweifelhaft hingestellt hat. Für die große Mehrzahl der Fürsorgeerziehungsanstalten fehlt es unbedingt an geeigneten Leitern und Erziehern wie an brauchbaren Arbeitsmöglichkeiten. Will man jetzt Lampel nicht gelten lassen, so bleiben doch die Berichte C. Z. Klötzels im Berliner Tageblatt vom 27. Januar und 6. Februar 1929 bestehen, ebenso die Schilderung, die ein Anstaltsleiter kürzlich in der Arbeiterwohlfahrt gab. Doch darf nicht die Vorstellung entstehen, als hätten diejenigen, die an der Durchführung der Fürsorgeerziehung verantwortlich beteiligt sind, die unbedingte Notwendigkeit gründlicher Reformen übersehen, und als hätte es des Lampelschen Aufrufs bedurft eine neue Epoche in der Geschichte der Fürsorgeerziehung einzuleiten. Tatsächlich hat seit dem Novemberumsturz eine ganze Reihe von Pädagogen persönliche Leidenschaft und Kraft eingesetzt, um die mit der überkommenen Zwangserziehung verbundenen Mißstände aufzuheben. Man denke nur an die damals geradezu revolutionär wirkenden Versuche Karl Wilkers, der in der Berliner Fürsorgeerziehungsanstalt Lindenhof den Charakter einer Zwangs- und Strafanstalt zu beseitigen und einen bewegten, jugendlichen Geist an deren Stelle zu setzen strebte; er ließ Fenstergitter, Arrestzellen und die graue Öde der Wohnräume verschwinden. Seitdem sind die Bemühungen um die Reformen der Fürsorgeerziehung keineswegs schwächer sondern bei weitem stärker, produktiver und gestaltkräftiger geworden. Einmal war es die Jugendbewegung, die über Wilkers Versuche hinaus neue Gemeinschaftsformen in den Erziehungsanstalten zu entwickeln bedacht war. Zum andern aber blieb diese oder jene Anstalt vom Sozialismus nicht unbeeinflusst. Leider haben die Formkräfte, die von sozialistischen Gedankenkreisen aus in Bewegung gesetzt wurden, bisher nicht eine so innere Mächtigkeit aufgewiesen, daß sie eine dem Erfolg der Jugendbewegung ungefähr gleichkommende Umwälzung der Fürsorgeerziehungsarbeit darstellten. Immerhin ist es der Arbeiterwohlfahrt gelungen in der Lüneburger Heide ein Berufserziehungsheim für gefährdete Mädchen, den Immenhof, einzurichten. Soll die augenblickliche Erregung der Öffentlichkeit nicht ins Leere stoßen, so kommt alles darauf an zu wissen, wie die Dinge auf dem Gebiet der Fürsorgeerziehung in Wirklichkeit liegen, wo die eigentlichen Schwierigkeiten und Hemmungen für eine Reform zu finden sind. Auf der andern Seite muß man klar sehen, in welcher Richtung sozialistisches Wollen sich zu bewegen hat, und welche Unternehmungen einer Förderung durch Sozialisten wert sind.

1) Siehe die Rundschau *Sozialpolitik*, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 42.

Gewiß ist die Reform der Fürsorgeerziehung zunächst einmal auf gesetzgeberischem Gebiet vonnöten. Der Reichstag hat sich nach Verabschiedung des auch die Fürsorgeerziehung regelnden Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes mit dieser Materie nicht mehr befaßt. Man glaubt offenbar mit dem im Jahr 1922 gegebenen Gesetz bereits eine zuverlässige und stabile rechtliche Grundlage für die öffentliche Erziehungsarbeit zu besitzen. Man hat seit Erlaß der für die gesamte Fürsorgearbeit grundlegenden Gesetze es an der Ausgestaltung des Rechts für die Erwachsenen nicht fehlen lassen; man denke nur an die Erweiterung und Reform der Erwerbslosen- und Kleinrentnerfürsorge. Dagegen ist eine Änderung des Fürsorgerechts für die Jugendlichen nirgends in Angriff genommen worden. Wenn aber wirklich die Wahl vom Mai 1928 an der strukturellen Zusammensetzung des Reichstags etwas geändert hat, müßte es sich auch in der Gesetzgebung für die öffentliche Erziehung erweisen. Die Praxis hat erwiesen, daß die Rechtslage heute in keiner Weise den Notwendigkeiten eines einheitlichen öffentlichen Erziehungswerks genügt. Es ist von der Struktur des Rechts her eine pädagogische Zuverlässigkeit nicht garantiert. Alle Versuche der Länder, Provinzen und Kommunen um eine sachlich vernünftige Arbeit können heute überhaupt nur Teilarbeit darstellen. Der bestehende reichsrechtliche Rahmen läßt nicht unbedeutende Schwierigkeiten bestehen. Dort sind die Fürsorgeerziehungsbehörden, die für die Durchführung der Fürsorgeerziehung verantwortlich sind, als besondere Instanzen eingesetzt neben den eigentlichen Trägern der öffentlichen Erziehungshilfe, den Jugendämtern, die die Erziehungsmaßnahmen einleiten. Es fehlt die für eine erfolgreiche Wirkung erforderliche Einheit im erzieherischen Willen; ganz abgesehen von der wirtschaftlich unrationellen Aufteilung des Behördenapparats. Es gibt ferner eine Möglichkeit in Verbindung mit dem Strafprozeß auf Fürsorgeerziehung zu erkennen. Wenn sie auch im Jugendstrafrecht als Erziehungsmaßnahme gedacht ist, gerät sie doch immer in Gefahr als Strafe gewertet zu werden. Schließlich kann auf Fürsorgeerziehung reichsrechtlich nur erkannt werden, wenn gerichtlich ein Versagen festzustellen ist; es braucht keineswegs nur bei dem Jugendlichen sondern auch ganz einseitig bei den Erziehungsberechtigten vorhanden zu sein. Es besteht also im Reich nicht die Möglichkeit, wie etwa in Sachsen und Hamburg, daß Eltern freiwillig die Hilfe einer öffentlichen Erziehungsanstalt in Anspruch nehmen können. So ist von vornherein allgemein gesehen die gesellschaftliche Gruppe der Fürsorgezöglinge ein gekennzeichnete Stand, Menschen eines zweifelhaften Schicksals, die darum den Zwang des Staates an sich erfahren haben. Dieses Gesamtcharakteristikum belastet die Fürsorgeerziehung, sobald man an ihre praktische Durchführung geht.

Dieser Druck läßt sich nur durch eine prinzipielle Ausweitung der Fürsorgeerziehungseinrichtung beseitigen². Es soll natürlich nicht übersehen werden, daß an einer Stelle der Zwang des Staates bestehen bleiben muß öffentliche Erziehungshilfe einzusetzen, wo nämlich die Erzieher oder Jugendliche oder gar beide Teile sich jeder Einsicht unzugänglich zeigen. Je weiter jedoch der Rahmen für eine Freiwilligkeit gespannt ist, je mehr eine zwangsmäßig angeordnete Erziehung Ausnahme bleibt, um so geringer wird die Gefahr

2) Nach der im *Preußischen Statistischen Landesamt* bearbeiteten Statistik für die Fürsorgeerziehung Minderjähriger für die Rechnungsjahre 1924 und 1925 /Berlin 1928/ betrug die Anzahl der Fürsorgezöglinge in Preußen im Jahr 1925 64384, gegen 53777 im Jahr 1912. Sie weist also eine wachsende Tendenz auf. Die Tatsache wiegt besonders schwer, da man sich von der Einführung der Schutzaufsicht eine Entlastung der Fürsorgeerziehungsanstalten versprach.

einer sozialen Absonderung der Fürsorgezöglinge und einer darin begründeten Opposition. Wenn eine Einführung der Fürsorgeerziehung in das gesellschaftliche Ganze erfolgen soll, wird man gar nicht anders können als die reichsrechtlich gegebene Isolierung dadurch aufzuheben, daß man prinzipiell jedem Erziehungsberechtigten die Möglichkeit gibt ein ihm anbefohlenen Kind einer Fürsorgeerziehungsanstalt anzuvertrauen. Eine solche allen zugängliche Erziehung sollte dann besser Staatserziehung heißen, um den Staat unter der Kontrolle aller Öffentlichkeit und bei Beteiligung des gesamten gesellschaftlichen Bewußtseins zu einer wertvollen Sozialleistung fest zu verpflichten. Sicherlich sind mit einer solchen Benennung einige gewiß nicht geringe verwaltungsrechtliche Schwierigkeiten verbunden. Man wird jedoch hier die Reform im Zusammenhang mit der ganzen Reichsreform sehen müssen. Daß die Schaffung einer allen Schichten zugänglichen öffentlichen Erziehungseinrichtung bei der gegenwärtigen Erschütterung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse für eine große Anzahl pädagogischer beruflicher Schwierigkeiten eine Lösung bedeuten würde, ist allen Einsichtigen klar. Es ist nicht ersichtlich, warum man den Jugendlichen in die pädagogische Atmosphäre einer öffentlichen Erziehungsanstalt erst versetzt, wenn eine Verwahrlosung vorhanden ist oder zum mindesten droht. Umgekehrt bestände die Möglichkeit gefährdete Jugendliche in die Lebenswelt einer im Kern gesunden und zielgerichteten Jugendgruppe zu versetzen. Die Forderung der gesetzgeberischen Reform ist in Fachkreisen seit langem vorbereitet. Auch die Arbeiterwohlfahrt hat sich für einen Abbau der Fürsorgeerziehung als Sondermaßnahme eingesetzt. Es kommt jetzt darauf an endlich jene konkreten Vorschläge im Parlament zur Debatte zu stellen und dabei grundsätzlich den Gedanken der Staatserziehung ins Auge zu fassen.

Es ist völlig eindeutig, daß eine Reform der Fürsorgeerziehung durch die Gesetzgebung nur in einem sehr beschränkten Sinn die Aufhebung der Mißstände in der Fürsorgeerziehung bedeutet. Entscheidend ist schlechthin, ob eine Änderung des bestehenden Anstaltswesens durchgesetzt werden kann. Für die Reform besteht eigentlich die größte Schwierigkeit darin, daß sich ungefähr 90 % der Erziehungsheime in Händen der Konfessionen, also vornehmlich der Innern Mission und der Caritas, befinden. Diese Tatsache bedeutet nun nicht, daß die Erziehungsheime Hygiene und Wohnkultur nicht genügend berücksichtigen oder sich auf die wissenschaftlichen Erkenntnisse der Psychologie und Soziologie nicht einstellen könnten. Man darf nicht verkennen, daß man sich in jenen Lagern immer nachhaltiger darum bemüht. Aber, und das gibt den Ausschlag, es ist der geistigen Haltung eines konfessionell gebundenen Heims gar nicht anders möglich als Mission treiben, den Verwahrlosten retten und bekehren zu wollen. Ein solches Wollen geht im pädagogischen Einsatz ohne Zweifel am Bewußtsein weitester Bevölkerungskreise, hauptsächlich der Großstadt und des Proletariats, vorbei. Man führt somit die Zöglinge soziologisch in eine Struktur, die in der Realität noch allenfalls auf dem Land und in der Kleinstadt anzutreffen ist, in die durch ihren Glauben verbundene Familie. So wirken die gewaltigen Mittel, die jährlich vom Staat für die Fürsorgeerziehung aufgebracht werden³, nicht zu voller Produktivität. Von der Pädagogik der Konfessionen kann man nie eine letzte Orientierung an der Realität verlangen. Darum ist die dringendste Forderung der Stunde eine Vermehrung der staatlichen Erziehungsanstalten.

3) Die Aufwendungen Preußens für die Fürsorgeerziehung betrugen im Jahr 1925 35 497 392,43 Mark, gegen 15 403 300,43 Mark im Jahr 1914.

Mit der Schaffung öffentlicher Erziehungsanstalten und deren Orientierung an der gesellschaftlichen Realität ist eine weitere Forderung zu verbinden, die bisher nur in geringem Umfang erkannt ist: die grundsätzliche Beziehung der Anstaltsarbeit auf die Forderung der Produktion. Der Vorbericht des Allgemeinen Fürsorgeerziehungstags für die Tagung von 1927 zeigt, wie weit man von dieser Forderung entfernt ist. 55,2 % der Zöglinge in Anstalten für Schulentlassene werden in der Landwirtschaft beschäftigt, mit dem Endresultat, daß 91,5 % den landwirtschaftlichen Beruf wieder aufgeben. Es kennzeichnet die Haltung der meisten Fürsorgeerziehungsanstalten, daß man aus dieser Zahl, die die Unproduktivität jener Erziehungsarbeit schlagend erhellt, keine Konsequenz gezogen hat. Man glaubt, daß die landwirtschaftliche Arbeit den gefährdeten Jugendlichen zur Ruhe und Selbstbesinnung führe. In diesem Ergebnis kann man aber nur ein Fiasko sehen. Daß die bestehenden Lehrwerkstätten, die unter einem Meister mitunter 10 und noch mehr Lehrlinge zusammenfassen, selten Maschinen besitzen und völlig kleinhandwerklichen Charakter tragen, produktive Arbeitserziehung nur ganz spärlich leisten können⁴, sehen die Anstalten ebenfalls kaum. Um so mehr verdient ein Lehrbetrieb der Metallverarbeitung für die Fahrradindustrie Hervorhebung, den die Anstalt Johannesstift in Schildesche bei Bielefeld eingerichtet hat. In einem Progressivsystem wird den Lehrlingen eine industrielle Berufsausbildung vermittelt. Dieser Betriebstypus, der augenblicklich noch eine Ausnahme darstellt, sollte überall dort eingerichtet werden, wo man aus Gründen pädagogischer Gefährdung den Jugendlichen nicht in der Großstadt belassen kann. Man sollte Lehrwerkstätten größten Stils schaffen, wie sie in der Industrie bereits vorhanden sind. Im übrigen wird man Heime in der Großstadt systematisch und zahlreich einrichten müssen, die den Zögling nur beherbergen, den Tag über jedoch in seinem gewohnten Betrieb lassen. Auch für diese sogenannte halboffene Form des Heims gibt es bereits ein vorzügliches Vorbild: das Westendheim in Frankfurt.

Eine Angleichung der Produktionsformen in den Fürsorgeerziehungsanstalten an die realen Forderungen der industriellen Produktion wird aber auch unzulänglich bleiben, wenn sich mit dieser Reform nicht eine geistige Haltung verbindet, die sich genau dessen bewußt ist, was die Produktion von dem arbeitenden Menschen verlangt. Hier befindet man sich auch unter den tatkräftigen pädagogischen Reformern der Fürsorgeerziehung noch etwas in individualistischer oder idealistischer Illusion. Man glaubt, man könne den Jugendlichen für die Arbeit begeistern, ihm die sittliche Bedeutung der Arbeit zum Bewußtsein bringen, Lebenswert und Lebensinhalt aus dem Arbeitsvorgang heraus selbst setzen. Vielleicht gelingt dies noch bei landwirtschaftlicher Arbeit. Für die industrielle Produktion ist aber, aufs Ganze gesehen, solches Erleben so gut wie ausgeschlossen. Man wird sich also darauf einrichten müssen Sinn und Aufgabe der Gesamtproduktion nicht aus einer vorgefaßten weltanschaulichen oder sozialetischen Meinung sondern aus den Vorgängen der Produktion und ihrer Realität zu erfassen. Gewiß soll eine so gewonnene Anschauung unter den Zöglingen ebenfalls nicht missionarisch verkündet werden. Ob aber die Lebensatmosphäre einer Anstalt sich auf die Gesamtproduktion richtet, wird sich als hochwichtig herausstellen. Eine große Anzahl

⁴ Nach der oben angeführten Veröffentlichung des *Allgemeinen Fürsorgeerziehungstags* gibt es nur 10 solcher Anstalten, die geeignet sind Jugendliche für einen industriellen Betrieb auszubilden. Man dürfte bei dieser Schätzung noch sehr weitherzig verfahren sein.

der Jugendlichen, die sich in Fürsorgeerziehung befinden, ist ja eben an der gesellschaftlichen Situation, wie sie mit den gegenwärtigen Produktionsverhältnissen heraufbeschworen ist, gescheitert. Nach ihrer Entlassung aus der Anstalt kehren sie dorthin wieder zurück, und alle Erziehungsarbeit ist vergeblich gewesen, wenn man nicht von vornherein gerade dies bedacht hat. Natürlich liegen die Erziehungsaufgaben bei den geistig und körperlich kranken und "minderwertigen" Jugendlichen anders. Für diese außerordentlich große Gruppe wird man die Anstalten sehr differenzieren müssen, von heilpädagogisch gerichteten Heimen bis zu den Bewahrungsanstalten. Im ganzen kann man doch erwarten, daß, wenn die Richtung auf die Produktion gewonnen, und die Fürsorgeerziehung zur Staatserziehung umgebildet ist, wirklich produktive öffentliche Erziehungsarbeit geleistet wird.

Es sind dies nur die großen Linien. Eine ganze Reihe von Kleinarbeit wird ebenfalls zu leisten sein. Vor allem müssen gründlich ausgebildete Erzieher eingestellt werden. Und das ist nicht zuletzt auch eine finanzielle Frage.

GERHARD GLIENKE · LANDWIRTSCHAFTLICHE GROSSBETRIEBE UND BÄUERLICHE WIRTSCHAFTEN AUF DEN VERSCHIEDENEN BODENARTEN

PREUSSEN führte am 16. Juni 1925 eine Zählung der landwirtschaftlichen Betriebe durch, die in ihren Ergebnissen sehr interessante Aufschlüsse über die Größenklassenverteilung im Gebiet dieses deutschen Landes gibt. Zum erstenmal hat die amtliche Statistik neben den bisherigen Veröffentlichungen der Ergebnisse nach politischen Einheiten, den Kreisen, Regierungsbezirken usw., eine Zusammenfassung der Ergebnisse nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten vorgenommen. Sie ist dabei so vorgegangen, daß sie die Provinzen unter Berücksichtigung der jeweils verschiedenen bodenkundlichen und klimatischen Bedingungen sowie der Absatz- und Verkehrsverhältnisse durch Zusammenlegung bestimmter Kreise in sogenannte Landschaften aufteilte. Während also das Provinzergesamt als eine Summe vieler ganz verschieden gearteter Einheiten aufzufassen ist, gibt die Aufteilung dieser Provinzzahlen unter Berücksichtigung bestimmter Faktoren Teilergebnisse, die die verschieden gestaltete landwirtschaftliche Struktur einer Provinz wesentlich deutlicher zum Ausdruck bringen. Die Unterschiede zwischen den Provinzergesamten und den Landschaftszahlen sind mitunter recht groß. Dadurch, daß die Wirtschaftsgebiete in erster Linie nach den bodenkundlichen Verhältnissen eingeteilt wurden, erhält man vor allem wichtige Aufschlüsse über die Größenklassenverteilung auf den verschiedenen Bodenarten. Betrachtet man die Ergebnisse nach diesen Gesichtspunkten, so ergeben sich folgende Einzelheiten.

Von den 3 in der Provinz *Ostpreußen* gebildeten Landschaften weist die Landschaft der Nördlichen Abdachung des Ostpreußischen Höhenrückens und der Memelniederung die günstigsten Bodenverhältnisse, und zwar vorwiegend fruchtbare Lehm Böden, auf. Von den einzelnen Größenklassen sind die Großbetriebe hier am stärksten vertreten; sie bewirtschaften mit 48,8 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche dieser Landschaft sogar etwas mehr als die bäuerlichen Wirtschaften zusammen genommen mit 48,6 %. Demgegenüber treten in den anderen beiden Landschaften die bäuerlichen Wirtschaften

stärker hervor. In der Landschaft des Ostpreußischen Höhenrückens (Masuren) sind die Bodenverhältnisse durch den weit verbreiteten Sandboden am ungünstigsten. Auffallend ist, daß hier die klein- und mittelbäuerlichen Wirtschaften mit 31,0 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche über einen größeren Anteil verfügen als in den beiden erstgenannten Landschaften (mit nur 23,2 und 20,6 %). Im Gebiet der Weichselniederung und -mündung sind die Bodenverhältnisse etwas günstiger. Von den 3 Landschaften zeigen hier die großbäuerlichen Betriebe mit 42,7 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche ihre stärkste Verbreitung. Sie beruht wohl darauf, daß die natürlichen Verhältnisse in den ausgedehnten Niederungen der Weichsel die Bildung von ausgesprochenen Großbetrieben hemmen.

In Pommern ist der Großbetrieb ganz besonders stark vertreten. Nach dem Provinzdurchschnitt befindet sich fast die Hälfte, und zwar 49,8 % der genutzten Fläche, in seiner Hand. Wesentlich anders aber liegen die Dinge in den einzelnen 5 Landschaften. Es zeigt sich auch hier wie in Ostpreußen, daß die Großbetriebe auf den besseren Bodenarten sehr stark vertreten sind. So bewirtschaften sie in der überwiegend aus besseren Lehmböden bestehenden Landschaft des Vorpommerschen Küstengebiets nicht weniger als 68,8 % der genutzten Fläche, während auf die klein- und mittelbäuerlichen Wirtschaften zusammen nur 12,4 % entfallen. Im Oderniederungsgebiet einschließlich des Kreises Pyritz (Weizacker) ist der Boden ebenfalls besser als in den übrigen noch zu erwähnenden 3 Landschaften. Auch hier überwiegen die größeren Betriebe. Die Großbauern sind mit 29,0 % genutzter Fläche stärker vertreten als in allen anderen Landschaften und bewirtschaften mit den Großbetrieben zusammen 74,1 %, also fast $\frac{3}{4}$ der landwirtschaftlich genutzten Fläche dieser Landschaft. Demgegenüber sind im Gebiet der Odermündung, ferner der Hinterpommerschen Küste und dem Gebiet des Hinterpommerschen Landrückens die klein- und mittelbäuerlichen Wirtschaften stärker vertreten. Besonders groß ist ihr Anteil mit 45,2 % an der Fläche im überwiegend sandigen Odermündungsgebiet. Die Großbetriebe zeigen hier von allen Landschaften mit nur 34,3 % (Provinzdurchschnitt 49,8 %) den geringsten Anteil.

Von den 4 Landschaften *Brandenburgs* haben die Großbetriebe in der Neu-mark und der Nördlichen Mark den größten Teil der landwirtschaftlich genutzten Fläche in Bewirtschaftung. Beide Gebiete verfügen über größere Flächen guten Lehmbodens. Die um Berlin liegende Mittlere Mark weist in der südlichen Hälfte mehr sandigen Boden auf, im nördlichen Teil dagegen teilweise auch Lehmboden. Hier sind die bäuerlichen Wirtschaften, vor allem die großbäuerlichen, stärker vertreten als in den beiden oben genannten Landschaften. Besonders schlechte Bodenverhältnisse, und zwar fast ausschließlich Sandböden, findet man in der Lausitz. Die klein- und mittelbäuerlichen Wirtschaften sind hier sehr stark vertreten. Mit 58,4 % verfügen sie über mehr als die Hälfte der genutzten Fläche, während auf die Großbetriebe mit nur 24 % der geringste Anteil von allen Landschaften entfällt.

Die Provinz *Grenzmark Posen-Westpreußen* ist ihrer Kleinheit wegen nicht weiter aufgeteilt worden. Die Bodenverhältnisse sind ziemlich einheitlich, da die leichten Bodenarten überwiegen. Etwa $\frac{1}{3}$ der landwirtschaftlich genutzten Fläche wird von den klein- und mittelbäuerlichen Wirtschaften bewirtschaftet, ungefähr der selbe Anteil von den Großbetrieben wie von den Großbauern. Der bei weitem größte Anteil der Landwirtschaftsfläche dieser Provinz entfällt mithin auf die bäuerlichen Betriebsgrößenklassen.

Landschaften mit überwiegend guten Bodenverhältnissen sind in *Niederschlesien* das Gebiet des Mittelschlesischen Landrückens und das fruchtbare Gebiet links der Oder. Der Anteil der Großbetriebe an der landwirtschaftlich genutzten Fläche beträgt 43,3 und 36,0 % und ist größer als im Provinzdurchschnitt und in den anderen Wirtschaftsgebieten. Auch hier zeigt sich also wieder die schon in den anderen Provinzen beobachtete Tatsache, daß die Großbetriebe in den günstigeren Gebieten stärker vertreten sind als in den übrigen Landschaften. Im Niederschlesischen Höhengebiet mit seinen weniger günstigen Bodenverhältnissen treten die klein- und mittelbäuerlichen Wirtschaften dagegen mehr in den Vordergrund. Besondere Verhältnisse liegen im Gebirgsland vor. Die mittelbäuerlichen Betriebe haben mit 44 % der Landwirtschaftsfläche einen weit stärkern Anteil als in den anderen 3 Landschaften. Die natürlichen Bedingungen verhindern hier zum größten Teil eine Ausbreitung der Großbetriebe, und so beträgt der Anteil dieser Größenklasse auch nur 12,8 % der genutzten Fläche.

In *Oberschlesien* zeigt das Gebiet links der Oder im Durchschnitt etwas bessere Bodenverhältnisse als das Gebiet rechts der Oder. Einen vorzüglichen milden humosen Lehm Boden trifft man vor allem in der Nähe des Gebirges an. Fast $\frac{3}{4}$ der Landwirtschaftsfläche dieser Landschaft entfallen auf die bäuerlichen Wirtschaften, davon auf die mittelbäuerlichen allein 41,0 %. Die Großbetriebe sind mit 23,3 % wesentlich vertreten. Obwohl das Gebiet rechts der Oder durch den vorherrschenden Sandboden weniger günstige Bodenverhältnisse aufweist, ist der Großbetrieb mit 32,9 % im Gegensatz zu den bisherigen Erfahrungen stärker verbreitet. Der Grund ist darin zu suchen, daß auffallenderweise in dieser Landschaft die großbäuerlichen Betriebe fast gar nicht in die Erscheinung treten und nur 5,5 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche (Provinzdurchschnitt 12,9 %) bewirtschaften, im Gegensatz zum Gebiet links der Oder, in der sie über 18,8 % der Fläche verfügen.

In der Provinz *Sachsen* zeigt sich gleichfalls in den Landschaften eine gegenüber dem Provinzdurchschnitt stark abweichende Größenklassenverteilung. Von den 4 Landschaften weisen die bekannten Gebiete der Magdeburger Börde und des Mitteldeutschen Braunkohlengebiets sehr günstige Bodenverhältnisse auf. Ausgedehntere Lehm Böden ermöglichen einen intensiven Getreide- und Hackfrucht-, insbesondere Zuckerrübenanbau. Der Großbetrieb ist in diesen Teilen der Provinz mit 41,6 und 33,5 % landwirtschaftlich genutzter Fläche vertreten, während die klein- und mittelbäuerlichen Betriebe zusammen mit 26,1 und 27,0 % noch nicht $\frac{1}{3}$ der Fläche haben. Umgekehrt liegen die Verhältnisse in den anderen Wirtschaftsgebieten. Im Elbgebiet überwiegt der Sandboden, nur in den Elbniederungen finden sich fruchtbare Schwemmböden. Die klein- und mittelbäuerlichen Wirtschaften sind mit zusammen 36,5 % der Landwirtschaftsfläche schon bedeutend stärker vorhanden, außerdem ist der Anteil der großbäuerlichen Betriebe mit 38,3 % recht hoch. Ungünstiger noch ist der Boden im Thüringer Vorland. Hier sind die mittelbäuerlichen Betriebe mit 40,4 % der Landwirtschaftsfläche besonders stark verbreitet. Sie bewirtschaften mit den kleinbäuerlichen Betrieben zusammen mit 54,5 % über die Hälfte der landwirtschaftlich genutzten Fläche dieses Gebiets. In den beiden letztgenannten Landschaften kommen auf die bäuerlichen Betriebe zusammengenommen mit 74,8 und 71,5 % fast $\frac{3}{4}$ der landwirtschaftlich genutzten Fläche, während die Großbetriebe in diesen beiden Wirtschaftsgebieten nur über 20,1 und 16,4 % verfügen.

Das Gebiet der Provinz *Hannover* ist von Natur aus sehr ungleich. Aus diesem Grund war man gezwungen nicht weniger als 6 Landschaften zu bilden. Abgesehen von den besonderen Verhältnissen im Marschgebiet und im Hannoverschen Harzgebiet zeigt sich auch hier wieder, daß in den mit besseren Bodenverhältnissen ausgestatteten Landschaften die Großbetriebe einen bei weitem größern Anteil der Landwirtschaftsfläche bewirtschaften als in den mit weniger vorteilhaften Böden bedachten Wirtschaftsgebieten. Der den Vorbergen des Harzes vorgelagerte breite Lehmgürtel gehört zum größten Teil zu den südlich der Stadt Hannover liegenden Kreisen und ist als Landschaft unter der Bezeichnung Die Stadt Hannover und ihre Umgebung zusammengefaßt worden. Die Bodenverhältnisse sind günstig, da der fruchtbare Lehmboden den Anbau von Weizen und Zuckerrüben in großem Ausmaß lohnt. Auch in den Vorbergen des Harzes herrscht der Lehmboden vor. Zum größten Teil kann auch hier das Ackerland intensiv genutzt werden. Der Anbau von Zuckerrüben und Weizen ist mitunter recht beträchtlich. In den bergigen Teilen dieses Gebiets dagegen nimmt der Wald große Flächen ein. Wenn auch die Großbetriebe an der Landwirtschaftsfläche dieser beiden Landschaften mit 15,9 und 14,3 % einen im Verhältnis zu den Landschaften anderer Provinzen geringern Anteil einnehmen, so ist doch die Tatsache bemerkenswert, daß sie in diesen beiden in ihren Bodenverhältnissen von der Natur am günstigsten bedachten Gebieten bei weitem stärker vertreten sind als in den übrigen Landschaften der Provinz. In der dürrtigen Landschaft des Moor- und Geestgebiets kommen auf sie nur 2,4 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche, und in der Lüneburger Heide verfügen sie nur über einen Anteil von 6,3 %. Im erstgenannten Gebiet überwiegen vor allem die klein- und mittelbäuerlichen Betriebe mit zusammen 64,5 %, während in der Lüneburger Heide die großbäuerlichen Wirtschaften mit 44,0 % stärker verbreitet sind. In dem sehr fruchtbaren Marschgebiet verhindern die natürlichen Bedingungen eine starke Ausbreitung der Großbetriebe. Ihr Anteil beträgt daher nur 0,8 % der Landwirtschaftsfläche. Die großbäuerlichen Wirtschaften sind dagegen mit 54,6 % sehr stark vertreten. Die bäuerlichen Betriebe insgesamt bewirtschaften hier nicht weniger als 90,6 % der genutzten Fläche. Ebenso wie in den Marschen schufen die natürlichen Verhältnisse auch im Hannoverschen Harzgebiet, im Kreis Zellerfeld, gegenüber der sonstigen Größenklassenverteilung völlig abweichende Verhältnisse. Die für die Landwirtschaft sehr ungünstigen natürlichen Bedingungen verhinderten die Bildung größerer Wirtschaften; soweit sie vorhanden sind, stammen sie aus günstigeren Gegenden des Kreises. Sehr stark sind hier die Zwergbetriebe (unter 0,5 Hektar) und die Parzellenbetriebe ($\frac{1}{2}$ bis 2 Hektar) sowie die kleinbäuerlichen Wirtschaften vertreten. Der Anteil der 3 kleinen Größenklassen zusammen beträgt nicht weniger als 82,0 % der Landwirtschaftsfläche.

Recht verschieden liegen auch die natürlichen Verhältnisse in *Schleswig-Holstein*. Die hier vorhandenen 3 Bodenarten ziehen sich neben einander längs der Ost- und Westküste als schmaler Streifen durch die Provinz. Es handelt sich dabei einmal um das Marschgebiet, ferner um das Moor- und Geestgebiet und das Östliche Hügelland. Ebenso wie in der Provinz Hannover herrscht in den Marschen der bäuerliche Besitz, insbesondere der großbäuerliche vor. Er bewirtschaftet auch hier mit 96,0 % nahezu die gesamte landwirtschaftlich genutzte Fläche. Der Anteil der Großbetriebe ist verschwindend gering, er beträgt nur 2,2 %. In der ärmlichen Moor- und Geestlandschaft ist der bäuer-

liche Betrieb mit 88,7 % landwirtschaftlich genutzter Fläche (davon auf die Großbauern allein 58,5 %) gleichfalls stark vertreten. Der Großbetrieb ist auch hier mit 8,9 % nur sehr gering verbreitet. Anders im Östlichen Hügelland. Hier bewirtschaftet er auf den überwiegend günstigen Lehm Böden fast $\frac{1}{3}$ der landwirtschaftlich genutzten Fläche. Die klein- und mittelbäuerlichen Betriebe dagegen verfügen hier nur über einen Anteil von 14,1 %, während sie auf dem dürrtigen Moor- und Geestboden mehr als 30 % der genutzten Fläche in ihrem Besitz vereinigen. Die großbäuerlichen Wirtschaften sind übrigens mit 52,6 % auch im Östlichen Hügelland recht stark vertreten.

Auf die Größenklassenverteilung der Provinzen *Hessen-Nassau*, *Rheinland* und *Westfalen* soll nicht weiter eingegangen werden, da ihre Betriebsverfassungen sowohl im Durchschnitt der Provinz wie auch in den einzelnen Landschaften ziemlich einheitlich sind. Der bäuerliche Besitzstand herrscht bei weitem vor, während der Großbetrieb völlig zurücktritt. So beträgt der Anteil der bäuerlichen Wirtschaften insgesamt an der landwirtschaftlich genutzten Fläche in Westfalen 86,2 % (Großbetriebe 3,3 %), im Rheinland 84,5 % (Großbetriebe 3,3 %) und in Hessen-Nassau 82,0 % (Großbetriebe 4,7 %).

Zusammenfassend geht somit aus den obigen Darlegungen deutlich hervor, daß überall dort, wo außer dem bäuerlichen Besitz auch Großbetriebe in gesteigertem Grad vorhanden sind, und das gilt für die meisten Provinzen des preußischen Landes, der Anteil der Großbetriebe an der Landwirtschaftsfläche in den Gebieten bessern Bodens stets höher ist als in den mit weniger günstigen Bodenverhältnissen bedachten Landschaften. Wieviel mehr könnte der bäuerliche Betrieb an Roherträgen leisten, wenn er mehr Anteil an den besseren Böden hätte, zumal er noch gegenüber dem Großbetrieb die intensivere Betriebsform darstellt; abgesehen davon, daß er mit überwiegend heimischen Arbeitskräften wirtschaftet, während der Großbetrieb in starkem Maß ausländische Arbeiter zu seinem besondern Vorteil beschäftigt. Es ist also eine stärkere Ausbreitung der bäuerlichen Betriebsgrößenklassen in den mit besseren Bodenqualitäten bedachten Landschaften sehr zu wünschen. Auf jeden Fall bestätigen die oben aufgeführten Teilergebnisse den Wert einer speziellern Aufteilung der Provinzerggebnisse. Ohne sie ist ein Einblick in die innere landwirtschaftliche Struktur der nach politischen Gesichtspunkten gebildeten größeren Einheiten des Staates nicht möglich. Aus diesem Grund ist es nötig, daß die Untersuchungen auch nach anderen Gesichtspunkten, wie nach den Bodennutzungen oder dem Viehstand der verschiedenen Landschaften, fortgesetzt werden. Für so manche landwirtschaftlich wichtige Frage könnten dann die notwendigen Unterlagen gegeben werden.

WALT WHITMAN · ALS FOLGTE ICH NACH · ÜBERSETZT VON HERMANN CURTH



ALS folgte ich nach im Sommer strömendem Regen
Und den launischen Flüssen, wenn der Herbst weht,
Und der Bäche Netz wie ein Blatt
Und den rinnenden Wassern in der Erde auf ihrem Weg zur See,
Lieder singe ich dem Band der Jahre.

Unseres ewig gegenwärtigen Lebens erste Flut stößt bald
Zusammen mit dem uralten Strom des Todes.

Ströme ziehen durch die Wälder und Äcker des Ohio,
 Ströme den Colorado Canon hinab, getränkt vom ewigen Schnee,
 Unter Tage in Oregon und den Weg südwärts in Texas,
 Nordwärts den Weg zu Eriesee, Niagara, Ottawa,
 Hin zum Großen Salzsee und zu den Buchten des Atlantik.

In dir, der du mein Buch liest irgendwo,
 In mir selbst und in aller Welt fluten Ströme überall
 Angezogen vom mystischen Tief der Ozeane.

Ströme: Ouvertüren neuer Kontinente, Anläufe
 Des flüssigen Elements hinein ins Feste,
 Zart ziehender Wellen Berührung von Land und See,
 Friedlich und sicher nicht mehr aufbäumen die Wellen schicksalsschwanger,
 Aus der Tiefe des Sturms grundloses Wogen, wer weiß woher,
 Rasend über das wüste Meer und zerbrochene Spanten und Segelfetzen.

Von der Gezeiten Flut, die zerstreut und sammelt, bringe ich
 Angetriebene Bündel Schalen und Tang.

O kleine Muschel, seltsam gekerbt, milchweiß, kühl und so stumm,
 Willst du nicht, kleine Muschel, angehalten an Schläfe und Ohr,
 Rauschen und widerhallen neu, Ewigkeitsmusik leise entfernt
 Hinein in den Kontinent vom atlantischen Rund gesungen für das Ohr der
 Prärie,

Antwort bringend und fröhlichen Akkord für die Seelen im Westen,
 Uralte Weisen und immer neu und niemals zu fassen,
 Winzige Ewigkeiten aus meinem Leben und dem Leben der andern.
 Für nichts gebe ich mich hin und meine Jahre und für alles —
 Aus der Tiefe hervorgeworfen, vom Winde verweht und getrocknet
 Und gewaschen von atlantischer Brandung.

PAUL FERDINAND SCHMIDT · PROBLEME DER WELTSTADT BERLIN

ÖGERND und in nicht eben umfangreichen Anmerkungen hat die hauptstädtische Presse von einem unerhörten Attentat auf die Entwicklungsmöglichkeiten Berlins Notiz genommen. Man kennt den merkwürdigen Plan der Raumnot im Reichstagsgebäude ein Ventil zu schaffen: durch Anstückung eines Bureauhauses auf dem Nachbargrundstück nach der Spree zu, mit Überbrückung der dazwischenliegenden Straße. Sämtliche Pläne des Wettbewerbs erwiesen die architektonische Unmöglichkeit dieses Versuchs; der Wallotbau, wie man auch über ihn denken mag, ist von einer so abgründigen Geschlossenheit, ja Unnahbarkeit, daß seine Erweiterung, in welcher Gestalt auch immer, ein Aberwitz wäre. Der Wettbewerb fiel also ins Wasser. Und jetzt hat der Planungsausschuß des Reichstags beschlossen einen neuen Wettbewerb für das selbe Projekt zu erlassen. Man könnte das für einen Faschingsulk halten. Aber nein, dieser Streich ist bitterer Ernst: Es soll der Anbau »ohne Rücksicht auf den Gesamtbebauungsplan des Platzes der Republik« durchgesetzt werden.

Allerdings trat der Cityausschuß, der sich immer mehr zum architektonischen Gewissen Berlins als Weltstadt herauswächst, sogleich dagegen auf, er verlangte, daß diese stadtbauliche Unmöglichkeit nicht vor Festsetzung eines Generalbebauungsplans durchgedrückt würde. Man kann seine Hoffnung wohl auf die Einsicht dieser Kommission setzen, die zwar kein Amt, aber eine vortrefflich fundierte Meinung besitzt und damit bisher stets recht behalten hat. Was die ganze Situation aber so bedenklich macht, ist, daß eine bestimmte Gruppe einflußreicher Architekten dahinter steht und bereits Entwürfe für dies Pfuschwerk bereit hält. Da die Namen derjenigen, die »sich am Wettbewerb beteiligen«, in der Presse veröffentlicht sind, liegt gar keine Ursache vor sie hier zu schonen: es sind Schaupp, Tiedemann, Leubert & Lehr, Straumer und Fahrenkamp.

Der Anlaß mag nicht welterschütternd scheinen. Hier aber zeigt sich mit unbarmherziger Offenheit der Krebseschade, an dem die gesamte Bauwirtschaft Berlins leidet, und der, wenn er nicht endlich nachdrücklich von entscheidender Stelle aus beseitigt wird, einen Aufstieg zur Weltstadt unmöglich macht.

Kein Gemeinwesen von der Größe und dem Ausbreitungsdrang Berlins kann eine auf Generationen berechnete Gesamtplanung entbehren, die ihr Wachstum in feste Bahnen zwingt und auch das Land in weitem Umkreis hineinbezieht. Berlin zehrt immer noch von den großen Richtgedanken, die ihm die Könige des 18. Jahrhunderts und zuletzt noch 1840 Schinkel gegeben haben. Aber dieses Kapital an grundlegenden Ideen ist längst aufgebraucht. Die Stadt ist nach 1870 in einem so riesenhaften Maßstab gewachsen, daß der alte Bestand bis zu Schinkels Zeit zu einer mäßigen City zusammengeschrumpft ist. Was seit der Mitte des 19. Jahrhunderts gebaut worden ist, kann nur mit einem Chaos verglichen werden. Wir sehen ab von den unwiederbringlich verlorenen Gelegenheiten das Terrain der künftigen Großstadt in städtischen Besitz zu bringen, von den Greueln der wilhelminischen Fassadenarchitektur, von der Kulturlosigkeit der öffentlichen Baugeschichte. Aber man hat es seit 80 Jahren versäumt Richtlinien für den Städtebau aufzustellen, Ausfallstraßen, Trennung der Wohn- von Fabrikvierteln, Trabantenstädte, großzügige Verkehrsmittel, Aussparung von Grünflächen vorzusehen; kurz, man hat die Privatspekulation in ihren Säckel wirtschaften lassen und allenthalben von Fall zu Fall fortgewurstelt. Keine Gelegenheit, die nicht versäumt worden ist. Die Verkehrsnot, die hohen Wohnpreise, die Unmöglichkeit des Einfamilienbaus, die unerschwinglichen Kosten aller notwendig werdenden Verkehrsbauten sind die Folge. Schließlich als Resultat: eine Viermillionenstadt, die niemand Freude bereitet, die keine ernsthafte Anziehung auf den Welttouristenverkehr ausübt, deren Bewohner sich nirgends heimisch fühlen können; und darum eine allsonntäglich wiederkehrende Massenflucht von Millionen in die märkische Umgebung, deren Schönheit mit Untergang durch Spekulation der Wenigen, durch Zertrampeln und Schänden der Allzuvielen furchtbar nahe bedroht wird. Berlin fängt an die Mark Brandenburg in eine Hölle zu verwandeln.

Es ist nicht überflüssig an ein sehr anderes Beispiel zu erinnern. Nicht an Amerika (das Grauen von New York oder Chicago wollen wir hoffentlich nicht als Trost für *unsere* Sünden heranziehen). Aber an Paris, das jetzt 5 Millionen Einwohner hat, die gleiche Wachstumstendenz herweist, das aber rechtzeitig, nämlich gerade zur kritischen Zeit um die Mitte des 19. Jahr

hundreds, einen genialen Baudiktator erhielt: den Stadtpräfekten Haussmann. Seine stadtbaulichen Ideen, seine gewaltigen Straßendurchbrüche und Umordnungen machten Paris zu der Weltstadt, die einzig zu nennen ist: einzig, weil seine Schönheiten als Stadtlandschaft, seine Monumentalbauten, Straßen und Plätze, seine Parks und Altertümer in glänzendem Licht und mit vollkommener Organisation eines auf Jahrhunderte berechneten Verkehrs dastehen. Dies ist die Tat Haussmanns, dem Napoléon III Vollmacht gab das Notwendige ohne Rücksicht auf Kosten und private Beschwerden durchzuführen. Die Kosten, das sei vorzüglich für unsere weisen Kalkulatoren angemerkt, haben sich hundertfältig durch eine wirtschaftliche Blüte ohnegleichen bezahlt gemacht. Doch Kosten hin, Kosten her: Was im Leben der Völker wichtig ist, sind niemals Kalkulationen gewesen. Kein Finanzminister, sondern der Geist hat alles Große geschaffen, vor dem die Menschheit mit Bewunderung steht. Pharaonengräber, Pagoden, Griechentempel, gotische Kathedralen, Barockschlösser haben vielleicht, manchmal bestimmt, ihre Erbauer ruiniert. Eine moderne Stadtplanung durchzuführen kostet sicher nicht weniger, aber ihr Wert ist nicht nur handgreiflich für die Lebenden und die Enkel sondern bleibt unschätzbar als sittlich-ästhetisches Kapital für alle Folgezeit bestehen. Wie eben Paris es lehrt, wo materielle und ideelle Vorteile des Stadtbaus sich so unvergleichlich ergänzen.

Nun, es zeigt sich, daß es selbst für Berlin noch nicht zu spät ist. Man hat auch heute noch, in 12. Stunde und sicher mit vervielfachtem Aufwand gegenüber den Möglichkeiten von 1870, Aussicht auf eine glänzende Umgestaltung des Stadtbilds zum Weltstädtischen, wenn man nur einmal will und den Weg betritt, den vorausschauende und geistvolle Städtebauer weisen.

Schon während des Krieges entwarf Martin Mächler einen Plan, wie dem verfehlten Wirrwarr in Berlin die große Ordnung noch abzugewinnen sei. Kein Architekt, kein Wirtschaftsplaner mit Verantwortungsgefühl kann an seinen Entwürfen vorübergehen; unsere besten Baumeister haben auf seinen Grundlagen weitergebaut. Und gerade im Mittelpunkt seiner Reformen steht das Problem des Platzes der Republik: der einzigen Stelle in Berlin, wo noch genug Raum für wichtige Planungen vorhanden ist.

Der "Zug nach dem Westen" hat sich in jüngster Vergangenheit auch politisch ausgewirkt: Das Königsschloß und seine ganze stilvolle Umgebung, eine prachtvolle Schöpfung des 18. Jahrhunderts, hat seinen Sinn als repräsentatives Zentrum verloren; dieses ist, endgültig seit dem Novemberumsturz, vor das Brandenburger Tor gerückt, wo der Reichstag als herrschende Instanz und als baulicher Kern für ein Regierungsviertel thront. Mächler hat nur die Konsequenzen aus dieser staatlichen und architektonischen Situation gezogen, als er den Platz der Republik zu einem Regierungsforum bestimmt und sämtliche Reichsministerien hier vereinigt sehen wollte. Bedeutende Architekten wie Hans Poelzig und namentlich Hugo Häring führten seine Idee in modernen Entwürfen weiter. Härings Vorschläge sind darum die besten, weil sie dem Reichstagsbau seine nun einmal vorhandene und niemals anzutastende Isolation lassen, die Ministerien niedriger halten und das ganze Forum auf den Wallotbau als überragende Dominante beziehen; wobei vor allem auch, nebst dem Bismarckdenkmal, die Siegestsäule wegen ihrer Proportionslosigkeit zu versetzen wäre; sie gehört allenfalls auf den Großen Stern, wo sie auch einen mächtigen Eindruck machen könnte.

Die nächste Konsequenz dieser Ideen wäre die Verlängerung der Siegesallee nach Süden, weit über die Potsdamer und die Bülowstraße hinweg, als gewaltige Zufahrtstraße rechtwinklig auf die Achse des Reichstagsforums stoßend und darüber hinaus, jenseits der Spree, am Kreuzungsbahnhof endend. Mit dieser Avenue hätte man nicht nur die so notwendige Entlastung des Potsdamer Platzes und der Potsdamer Straße sowie der Friedrich-Ebert-Straße sondern etwas unendlich Wichtigeres gewonnen: die große Nordsüd-achse des alten Westens, eine in ihrer Bedeutung weit gesteigerte Parallele der Friedrichstraße. Denn diese entbehrt ja des Endziels, der große Nord-süddurchbruch aber führt in das Herz der künftigen Weltstadt.

Entscheidend wäre aber der Kreuzungsbahnhof an der Stelle des heutigen Lehrter Bahnhofs und des überflüssigen Humboldthafens. Es ist kaum mehr bekannt, daß die Verbindung zwischen den nach Süden und nach Norden führenden Eisenbahnen in den fünfziger Jahren bereits bestanden hat. Die Entwicklung Berlins hat sie wieder zerstört, und die Stadtbahn als durchgehende Linie zwischen Ost und West verdanken wir lediglich militärischen Zweckgedanken: übrigens die einzige Verkehrsstat von weltstädtischem Rang, mit der die Bismarcksche Ära Berlin bereichert hat. Die fehlende Verbindung zwischen den Potsdamer, Anhalter und Görlitzer Bahnen auf der einen, den Lehrter und Stettiner Strecken auf der andern Seite muß nun einmal geschaffen werden; unterirdisch natürlich und nach vollzogener Elektrifizierung. Die einzig gegebene Stelle für ihre Kreuzung ist das Terrain am Humboldthafen. Hier hat ein großer mehrgeschossiger Kreuzungsbahnhof seinen Platz; seine architektonische Gestaltung müßte so modern und vollkommen sein, wie ihn sein Rang als wichtigste Zentralstation mitteleuropäischer Linien, als Knotenpunkt für den Weltverkehr zwischen Ost und West, Nord und Süd erfordert. Entwürfe für dieses gewaltige Eisenbahnzentrum hat vor allem Ludwig Hilberseimer geliefert: von einer so würdigen und sachgemäßen Monumentalität und Einfachheit, daß man nur wünschen kann, die Ausführung dieses in Kürze und auf jeden Fall notwendigen Baus möchte in solchem Geist geschehen. Aber jenseits der Spree und des Lehrter Bahnhofs wartet noch eine riesige Fläche, zurzeit ein Chaos von Schienensträngen, Lagerschuppen und verwahrlostem Ausstellungspark, von abbruchreifen Kasernen und Gefängnissen auf ihre endgültige Bestimmung im neuen Weltstadtgefüge. Die Nähe des Zentralbahnhofs verpflichtet, und die bisher stiefmütterliche Behandlung des ganzen Stadtteils Moabit verlangt nach einer würdigen Verkehrsreglung. Die nächste Verwendung des Terrains hat Mächler für Ausstellungen großen Maßstabs vorgesehen. In der Tat ist nicht einzusehen, warum dem entlegenen und landschaftlich so dürftigen Terrain an den Funkhallen die Anziehungskraft künstlich aufgepfropft werden soll, die der Landschaft zwischen Spree und Kriminalgericht von Natur eignet, und die durch die Nähe von Regierungsforum und Zentralstation zu völliger Durchschlagskraft käme. Die Flächen sind groß genug, um Raum nicht nur für ein großzügiges System wechselnder Ausstellungsgelegenheiten zu gewähren sondern auch für Hotel- und Vergnügungsbauten mannigfacher Art und alle ähnlichen Versuche, die ein so mächtiges Verkehrszentrum bei räumlicher Ausdehnungsmöglichkeit nach sich zieht. Die Auferstehung des Nordwestens ist ein Problem, das ganz ungewöhnliche Reize besitzt. Hat doch endlich auch die Untergrundbahn ihr Herz für Moabit entdeckt und eine Linie dorthin in nächste Erwägung gezogen. (Wann sie wirklich einmal kommt, das steht freilich noch dahin.) Be-

denkt man, daß die Ufer der Spree gegenüber den Zelten und dem Tiergarten, verbunden mit den Niveaudifferenzen von Über- und Unterführungen mächtiger Straßen- und Bahnanlagen, besondere Raumschönheiten versprechen, die selbst heute schon im Zug von Alt Moabit zu ahnen sind, so gewinnt dieses Projekt auch von der ästhetischen Seite alles, was die westlichen Ausstellungsflächen von Witzleben zu wünschen übrig lassen.

Endlich hat neben Mächler eine Reihe vortrefflicher Baumeister, wie Hans Poelzig, Hans Scharoun, Heinrich Tessenow, Peter Behrens, Adolf Rading, auch das zeitgemäße Projekt des Durchbruchs durch die sogenannten Ministergärten einbezogen. Wenn die Reichsministerien am Regierungsforum vereinigt werden, werden damit die alten vornehmen Bauten der Wilhelmstraße zu anderer kultureller Verwendung frei; und der Durchbruch der Jägerstraße, als der bestgelegenen, zur Lennéstraße verliert jede Schwierigkeit, weil auf die Ministergärten keine Repräsentationsrücksichten mehr zu nehmen sind. Es bleibt hier ein günstiges Feld für weltstädtische Bebauungspläne, unter Erhaltung der schönen alten Gärten als Einheit, dem Tiergarten halb verbunden. Und die Möglichkeit im Zug der Jäger-, Lenné- und Tiergartenstraße eine Ostwestverkehrsader, zur Entlastung der Linden und der Charlottenburger Chaussee, gradlinig bis zur Corneliusbrücke durchzuführen liegt vollkommen in der Konsequenz dieses Systems. Ob dann westlich des Kemperplatzes ein weiteres Regierungsforum für die preußischen Ministerien entstehen soll, wofür hier an sich der gegebene Raum wäre, durch die Siegesallee mit dem Reichstag verbunden: das hängt davon ab, ob und wie der Gedanke des Einheitsstaats in der Deutschen Republik gestaltet werden wird.

Von anderen Plänen: die ungeheure Steinwüste sinngemäß als Wohnstätte für 5 bis 10 Millionen Menschen zu organisieren, soll und kann hier nicht gesprochen werden. Jenes Gebiet um den Reichstag ist, als richtungbestimmendes und geistpolitisches Hauptproblem, wichtig genug, um vorderhand alle Aufmerksamkeit darauf zu konzentrieren. Niemand verlangt, daß nun alles mit einem Schlag ausgeführt würde, was im Rahmen seiner Notwendigkeiten liegt. Die Kosten sind gewaltig und müßten auf Jahrzehnte verteilt werden. Auch sollen die weiteren Probleme der Siedlung Groß Berlin nicht vernachlässigt werden. Was aber in der Gegenwart unbedingt verlangt werden muß, ist einmal die Inhibierung aller Absichten diesen Generalplan von Anfang an durch Ausführung einzelner Anstückungsversuche zu vereiteln, wie sie der projektierte Reichstagsanbau darstellt, sodann die Forderung einer bindenden Aufstellung eines Generalbebauungsplans für Groß Berlin.

Man sieht aus dieser kurzen Skizzierung, wie sehr die Ideen eines wirklichen Städtebaus mit politischen, verkehrstechnischen, wirtschaftlichen und geistigen Gegebenheiten und Entwicklungsmöglichkeiten zusammenhängen, von ihnen bestimmt und in Wechselwirkung gesetzt werden; und wie stark sie innerlich, als unzerbrechliche Einheit, gefügt sind, so daß ihr System nichts Zufälliges darstellt sondern eine einzige große, auf das Weltstadtziel gehende Idee. Volkswirtschaftler, Politiker, Architekten müssen an ihrer Verwirklichung zusammenarbeiten. Erst durch sie könnte Berlin wahrhaft in den Rang der Weltstädte aufsteigen. Ein Fortwursteln im alten üblen Sinn des 19. Jahrhunderts ist nicht mehr möglich. Deutschland muß sich entscheiden, ob es sich in Berlin den echten geistig-architektonischen Mittelpunkt, seine richtige Hauptstadt schaffen will, die es verdient.



RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Staatssozialismus / Walther Pahl

Besteuerung
öffentlicher Be-
triebe

Im Rahmen der Diskussion über die Deckung des neuen Steuerbedarfs im Reichsetat 1928-1929 ist die Frage des Steuerprivilegs für Betriebe der öffentlichen Hand erneut aufgerollt worden. Von verschiedenen Seiten wird vorgeschlagen die heute noch teilweise bestehende Steuerfreiheit der öffentlichen Unternehmungen zu beseitigen, um das Loch im Reichshaushalt zu schließen. Gegen das Steuerprivileg wird seit Jahren von den Privatunternehmungen ein Kampf geführt. Man glaubt jetzt den Zeitpunkt gekommen, um das Ziel der Beseitigung der Steuerfreiheit zu erreichen. Man bemüht sich nachzuweisen, daß eine Aufhebung des Steuerprivilegs die geplante Erhöhung der Vermögenssteuer und eventuell auch noch anderer Steuern unnötig machen würde. Stellen wir die Frage zurück, ob eine volle Besteuerung der öffentlichen Betriebe wirklich einen entsprechenden Mehrertrag in der gesamten öffentlichen Finanzgebarung ergäbe. Es gilt zunächst einmal sich über den Umfang der überhaupt noch bestehenden steuerlichen Vergünstigungen zu informieren.

Keineswegs besteht, wie heute noch von vielen Seiten angenommen wird, eine vollständige Steuerfreiheit der öffentlichen Unternehmungen. Bei der Grund- und Gebäudesteuer bestehen im allgemeinen keine Vergünstigungen. Was die direkten Steuern betrifft, so ist die Vorzugsstellung, die die öffentlichen Unternehmungen in der Zeit vor dem Krieg in Einkommen- und Vermögenssteuer besaßen, teilweise beseitigt. Reichspost und Reichsbahn sind noch im allgemeinen steuerfrei. Von der Umsatzsteuer befreit sind die Schlachthöfe, Gas- und Elektrizitätswerke bei denjenigen Leistungen, die regelmäßig mit diesen Betrieben verbunden sind. Umsatzsteuerpflichtig sind aber bei Schlachthöfen Vieh- und Eisverkäufe, bei Gas- und Elektrizitätswerken die Verkäufe von Beleuchtungs- und Heizkörpern, ebenso Installationsarbeiten im Haus. Umsatzsteuerfrei sind lediglich Installationsarbeiten an den Leitungen bis zum Messer und ferner zum Beispiel die Verkäufe von Nebenprodukten. Alle anderen öffentlichen Unternehmungen genießen keine Vorrechte bei der Umsatzsteuer. Von der Körperschaftssteuer

sind die öffentlichen Versorgungsbetriebe befreit. Die Steuerfreiheit beschränkt sich auf die Leistungen innerhalb des Versorgungsbezirks. Die Steuerpflicht tritt ein, wenn die Betriebe über ihren Bezirk hinaus liefern oder Installationsarbeiten ausführen. Unter den gleichen Beschränkungen sind auch die öffentlichen Verkehrsunternehmungen von der Körperschaftssteuer befreit. Das gleiche gilt für Staatsbanken und Sparkassen. Unbeschränkt körperschaftssteuerpflichtig sind allesonstigen öffentlichen Betriebe. Bis auf die Kreditunternehmungen sind sämtliche öffentlichen Unternehmungen des Reichs, der Länder und der Gemeinden von der Vermögenssteuer befreit, ebenso unter gewissen Voraussetzungen die Staatsbanken und Sparkassen. Von der Industriebelastung sind nur Sparkassen und Staatsbanken befreit, alle anderen gewerblichen öffentlichen Betriebe mit Einschluß der sogenannten Versorgungsbetriebe sind aufbringungspflichtig im Sinn der Industriebelastung. Den einzelnen Ländern ist es überlassen die Gewerbesteuerpflicht der öffentlichen Betriebe zu regeln. Im allgemeinen sind heute die Betriebe des Reichs und der Länder befreit, während die Versorgungsbetriebe der Gemeinden und Kommunalverbände insoweit herangezogen werden, als der Betrieb über seinen Bezirk hinaus liefert und Installationsarbeiten ausführt. Mit Ausnahme der kommunalen Schlachthäuser sind alle Betriebe der Kommunen gewerbesteuerpflichtig.

Es besteht also heute lediglich teilweise eine Steuerfreiheit der öffentlichen Unternehmungen. Von größerer Bedeutung ist eigentlich nur die Steuerbefreiung, die bei der Körperschaftssteuer vorliegt. Es ist sehr daran zu zweifeln, ob die vollständige steuerliche Erfassung der öffentlichen Betriebe einen wesentlichen Beitrag zur Deckung des Reichshaushaltsdefizits liefern würde. Die Privatwirtschaft erwartet nun von der Beseitigung des Steuerprivilegs, daß ihr der Kampf gegen die öffentlichen Betriebe erleichtert wird. Die öffentlichen Betriebe werden, so argumentiert man da, der Verbindung mit dem Privatkapital ausweichen, solange sie mit dieser Verbindung Steuerlasten zu übernehmen haben. Dem Privatkapital wäre es also nach Beseitigung des Steuerprivilegs erleichtert in die öffentlichen Betriebe einzuströmen. Auf der andern Seite glaubt man, daß

die öffentlichen Betriebe durch partielle Steuerfreiheit im wirtschaftlichen Konkurrenzkampf begünstigt seien. Man muß jedoch bedenken, daß die öffentlichen Betriebe an der Deckung des Finanzbedarfs der betreffenden Körperschaften heute in hohem Maß beteiligt sind. Eine Untersuchung des Deutschen Städtetags hat ergeben, daß der Anteil der kommunalen Betriebe an der Deckung des Finanzbedarfs in den untersuchten Städten, auf den Kopf der Einwohner berechnet, durchschnittlich von etwa $\frac{1}{6}$ im Jahr 1913 auf $\frac{1}{7}$ im Jahr 1927 gestiegen ist. Diese Steigerung hat inzwischen wahrscheinlich noch zugenommen. Mit Recht weist die Interessengemeinschaft Kommunalen Elektrizitätswerke in einer Resolution darauf hin, daß die steuerliche Befreiung der kommunalen Versorgungsbetriebe von der Körperschaftsteuer und einem Teil der Umsatzsteuer gerade der Gesamtwirtschaft zugute komme. Die Aufhebung der steuerlichen Befreiung müßte zu einer Erhöhung der Tarife oder der kommunalen Realsteuern führen und damit die gesamte Verbraucherschaft bis hin zum größten Industriebetrieb belasten. Wenn auch beispielsweise die heute gültigen Stromverkaufspreise in der weit aus überwiegenden Anzahl der Fälle nicht höher als die Vorkriegspreise liegen, häufig sogar niedriger, so wird mit dem Tarif doch im allgemeinen eine indirekte Steuer erhoben. Dazu sind die Kommunen gezwungen, weil sie durch erhöhte Abgaben der Werke den nötigen Ausgleich ihres kommunalen Haushalts haben müssen. Die partielle Befreiung von den Reichs- und Landessteuern ermöglicht recht eigentlich erst die Erhöhung der Abgaben. Diese bequeme Art der Einnahmevermehrung ist natürlich auf die Dauer unhaltbar. Die öffentliche Wirtschaft wird dadurch in ihrer kaufmännischen Sorgfalt behindert.

Aus alledem geht hervor, daß die Frage der Beseitigung der Steuerbefreiung der öffentlichen Werke eine Frage der Erhöhung der Einnahmen der öffentlichen Körperschaften auf dem normalen Weg der Erhöhung ihrer Überweisungen ist. Steuererhöhungen müßten heute unvermeidlich auf die Werkstarife oder die Realsteuern abgewälzt werden. Aber das wäre eine auch der Privatwirtschaft unerwünschte Wirkung einer Beseitigung des Steuerprivilegs. Der Kampf der Privatindustrie gegen das Steuerprivileg ist eben eine billige Agitation, die darauf abzielt die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand zurückzudrängen.

Deutschland: Die Entwicklung der Elektrowerke der Vereinigten Industrieunternehmen. Die Elektrowerke allein haben im vergangenen Jahr mehr als 2 Milliarden Kilowattstunden erzeugt, sämtliche Elektrowerke des Viagkonzerns lieferten zirka 3 Milliarden Kilowattstunden. Die Kapazität der bestehenden Werke wird durch diese ungeheuren Strommengen außerordentlich angespannt. Die Produktion der Aluminiumgruppe des Konzerns dürfte im abgelaufenen Jahr schon 28 000 Tonnen betragen haben. Diese Produktion vermag aber keineswegs die gestiegene Nachfrage zu decken. Immer dringender macht sich die Erweiterung der Kapitalbasis für die Ausdehnung der Unternehmen notwendig. Bisher hat sich die Viag mit eigenen Obligationen und Emissionen der Elektrowerke finanziert. 1925 wurde eine 6prozentige Dollaranleihe, 1926 eine 6½prozentige Dollar- oder eine 7prozentige Reichsmarkanleihe aufgenommen. Bei einem Kapital von 120 Millionen Mark beträgt die Gesamtverschuldung nach der letzten Bilanz rund 69 Millionen. 1927 haben die Elektrowerke außerdem eine 6½prozentige Dollaranleihe von 8 Millionen aufgenommen. Nunmehr will die Viag ihr Aktienkapital um 40 Millionen Mark erhöhen. Da das Reich sämtliche 120 Millionen Aktien besitzt, muß das Reich auch die neuen Aktien übernehmen. Um die Geldbeschaffungsfrage für das Reich zu lösen, ist der Plan aufgetaucht für die Einzahlung des Reichs die Dividenden der nächsten 4 Jahre zu verwenden. Da die Viag 8% Dividende ausschüttet, so müßte die Dividende der 4 nächsten Jahre verwendet werden, um eine Kapitalerhöhung auf 160 Millionen Mark durchzuführen. Dieser Vorschlag bietet einen möglichen Weg zur Überwindung der Finanzierungsschwierigkeiten. Auf jeden Fall ist es abzulehnen, daß das Reich einen Teil seines Besitzes veräußert, damit die finanziellen Bedürfnisse der Viag befriedigt werden können. Dieser Vorschlag ist von verschiedenen Seiten der Privatindustrie gemacht worden. Gegen die Veräußerung spricht neben steuerlichen Gründen vor allem der Umstand, daß die Veräußerung der Aktien zu einem Kurs erfolgen müßte, der der verhältnismäßig niedrigen Rente angepaßt ist, die das Reich bisher aus seinen Erwerbsunternehmungen bezog. Bei dem Kurs müßte also unberücksichtigt

bleiben, daß die Rendite bisher zugunsten der Bildung von stillen Reserven großen Umfangs niedriggehalten wurden. Das Reich erhielt also von den privaten Aktionären einen Gegenwert, der dem tatsächlichen Wert keineswegs entspricht.

Polen: Aktien-gesetzgebung Am 1. Januar 1929 trat in Polen die neue Aktienrechtsgesetzgebung in Kraft, die das Recht der Aktiengesellschaften vereinheitlicht und einen weitgehenden Konzessionszwang für alle Gesellschaften einführt, deren Zweck der Betrieb eines Unternehmens von staatlicher Bedeutung oder gemeinnützigem Charakter ist. Diese Unternehmungen bedürfen zu ihrer Gründung der Genehmigung des Handelsministeriums. Darüber hinaus unterliegen die Statuten der Aktiengesellschaften, die sich mit der Ausübung des Bank- und Versicherungsgewerbes befassen, einer Bestätigung durch den Finanzminister, im Einvernehmen mit dem Minister für Handel und Gewerbe. Die Zulassung von Gesellschaften, die sich mit dem Transport von Auswanderern befassen, wird erst auf Vorschlag des Auswandereramts erlaubt. Grundsätzlich bedürfen alle ausländischen Aktiengesellschaften zur Aufnahme ihrer Tätigkeit einer Genehmigung des Handelsministers. Diese Genehmigung kann davon abhängig gemacht werden, daß besondere Bedingungen eingehalten werden. Wenn die Gesellschaft die gestellten Bedingungen nicht einhält, ihre Satzungen nicht beachtet oder die überhaupt in Polen geltenden Rechtsvorschriften verletzt, kann die Genehmigung zurückgezogen werden. Das Gesetz über das Recht der Aktiengesellschaften überläßt alle zur Durchführung des Gesetzes notwendigen Einzelbestimmungen dem Ministerrat. Der Ministerrat erließ am 20. Dezember 1928 2 sehr wichtige Ausführungsverordnungen. Als Unternehmen von staatlichem Interesse oder gemeinnützigem Charakter sind da die folgenden bezeichnet: 1. Werkstätten zur Herstellung von Waffen, Munition, Sprengstoffen und fast allen Militärbedarfsartikeln, sowie Unternehmungen zum Handel mit solchen Erzeugnissen, 2. Fabriken zur Herstellung von Flugzeugen und Luftschiffen sowie Luftverkehrsunternehmungen, 3. See- und Flußschiffahrtsunternehmungen, 4. Unternehmen für den Bau und die Ausnutzung von Kanälen, 5. Unternehmen für den Bau und den Betrieb von Eisenbahnen und Straßenbahnen, 6. Automobilverkehrsunternehmen, 7. Werkstätten für die Herstellung von

Telegraphen-, Telephon- und Radiogerät sowie für den Bau und Betrieb von Telegraphenanlagen usw., 8. Unternehmen für die Nutzung von Schlachthäusern, mechanischen Bäckereien, Kühlhäusern, Getreideelevatoren, Wasserleitungen, Kanalisationen und Elektrizitätsanlagen, 9. Steinkohlengruben und Unternehmen, die die Verarbeitung von Steinkohlen zum Gegenstand haben (Kokereien, Gasanstalten usw.) sowie der Großhandel mit Steinkohlen, 10. Gruben zur Förderung von Eisenerz, Zinkerz, Kupfer- und Bleierz sowie Anlagen zu deren Verhüttung, 11. Kali- und Phosphoritgruben sowie Unternehmen, die den Großhandel mit diesen Erzeugnissen bezwecken, 12. Unternehmungen zur Verarbeitung von Erdöl, Erdgas, Erdwachs und bituminösen Gesteinen sowie Unternehmen zur Gewinnung von Triebstoffen aller Art und zum Verkauf von Naphtha in Zisternen und von Benzin aus Tankanlagen, 13. Unternehmungen zur Gewinnung von Naphtha und Naphthaprodukten, 14. Unternehmungen zur Ausbeutung von Wäldern. Polen geht also bewußt den Weg der Ausdehnung der staatlichen Kontrolle.

Vereinigte Staaten von Amerika Die öffentlichen Körperschaften der Vereinigten Staaten betreiben nur wenige Teile der gemeinnützigen Bedarfserbriedigung in eigener Regie. Sogar das Eisenbahnnetz ist nach vorübergehender Übernahme durch die Bundesregierung wieder in private Hände zurückgelegt worden. Den Betrieb von Straßenbahnen, die Versorgung der Bevölkerung mit elektrischem Strom und auch die Gasversorgung leisten private Unternehmungen. Lediglich in der Wasserversorgung hat sich die kommunale Regie zum größten Teil durchgesetzt. Während zwar der Postdienst Bundesangelegenheit ist, sind doch schon Telegraph und Telephon private Unternehmungen (siehe die Rundschau Verkehr, in diesem Band Seite 181 und folgende). Im allgemeinen ist der privatwirtschaftliche Betrieb zur Lösung gemeinnütziger Aufgaben die Regel. Diese Unternehmungen in der besondern Struktur der Public Utility Companies versorgen die Gemeinden oder größere Gebietsteile mit Gas, Elektrizität, Wasser, Eis usw. und betreiben den größten Teil der vorhandenen Straßenbahnen. Eine der größten Unternehmungen dieser Art ist die Cities Service Company, die einen Trust der Public Utility Companies darstellt und außerdem eine Reihe von Pe-

treleumunternehmungen betreibt. Das Geschäftsgebiet des Trusts erstreckt sich auf alle Teile der Vereinigten Staaten. Mit einer Bilanzsumme von zirka 810 Millionen Dollars gehört dieses Unternehmen zu den 10 größten amerikanischen Industrieunternehmungen überhaupt. Nach Schätzungen betrug das in den Public Utility Companies angelegte Gesamtkapital im Jahr 1926 zirka 18,8 Milliarden Dollars. Diese Gesellschaften unterstehen in fast allen Fällen besonderen staatlichen Aufsichtsbehörden, die entweder Public Utility Commission oder Public Service Commission genannt werden. So beaufsichtigt die Public Service Commission des Staats New York sämtliche Public Utility Companies des Staats, außer den Eisenbahnen, die von einer besonderen Kommission kontrolliert werden. Beide Kommissionen unterstehen dem Department of Public Service Companies des Staats New York. Die Public Service Commission besteht aus 5 Kommissiönären und einem Chairman, die vom Gouverneur des Staats mit Genehmigung des Senats auf 2 Jahre ernannt werden. Beabsichtigt man Tarifierhöhungen vorzunehmen, so ist der Public Service Commission eine Eingabe mit ausführlichen Kostenberechnungen und Betriebsstatistiken vorzulegen. In einer danach stattfindenden Konferenz läßt sich die betreffende Public Utility Company durch einen Stab von Rechtsanwälten und Sachverständigen vertreten. Kommt man zu keinem Ergebnis, oder fällt die Entscheidung zuungunsten der betreffenden Gesellschaft aus, so darf die Gesellschaft an die Gerichte appellieren und fordern das Urteil umzustößen oder durch ein anderes zu ersetzen. Durch die Einführung der Customers Ownership ist es den Public Utility Companies gelungen die Öffentlichkeit größtenteils zu Freunden des Privatbetriebs zu machen. Die Bestrebungen zur Einführung des öffentlichen Betriebs haben nur geringen Umfang. In den letzten Jahren haben die Verbraucher in zunehmendem Maß Aktien der Public Utility Companies erworben, ihr Konsumentenverlangen nach niedrigen Preisen tritt nun hinter ihr Aktienbesitzverlangen nach Gewinn zurück. Die Anzahl der an den Werten der Cities Service Company interessierten Personen beträgt etwa 350 000. Dieser Konzern hat außerdem neben anderen Gesellschaften die monatlichen Dividendenzahlungen eingeführt.

Totenliste

Mitte Juni 1928 starb in Brannenburg in Oberbayern der langjährige Präsident der Reichsschuldenverwaltung *Alexander von Bischoffshausen*, in seinem 82. Lebensjahr. Er war 1868 als Kammergerichtsauskultator in den preußischen Staatsdienst getreten, wurde 1882 Landrat in Pinneberg, 1897 Regierungspräsident in Minden, 2 Jahre später Ministerialdirektor und 1900 Unterstaatssekretär im Preußischen Ministerium des Innern. 1907 wurde er Präsident der Preußischen Hauptverwaltung für Staatsschulden und zugleich der Reichsschuldenverwaltung, 1918 trat er in den Ruhestand. Der Name von Bischoffshausen war dadurch volkstümlich geworden, daß seine Unterschrift auf den Geldscheinen der Vorkriegszeit an 1. Stelle stand. Am 25. Januar 1929 erlag in Frankfurt, 57 Jahre alt, der Polizeipräsident *Josef Zimmermann* einem schweren Herzleiden. Er war ursprünglich Gauleiter des Malerverbands und hatte in der Sozialdemokratischen Partei zahlreiche Ehrenämter inne. Am 1. Mai 1921 wurde er Landrat in Höchst, am 8. April 1926 wurde er Polizeipräsident von Frankfurt.

Kurze Chronik Der Prospekt über die in New York untergebrachte Anleihe der *Preußischen Elektrizitätsgesellschaft* enthält unter anderem folgende Einzelheiten: Die Gesellschaft hatte im Geschäftsjahr 1927-1928 ihren Stromabsatz auf 308 Millionen Kilowattstunden gesteigert. Einschließlich der Nordwestdeutschen Kraftwerke wurden in jenem Jahr 447 Millionen Kilowattstunden abgesetzt. Die Gesellschaft betreibt 9 Kraftwerke mit einer Gesamtkapazität von 101 400 Kilowattstunden, die sich nach Fertigstellung von Erweiterungsbauten auf 149 570 Kilowattstunden erhöhen wird. Der Gesamtwert der Anlagen einschließlich der Beteiligungen ist 3mal so groß wie die fundierten Schulden. Im Prospekt wird ferner mitgeteilt, daß der Nettoertrag im Kalenderjahr 1928 wesentlich höher war als im letzten Geschäftsjahr. $\diamond$ Die *bayrischen Staatswerke* erhöhen jetzt ihr Kapital um 30 Millionen Mark. Der weitere Kapitalbedarf der Werke wird bis 1934 auf etwa 60 Millionen Mark geschätzt. Beabsichtigt ist die Prüfung der Frage, ob man die bestehenden 3 Gesellschaften: Bayernwerk, Mittleres Isar- und Walchenseewerk, auch rechtlich zu einer Einheit zusammenfassen soll. $\diamond$ Die *norwegischen Elektrizitätswerke* sind zum größten Teil

in kommunalem Besitz. Der Staat besitzt bedeutende Wasserkräfte (zirka 2 Millionen Pferdestärken). Als Folge der Konzessionsgesetze nahm der (nicht immer wirtschaftliche) Ausbau von Wasserkraften durch die Öffentliche Hand stark zu, während die privaten Unternehmungen sich zurückhielten. Neuerdings scheint man die Privatinitiative durch Milderung der Konzessionsbedingungen wieder zur Kapitalinvestierung im Ausbau der Wasserkräfte anspornen zu wollen. 1925 waren 86,6% der Bevölkerung auf dem Land und in den Städten dem Elektrizitätsnetz angeschlossen. Die völlige Elektrifizierung des Landes soll sobald als möglich durchgeführt werden.

Literatur

Der Streit um die Frage der Rentabilität der staats-eigenen Sächsischen Werke gab den Anlaß zu der Untersuchung *Erhard Webers* Der staatseigene Industriekonzern in Sachsen, seine Organisation und Wirtschaftlichkeit /Leipzig, A. Deichert/. Die Arbeit ist in der Anlage und Durchführung mustergültig. Weber behandelt eingehend Entwicklung und gegenwärtigen Aufbau der Sächsischen Werke und untersucht in den beiden letzten Abschnitten ihre Wirtschaftlichkeit und Rentabilität. Das Ergebnis zeigt, daß die Angriffe gegen die "staatskapitalistische" Unternehmungstätigkeit der Sächsischen Werke unberechtigt sind, daß vielmehr die Sächsischen Werke auf einer gesunden Basis arbeiten. ◊ Einen sehr verdienstvollen Beitrag zur Organisationsfrage der öffentlichen Unternehmungen liefert *Walter Gerber* in seinem Buch Die öffentliche Unternehmung in privatwirtschaftlicher Form /Zürich, Girsberger & Co./. Die Arbeit ist um so wertvoller, als sie die öffentliche Unternehmung in privatrechtlicher Form unter dem Gesichtspunkt behandelt, inwieweit durch diese Organisationsform die Wirtschaftlichkeit der Werke verbessert wird. Bei allen kritischen Vorbehalten, die man in einzelnen haben kann, stellt das Buch ein Standardwerk dar, das das Organisationsproblem außerordentlich fördert. ◊ In seinem Buch Rationalisierung als Kulturfaktor /Berlin, Reimar Hobbing/ gibt *Bruno Rauecker* einen gut informierenden Überblick über Formen, Träger und Anwendungsgebiete der Rationalisierung. Die im 2. Teil angestellten Betrachtungen über die Rationalisierung in ihrem Verhältnis zu Religion, Ethik und Kunst wollen sich nicht recht in das Ganze einfügen, das sich auf die Darbietung

von Tatsachen beschränkt, zumal der Verfasser recht oberflächlich argumentiert, wenn er zum Beispiel sagt, die Rationalisierung könne »von den jüdisch-christlichen Religionen insoweit willkommen heißen werden«, als sie »Geist und Seele für den Dienst an Gott und an den von seiner Kirche gegebenen Anordnungen freisetzt«. ◊ In den von Ernst Schultze herausgegebenen Wirtschaftspolitischen Zeitfragen /Leipzig, G. A. Gloeckner/ veröffentlicht *Hans Niebuhr* eine Arbeit Öffentliche Unternehmungen und Privatwirtschaft. Die Darstellung des tatsächlichen Umfangs der wirtschaftlichen Betätigung der Öffentlichen Hand stützt sich auf frühere Publikationen und ist durchaus lückenhaft. Niebuhr will jedoch nicht so sehr Informationsmaterial bieten als vielmehr die Probleme behandeln, die mit der zunehmenden wirtschaftlichen Betätigung öffentlicher Körperschaften gegeben sind. Wenn er auch gleich am Anfang seiner Arbeit mit Recht die Notwendigkeit betont bei der Beurteilung dieses ganzen Fragenkomplexes ideologische und politische Erwägungen zugunsten rein wirtschaftlicher Gesichtspunkte auszuschalten, so beschränkt er sich doch dabei lediglich auf privatwirtschaftliche Gesichtspunkte. Das Ergebnis, zu dem er kommt, ist denn auch entsprechend dürftig.

Sozialistische Bewegung / Valtin Hartig

Deutschland: Das Jahr des großen Wahlsiegs der Sozialdemokratie brachte der Partei die Erinnerung an die Einführung des Sozialistengesetzes vor 50 Jahren. Das Gedenken an jene schwere Zeit der Verfolgung wurde der Partei zum Anlaß einer großen Werbeaktion vom 21. bis zum 28. Oktober 1928, die aber nicht nur die Gewinnung neuer Mitglieder zum Ziel haben konnte, die unter den gegebenen politischen Verhältnissen noch mehr der staatspolitischen Aufklärung und Belehrung der Parteianhängerschaft durch die Gegenüberstellung des alten, in seinem Gefüge klassenbestimmten Staats mit der heutigen demokratischen Republik hätte dienen müssen. Der äußerliche, organisatorische Erfolg scheint größer gewesen zu sein (42 000 neue Mitglieder wurden gewonnen) als die innere Durchdringung mit der Erkenntnis politischer Notwendigkeiten, vor die sich eine so starke Partei im neuen Staat gestellt sieht, wie die Diskussion um das Wehrprogramm

beweist. Zurzeit befindet sich die Partei in der lebhaftesten Auseinandersetzung um die am 28. Dezember 1928 vom Vorwärts veröffentlichten Richtlinien der Wehrpolitik, die die vom Parteivorstand eingesetzte Kommission ausgearbeitet, und über die der zum 10. März nach Magdeburg einberufene Parteitag zu entscheiden hat. Der direkte Anlaß zur Einsetzung einer solchen Kommission war die sogenannte Panzerkreuzeraffäre, die innerhalb der Partei die heftigsten Diskussionen ausgelöst hatte. Die Auseinandersetzungen über das Wehrproblem zeigen die scharfen inneren Gegensätze innerhalb der Sozialdemokratischen Partei trotz der bewundernswerten Stärke der Organisation, Gegensätze zwischen konservativen "Radikalen" und praktischen Gestaltern der Gegenwart, die die Partei das politisch Notwendige immer nur mit schlechtem Gewissen tun lassen. Den Richtlinien sieht man den Kompromiß zwischen diesen beiden Gruppen der Partei deutlich an. Immerhin sprechen sie aus, daß vorläufig die Deutsche Republik genötigt ist zum Schutz der Selbstbestimmung ihres Volks eine Wehrmacht aufrechtzuerhalten. Nachdem diese Selbstverständlichkeit einmal festgestellt ist, haben jetzt praktisches, gegenwärtiges Interesse nur mehr die Vorschläge, die sich auf Umgestaltung der Reichswehr zu einem zuverlässigen Organ der Republik beziehen, die also im einzelnen darlegen, wie eine Forderung des Heidelberger Programms verwirklicht werden soll. In der Parteidiskussion wird aber zum Teil die Notwendigkeit einer Wehrmacht überhaupt bestritten, womit man sogar das Erfurter Programm übertrumpft, das 1891 Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit verlangte. Eigenartig mutet die Behauptung in den Richtlinien an, Deutschland sei die historische Mission zugefallen Vorkämpferin der internationalen Abrüstung zu sein. So aus der Not eine Tugend machen zu wollen erscheint reichlich phrasenhaft. Auch in diesen Richtlinien unterläßt man es nicht wie üblich mit der Feststellung zu schließen, daß der Sozialismus die Macht ist, die der Welt den dauernden Frieden bringen wird, wie ja der Sozialismus alle Probleme einmal lösen wird: womit man sich bekanntlich über alle Schwierigkeiten der Gegenwart hinwegschwingt, die man nicht zu lösen vermag. In der Parteidiskussion werden Meinungen laut, die von einer völligen Ablehnung jeder Wehr bis zur völligen Aufrüstung gehen. Der Klassenkampf, die

Zeitschrift der "radikalen" Linken, stellt dem Entwurf der Kommission einen andern entgegen, dessen Forderungen zur Umbildung der Reichswehr, um sie »ihres Charakters als Machtinstrument der herrschenden Klassen zu entkleiden«, sich mit denen der Kommission weitgehend decken, dessen grundsätzlicher Teil aber in ideologischer Weise die Frage durch das Schema vager Begriffe, wie kapitalistischer Staat, sozialistische Gesellschaft, allzu vereinfacht erscheint.

Die Stellung der Wehrmacht wird durch die Stellung zum Staat und zur Nation bestimmt. Eigentlich ist es mehr als erstaunlich, daß man sich in der Partei über die Richtlinien noch so leidenschaftlich aufregen kann. In Frankfurt hat die Bezirksorganisation sogar eine Resolution angenommen, die verlangt, daß sich jedes Parteimitglied auf Kriegsdienstverweigerung verpflichten müsse. Solche politische Kindlichkeit herrscht heute noch unter einzelnen Teilen der Mitgliedschaft der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Eine Partei, die Gegenwarts politik macht und im Staat mitregiert, sollte die Frage "Wehrmacht oder nicht?" Ideologen überlassen. Sie hat es mit Tatsachen der Gegenwart zu tun und muß sie zu gestalten versuchen. Darum versteht es sich von selbst, daß die Reichswehr zu einer so vorzüglichen Truppe der Republik gestaltet werden muß, wie es möglich ist. Die ganze Debatte in der Partei kann jetzt nur um die Art und Weise gehen, wie die Forderung des Heidelberger Programms: sie zu einem zuverlässigen Organ der Republik zu machen, verwirklicht werden kann. Oder soll die Partei jetzt aus Anlaß des Panzerschiffbaus (der innerhalb der Wehrmacht nur eine Frage der Zweckmäßigkeit ist) zur Erkenntnis kommen, daß sie seither falsch gehandelt hat, indem sie den Wehretat annahm?

Österreich Am 30. und 31. Dezember 1928 feierte die österreichische Sozialdemokratie das 40jährige Jubiläum des Hainfelder Parteitags. In eindrucksvollen Veranstaltungen in Wien, in Hainfeld, einem niederösterreichischen Industriestädtchenselbst, und überall, wo Parteigruppen bestehen, beging sie diesen in ihrer Geschichte neben den Parteitagen in Wien 1897 und 1901 und in Brünn 1899 wichtigsten Kongreß der Vorkriegszeit. Heute stellt sie in der Sozialistischen Internationale die am meisten geschlossene Gruppe dar. Mit Hainfeld hat unter der Führung Vic-

tor Adlers die Entwicklung dazu begonnen. Vorher bekämpften sich die "Radikalen" und die "Gemäßigten" in unerhört scharfer Weise. Zwar lastete auf ihnen nicht, wie damals in Deutschland bereits seit 10 Jahren, ein Ausnahmegesetz, dafür hatte aber das österreichische Regime des nach einem Wort Victor Adlers »durch Schlamperei gemilderten Despotismus« unter Taaffe durch einfache Verordnung für die Arbeiterschaft die Staatsgrundrechte aufgehoben und seit dem 30. Januar 1884 über Wien und die Gerichtsbezirke Floridsdorf, Korneuburg und Wiener Neustadt den Ausnahmezustand verhängt. Wie in Deutschland für das Sozialistengesetz waren in Österreich für den Ausnahmezustand Attentate die äußere Begründung, die Auswirkung in Form von Vereinsauflösungen, Presseverboten, Ausweisungen und Verurteilungen war die gleiche. Die weiteren Folgen ähnelten sich auch insofern, als die Bewegung radikalisiert wurde und schließlich organisatorisch gefestigt aus der Bedrückung hervorging. In Deutschland kam nach dem Gesetz die Reorganisation der Partei auf der Tagung in Halle und die Aufstellung des Erfurter Programms 1891, in Österreich noch in der Zeit des Ausnahmezustands der Einigungstag von Hainfeld, aber mit dem Sieg des parlamentarischen Prinzips über die Putschtaktik der "Radikalen" im Hainfelder Programm.

Die österreichische Sozialdemokratie sieht ihren stärksten Gegner, um den sich die übrigen Fraktionen gruppieren, in den Christlichsozialen, der Partei des katholischen Landvolks. Die scharfen politischen Gegensätze, die stete Behauptung der Christlichsozialen die Verteidigerin der Religion und der Kirche zu sein beeinflussen natürlicherweise auch die Haltung der Sozialdemokratie zur religiösen Frage. Zwar vertrat man theoretisch die Auffassung, Religion sei Privatsache, in der Praxis verhielt man sich aber zu allem Religiösen und Kirchlichen stark ablehnend. Darin scheint nun eine Wandlung vor sich zu gehen.

Religion und Sozialdemokratie Diese Wandlung ist nicht nur auf Österreich beschränkt. Auch in der deutschen Sozialdemokratie beginnt die Diskussion dieser Frage lebhafter zu werden, und eine verständnisvollere Beurteilung greift Platz. Das Linzer Programm der österreichischen Sozialdemokratie erklärt die Religion als Privatsache des einzelnen und stellt fest, daß

die Sozialdemokratie nur den politischen Mißbrauch bekämpft, den die Kirche mit ihrer Macht im Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie treibt. Otto Bauer hat eine Broschüre Sozialdemokratie, Religion und Kirche zur Erläuterung dieses Punkts des Linzer Programms geschrieben (Wien, Verlag der Wiener Volksbuchhandlung/, in der er die Macht der Kirche auf die Massen entwicklungsgeschichtlich darzulegen versucht. Mit Verständnis und Hochachtung spricht er von dem religiösen Empfinden der Massen, das auch innerhalb der Partei nicht verletzt werden darf. Er geht auf die so häufige Verwechslung des weltanschaulichen Materialismus, dem die Partei ebenso neutral wie jeder andern Weltanschauung gegenübersteht, mit dem historischen Materialismus ein, mit dem, als einer Methode wissenschaftlicher Forschung, Religion und Kirche sich wie mit jeder andern wissenschaftlichen Betrachtungsweise abfinden können, um schließlich die Forderung der Trennung von Staat und Kirche als ebenso notwendig für den politischen Befreiungskampf der Arbeiterschaft wie als ein Erfordernis der Glaubens- und Gewissensfreiheit zu begründen. Für die österreichische Sozialdemokratie ist die Lösung dieses Problems von der größten politischen Bedeutung; hängt ihre weitere Ausdehnung doch geradezu davon ab, daß es ihr gelingt auch im katholischen Landvolk Fuß zu fassen, das die Christlichsozialen immer wieder einfangen, indem sie die Gefährdung der Religion durch die Sozialdemokratie an die Wand malen. Nun hielt der Bund der Religiösen Sozialisten am 17. und 18. November eine sehr eindrucksvolle Tagung in Wien ab, die in der sozialistischen Presse eine sehr günstige Beurteilung fand, und die sogar die Christlichsozialen in eine gewisse Beunruhigung versetzt hat; denn sie müssen einsehen, daß diese Bewegung an den Kern ihrer Macht greift. Wilhelm Ellenbogen, der namens des Parteivorstands den Kongreß begrüßte und selbst zu der Frage "Kann der Katholik Sozialist sein?" referierte, eine Frage, die er unbedingt bejahte, ließ es sich besonders angelegen sein die Auffassung zu widerlegen, als sei die Forderung des Linzer Programms nur ein taktisches Manöver. Diese Mißdeutung wird nicht nur von den Gegnern der Sozialdemokratie sondern auch von vielen eigenen Mitgliedern gemacht. In Deutschland liegt das Problem ähnlich. Auch hier besteht seit Jahren ein

Bund Religiöser Sozialisten. Programatisch steht die deutsche Sozialdemokratie dem Anhänger jeder Weltanschauung offen. In weiten Kreisen der Mitgliedschaft aber herrscht die unklare Vorstellung einer besondern sozialistischen Weltanschauung, die irgendwie mit dem philosophischen Materialismus verknüpft ist und sich naturgemäß gegen andere religiöse Anschauungen intolerant verhält. Der Bund Religiöser Sozialisten hat seine nicht gerade zahlreichen Anhänger hauptsächlich in protestantischen Gegenden. Das Bemerkenswerte der jüngsten Entwicklung aber ist, daß auch Katholiken, die ihre Treue zur Kirche betonen, eine sozialistische Gruppe formieren. Diese Strömung geht von Köln aus. 1927 erschien das hier ausführlich gewürdigte Buch Georg Beyers Katholizismus und Sozialismus /Berlin, J. H. W. Dietz Nachfolger/, das sich bemüht die in der Praxis bestehende »kalte Feindschaft, Mißtrauen und Mißverständnis und den platten Gleichmut, die die Beziehungen zwischen Katholizismus und Sozialismus umkreisen, in die Helle der Wahrheit, in die Deutlichkeit der Grenze, aber auch ins Bewußtsein eines Stückes diesseitiger Weggemeinschaft zu wandeln«. Mit dem 1. Januar 1929 begann das Rote Blatt der katholischen Sozialisten monatlich in Köln zu erscheinen, das Sozialismus und Katholizismus einander näherbringen will. Zu gleicher Zeit läßt der Bund Religiöser Sozialisten, der schon früher das Sonntagsblatt des Arbeitenden Volkes herausgab, noch eine wissenschaftliche Zweimonatschrift größeren Umfangs: Zeitschrift für Religion und Sozialismus, redigiert von dem Marburger Professor Georg Wünsch, erscheinen. In Wien kommt eine neue Monatsschrift Biblischer Sozialismus heraus. In den Schriften der Religiösen Sozialisten /Karlsruhe, Verlag der religiösen Sozialisten/ ließ jetzt Eduard Dietz ein Heftchen Das religiöse Problem des Marxismus erscheinen, in dem er, den »Marxisten« gegenüber, wie schon früher der Pfarrer Wilhelm Hohoff, die Vereinbarkeit des Sozialismus mit dem Christentum dartut.

Holland: Agrar-Die praktische Politik, die debatte die sozialistischen Parteien in der Nachkriegszeit zu machen gezwungen sind, läßt auch die Stellung zum Bauernproblem und den Agrarproblemen revidieren und präzisieren. Nachdem die deutschen Sozial-

demokraten ein Agrarprogramm entwickelt haben, die österreichischen desgleichen taten, veranstaltete die holländische Sozialdemokratie am 20. und 21. Oktober 1928 zu Wageningen einen Kongreß, der sich ausschließlich mit dem Agrarproblem befaßte. Die wirtschaftliche Stärke der Niederlande beruht auf der intensiven Bodenausnutzung durch den kleinen Landwirt und dem Bauern, der eigentlich Gärtner ist. Ihm ist es ähnlich wie dem dänischen gelungen durch ein starkes Genossenschaftswesen, das auf die Erzeugung qualitätsvoller Standardware hinwirkte und eine straffe Absatzorganisation schuf, seine wirtschaftliche Lage zu heben. In diese Bauernschaft sucht die Partei einzudringen. Harmen van der Sluis behandelte die Situation des Kleinpächters, Piet Hiemstra sprach über die wirtschaftlichen Verhältnisse des Landarbeiters. Van der Sluis legte dar, daß die Bevölkerungsvermehrung des dichtbesiedelten Landes einen jährlichen Zuwachs an anbaufähigem Boden von 40 000 Hektar verlange, während durch Neukultivierung jährlich nur 6000 Hektar seit einer Reihe von Jahren hinzukommen. Diese Menge wird durch die in Angriff genommene Trockenlegung der Zuidersee zwar erheblich vergrößert, aber der Landhunger wird doch nicht befriedigt. Der Übergang vom Ackerbau zu noch intensivem Gartenbau ist nur langsam möglich und stößt auf technische und finanzielle Schwierigkeiten. An eine Sozialisierung des Bodens ist vorläufig überhaupt nicht zu denken. Da die Hälfte der Landwirte aus Pächtern besteht, muß die Partei deren Lage durch ein neues Pachtgesetz zu fördern suchen, das Pachtermäßigungen bei schlechtem Ernteausfall gewährt, eine Entschädigung des Pächters für Ameliorationen während seiner Pachtzeit erzwingt und die Pachtfestsetzung regelt. Es bestehen heute Pachtkommissionen für Streitigkeiten zwischen Pächter und Verpächter. Ihre Befugnis soll insofern erweitert werden, als sie auch Pachtverträge verlängern können, wenn der Pächter keine begründete Ursache zur Pachtkündigung gegeben hat. Hiemstra zeigte durch Zahlenmaterial die trotz einigen Verbesserungen der letzten Jahre doch noch prekäre Lage der Landarbeiter. Es bestehen für sie 2 Christliche Verbände, dann 1 dem Gewerkschaftsbund angeschlossener Verband mit 8000 Mitgliedern. Hiemstra verlangte die Errichtung paritätisch besetzter lokaler Lohnkommissionen und eine Landesschiedsstelle.

Ostenropa

In *Polen* bildete im November 1928 die Polnische Sozialistische Partei mit den beiden kleinbäuerlichen Linksparteien eine parlamentarische Arbeitsgemeinschaft. Dieser geschlossene Linksblock mit 122 Mandaten ist nach dem Regierungsblock Pilsudskis die stärkste parlamentarische Fraktion. (Die abgesplitterte Sozialistische Fraktion ehemaliger Revolutionäre mit 9 Abgeordneten steht zu Pilsudski.) Dieses beachtenswerte Zusammengehen von Sozialisten und Kleinbauern bietet für Polen allerdings nichts Überraschendes. Die Sozialistische Partei verfügt im Gegensatz zu den Parteien des Kleinbauerntums über eine verhältnismäßig gute Organisation. Diese besitzen keine einzige Tageszeitung, trotz 1½ Millionen Wählern und 66 Abgeordneten, so daß die sozialistische Presse ihnen seither vielfach als Sprachrohr dienen mußte. Die in dem neuen Linksblock zusammengeschlossenen Gruppen waren die Träger der ersten polnischen Regierung mit dem jetzigen Sejmmarschall Ignacy Daszynski als Ministerpräsidenten und Thugutt, dem Führer der einen der Bauernparteien, als Innenminister. Am 2. Dezember 1928 wurden, seit 1914 zum erstenmal, im Gebiet der *Tschechoslowakei* die Bezirks- und Landesvertretungen gewählt, die seither einfach von der Regierung ernannt worden waren. Auch heute werden sie nur zu $\frac{2}{3}$ gewählt, $\frac{1}{3}$ bestellt die Regierung, die auch die Landespräsidenten der 4 Länder (Böhmen, Mähren-Schlesien, Slowakei und Karpathorußland) und die Bezirkshauptleute ernennt, die somit die Spitze der Staats- und der Selbstverwaltung darstellen. Der Ausfall der Wahl brachte den Oppositionsparteien gegen den regierenden Bürgerblock eine Mehrheit. Die tschechischen Sozialdemokraten vermochten ihre Stimmenzahl von rund 630 000 auf 730 000 zu steigern, die deutschen sie zu behaupten. Trotz starkem Rückgang ihrer Wähler in den größeren Städten hat die Kommunistische Partei ihre Stimmenzahl seit 1925 behauptet.

In *Bulgarien* hat sich die seit 1927 in 3 Gruppen gespaltene sozialistische Bewegung im Dezember 1928 wieder geeinigt. Dazu mag der terroristische Druck der Regierung Liaptschew sein Teil beigetragen haben. Neben der „breiten“ Partei einer sozialistischen Mitte stand die rechte Gruppe der Sozialistischen Föderation, die 1927 aus der Par-

tei ausgeschlossen worden war, und die Gruppe Neuer Weg, die sich aus ehemaligen Kommunisten zusammensetzte. Die Partei der Mitte war auf ihrem Parteitag mit einer einstimmig angenommenen Resolution, die zum geschlossenen Kampf aller marxistisch eingestellten Sozialisten gegen die Regierung aufforderte, vorangegangen. Die Sozialistische Föderation stellte am 21. Oktober 1928 auf ihrer Konferenz ebenfalls die Notwendigkeit einer Einigung fest. Ein Verständigungskomitee wurde daraufhin eingesetzt. Das Ergebnis seiner Arbeit ist der Zusammenschluß der 3 Gruppen.

Totenliste

Am 4. Dezember 1928 erlitt die holländische Partei einen schweren Verlust durch den Tod ihres Generalsekretärs und Hauptkassierers *Cornelius Verkhoven*. Er stand im 41. Lebensjahr. Bevor er 1920 das Parteisekretariat übernahm, war er Lehrer. Seine Aktivität hat der Bewegung in der kurzen Zeit seiner zentralen Funktion einen starken Aufschwung gegeben.

Am 7. Dezember starb nach langer Krankheit, 46 Jahre alt, der Sekretär der Berliner Gruppe des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes *Julian Lieberman*. Er war in Riga geboren, hatte sich dort noch ganz jung dem Sozialismus angeschlossen und war in der Russischen Revolution vom Jahr 1905 einer der tätigsten Genossen. Die Rote Miliz ist mit sein Werk. Er gehörte zu der Gruppe der großen sozialistischen Revolutionäre der Vorkriegszeit.

Am 14. Dezember verschied plötzlich an einem Herzleiden *Joseph Breitenfelder*, der Präsident des Salzburger Landtags. Er war von Beruf Eisenbahner und betätigte sich in seiner Jugend stark in der Eisenbahnerkonsumgenossenschaft, zunächst in Wien, kam dann nach Salzburg, wo er einige Zeit Vorsitzender der Landespartei wurde. Besonderes Interesse wandte er den Arbeiterkulturorganisationen zu: der Turnerschaft und dem Verein Freie Schule Kinderfreunde. Er ist ihr eigentlicher Begründer.

Am 3. Januar 1929 starb in Wien, im Alter von 66 Jahren, *August Radimsky*, der seit Ende der siebziger Jahre in der tschechischen und österreichischen Arbeiterbewegung tätig war, auch als Redakteur an der Gleichheit und an der Arbeiterzeitung. Einigemal wurde er wegen Geheimbündelei verurteilt. Er übersetzte als erster das Kommunistische Manifest ins Tschechische.

Am 26. Januar starb *Adrien Pressemane*, nach langer Krankheit, im Alter von 49 Jahren. Er war der Sohn eines Arbeiters, wurde selbst keramischer Zeichner. Auch er war schon in der Jugend ein glühender Anhänger der sozialistischen Ideen und trat bald in den Parteiversammlungen hervor. Die Hauptarbeit seines Lebens galt der Propaganda unter der Landbevölkerung. Im Departement der Haute-Vienne, in dem er Jahrzehnte lang wirkte, agitierte er vor allem unter den Kleinbauern und Landarbeitern. Daraufhin wurde er 1914 in dem rein ländlichen 2. Wahlkreis von Limoges, gleichzeitig mit den in ähnlicher Weise wirkenden Genossen Parvy und Valières, in die Kammer gewählt. Hier vertrat er die Arbeiterklasse bis zu den Kammerwahlen von 1928.

Kurze Chronik In der Internationale ist eine Besonderheit zu verzeichnen: Es wurde ein internationales Komitee zur Förderung einer *nationalen Idee* gebildet, nämlich entsprechend einer Anregung der Poale Zion auf dem Brüsseler Kongreß ein Komitee für das Arbeitende Palästina (siehe dazu den Artikel Naphtalis Das arbeitende Palästina, in diesem Band Seite 115 und folgende). ◊ Bei der Präsidentenwahl in den *Vereinigten Staaten von Amerika* stellte die kleine und politisch völlig bedeutungslose Sozialistische Partei wieder einen Zählkandidaten auf, der rund 266 000 Stimmen bekam, davon wurden die meisten im Staat New York abgegeben (107 000). Die letzte Zählkandidatur war 1920 die stets wiederholte von Eugene Debs, der fast 1 Million Stimmen erhielt. Diese hohe Zahl erklärt sich daraus, daß Debs wegen seiner Kriegsgegnerschaft viele Sympathie gefunden hatte, und mit der Stimmabgabe für ihn ein Protest dagegen abgegeben wurde, daß der wegen seiner Kriegsgegnerschaft zu 10 Jahren Gefängnis Verurteilte immer noch inhaftiert blieb. Im alten Kongreß saß ein einziger sozialistischer Abgeordneter: Victor Berger aus Milwaukee. Er kehrt in den neuen nicht mehr zurück; seine Stimmenzahl stieg zwar von 24 000 auf rund 40 500, er unterlag aber dem Kandidaten der Republikaner. ◊ Die Wahlen zum Bundesparlament *Australiens* am 20. November 1928 brachten der Arbeiterpartei einen Zuwachs von 8 Mandaten. Sie wird damit zur stärksten Partei. Aber die Mehrheit der Regierung Bruce bleibt ungebrochen. ◊

Am 30. Januar wurde *Katharina Breschkowskaja*, die unter den russischen Revolutionären der Zarenzeit fast vor allen anderen geliebte und verehrte "Großmutter der Revolution" (so genannt, weil sie unter den politischen und auch den anderen Gefangenen der sibirischen Eiswüsten mit ihrer letzten körperlichen und geistigen Kraft ein wenig Freude zu verbreiten suchte), 85 Jahre alt. Sie hatte gleich all diesen großen russischen sozialistischen Revolutionären Jahrzehnte ihres Lebens in Kerker und Verbannung verbracht. Erst beim Ausbruch der glorreichen Revolution im März 1917 wurde sie nach Rußland zurückgeholt und im Triumph von allen Revolutionären heimgeleitet. Der Bolschewismus brachte es fertig diese verehrungswürdige Frau aus Rußland zu verbannen. Sie lebt jetzt in Prag.

Literatur Der Vorstand der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutsch Österreichs gibt die Aufsätze, Reden und Briefe *Victor Adlers* heraus /Wien, Verlag der Wiener Volksbuchhandlung/. Erschienen sind das 6. Heft (Der Aufbau der Sozialdemokratie), das 7. (Internationale Taktik), das 8. (Österreichische Politik) und das 9. (Um Krieg und Frieden), zusammen über 1200 Seiten, unter dem Sammelnamen Victor Adler der Parteimann. Die Reden und Aufsätze dieser Bände sind von Gustav Pollatscheck gesammelt, nicht chronologisch sondern nach inhaltlichen Gesichtspunkten, wie Streik um die Maifeier, Agrarfrage usw., zusammengestellt und mit Noten versehen worden. Otto Bauer schrieb dazu eine geschichtliche Skizze als Einleitung, die die Zeit von 1878 bis zum Tod Adlers 1918 kurz umreißt und damit den geschichtlichen Rahmen des parteipolitischen Wirkens Adlers gibt. Die 4 Bände sind nicht nur eine Sammlung geschichtlichen Materials zum Verständnis der Persönlichkeit Victor Adlers, sie stellen eine eigenartige und interessante Geschichte der österreichischen und der deutschen, weiterhin der internationalen Arbeiterbewegung, insbesondere eine Geschichte ihrer politischen Ideen dar, gesehen durch die Anschauungen eines ihrer bedeutendsten Führer. Die Aufsätze sind zwar meist Arbeiten für die Tagespresse. Um so mehr wird man die theoretische Höhe und das geistige Niveau solcher Journalistik bewundern. Es ist ein Genuß die Adlerschen Reden und Aufsätze zu lesen.

WISSENSCHAFT

Biologie / Hans Haustein

Symbiose

Die Bezeichnung Symbiose ist 1879 durch Anton de Bary eingeführt worden, zur

Charakterisierung des Verhältnisses der Pilze und Algen in den Flechten, bei denen sich die Einwirkung des schmarotzenden Pilzes auf die Nährpflanze als geradezu förderlich erweist. Die Pilzhyphe umspinnen die Algen, die den zur Assimilation günstigsten Platz auf der Oberseite des blattartigen beziehungsweise an der Außenseite des zylindrischen Thallus einnehmen, und entziehen ihnen einen Teil des Assimilats. Der Pilz liefert dafür das Nährwasser und auch Pepsin, so daß sich die Algen kräftig entwickeln können. So ziehen aus dieser Lebensgemeinschaft beide Teile des Flechtenorganismus bestimmte Vorteile und bilden einen der typischsten Fälle pflanzlicher Symbiose. Handelt es sich hier um eine auf wechselseitiger Ergänzung beruhende Lebensgemeinschaft, so finden wir Fälle von Symbiose, bei denen diese eine allgemeine Verbesserung der Lebensbedingungen bedeutet, wie bei den Leguminosen die Knöllchenbakterien. Den Bakterien kommt der Überschuß der von der Wirtspflanze erzeugten Kohlehydrate zugute, der Wirtspflanze dagegen die Fähigkeit des Eindringlings den atmosphärischen Stickstoff zu binden. Die Leguminose entzieht dann den Bakterien einen Teil des Stickstoffvorrats und regt sie so zur weiteren Neubildung an, so daß derart bis zur Degeneration der Bakterien eine stetig fließende Stickstoffquelle vorhanden ist. Schon Plinius war die Tatsache bekannt, daß derartige knöllchenbildende Leguminosen auf stickstoffarmen Boden im Gegensatz zu anderen Pflanzen gut gedeihen, und schon lange vor der wissenschaftlichen Klärung wurden die Leguminosen als Stickstoffsammler bezeichnet. Hat man doch berechnet, daß Lupinen auf diese Weise über 200 Kilogramm Stickstoff pro Hektar zu gewinnen imstande sind. Außer derartigen rein pflanzlichen Symbiosen sind solche zwischen Tier und Pflanze bekannt. So findet man im Körper niederer Tiere, wie Infusorien (zum Beispiel Stentor oder Paramaecium), Polypen (Hydra) und Würmern (Bonellia), Chlorophyllkörner. Die frühere Annahme, daß diese Körner von den Tieren erzeugt würden, konnte nicht bestätigt werden. Das Chlorophyll ist vielmehr ausschließlich ein Produkt des Pflanzen-

leibs und besitzt für den Nachweis pflanzlicher Natur hohen Wert. In allen Fällen waren einzellige Algen (Zoochlorellen), die in den Tierkörper eingedrungen waren, Träger des Chlorophylls, und dessen Vorhandensein erklärt sich aus diesem eigentümlichen, zwischen Tier und den einzelligen Algen bestehenden Assoziationsverhältnis.

Mit August Reichensperger können wir von Symbiose in allen jenen Fällen sprechen, in denen, wie er in seinem Artikel Symbiose im 9. Band des Handwörterbuchs der Naturwissenschaften (Jena, Gustav Fischer) ausführt, »sich Organismen verschiedener Art zu einem dauernden gesetzmäßigen Zusammenleben verbinden, und zwar in der Weise, daß eine Förderung der beiderseitigen Lebensinteressen stattfindet«. Zur nähern Kenntnis der Symbiose hat jetzt Ernst Pringsheim im Archiv für Protistenkunde einen wertvollen Beitrag in seinen Physiologischen Untersuchungen an Paramaecium bursaria gegeben. Er hat sich vor allem bemüht unsere Kenntnisse über das Grundproblem der Symbiose, über das Ineinandergreifen des Stoffwechsels der beiden Partner zu erweitern. Er untersuchte, in welcher Weise Stoff- und Gaswechsel von Tier und Algen ineinandergreifen; auch die Frage, ob die Paramazien von den Zoochlorellen unter Ausschluß geformter Nahrung ernährt werden können. Der Untersuchung, die sich auf 12 Jahre erstreckt, liegen 5 verschiedene Stämme zugrunde, die sich in allen Punkten gleich verhielten, so daß die Ergebnisse gesichert erscheinen, und Zufallsergebnisse zweifellos ausgeschlossen sind. Unser bisheriges geringes Wissen auf diesem Gebiet liegt unter anderem daran, daß nicht alle algenführenden Tiere leicht zu züchten und zu beobachten sind, und daß im mikroskopischen Präparat die feineren zellphysiologischen Vorgänge leicht gestört werden. Pringsheims Ergebnisse sind nun die folgenden. Paramaecium bursaria kann am Licht leben und sich, ohne zu fressen, vermehren, wobei die Tiere von der Assimilation der Algen abkommen. Zur autotrophen Kultur sind Algennährlösungen von neutraler Reaktion mit Nitrat und Ammonstickstoff geeignet, wofür es nicht an Kalzium fehlt. Die Vermehrung von Paramaecium bursaria ist jedoch viel stärker, wenn man es füttert, wozu verschiedene Bakterien und Kleinalgen, besonders aber Hefe, geeignet sind, und geht auch im Finstern vor sich. Bei Nahrungsmangel verlieren farblose Pa-

ramazien ihre Reservestoffe und zerfallen schließlich unter starker Volumenabnahme. Genau so verhalten sich im Dunkeln zoochlorellenhaltige Paramazien ohne Fütterung. Dabei gehen die Zoochlorellen an Zahl zurück, verschwinden jedoch nicht ganz. Am Licht findet bei Nährsalzmangel ein Abblassen statt, wobei die Algen ganz verschwinden können, jedoch sterben die Paramazien dann auch ab. Bei der Verdauung wird der Inhalt der Nahrungszellen gelöst, bis die leeren Zellwände übrigbleiben, die ausgestoßen werden. Die Flüssigkeit der Nahrungsvakuolen macht eine Reaktionsänderung von sauer zu neutral oder basisch durch. Stärke wird verdaut, wobei im Tierkörper Fett und Glykogen, in den Zoochlorellen unter Umständen Stärke abgelagert wird. Außerhalb des Tierkörpers konnten isolierte Zoochlorellen nur zu wenigen Teilungen, aber nicht zu reichlicher Vermehrung gebracht werden. In Ergänzung dieser Versuche wurden solche zur Erzielung algenfreier Paramazien durchgeführt. Dabei wurde *Paramaecium bursaria* im Dunkeln mit Hefe gefüttert. Die Anzahl der Zoochlorellen, die sich unter diesen Umständen langsamer als die Paramazien teilten, ging zwar zurück. Sie verschwanden jedoch nicht ganz, wurden also vom Tier miternährt. Erst durch Einwirkung nahezu maximaler Temperatur nach langer Dunkelkultur oder sicherer und schneller durch gleichzeitige Anwendung von Dunkelkultur, erhöhter Temperatur, Nährsalzmangel und guter Fütterung gelang die vollkommene Befreiung der Paramazien von den Zoochlorellen. Diese farblosen Paramazien konnten mit Zoochlorellen aus grünen Paramazien leicht künstlich wieder infiziert werden, unterschieden sich dann in nichts von den ursprünglich grünen und ließen sich wie diese fortzüchten. Die Infektionsversuche mit fremden Algen erzielten jedoch keine intrazelluläre Symbiose. Nur bei 3 kleinen Holotrichazeen glückte die Einlagerung, wobei jedoch keine so feste Symbiose wie bei den Zoochlorellen erzielt wurde, wenn auch hier eine Übernahme von Nährstoff aus den Algen in das Tier stattfand; denn auch dann, wenn sich so gut wie keine Algen in der Nährflüssigkeit zeigten, die als feste Nahrung hätten verdaut werden können, war die Vermehrung viel größer, als wenn algenfreie Paramazien in Erdbabkochung kultiviert wurden. Die Untersuchung über den Gaswechsel des Konsortiums zeigt, daß die in der Nährlösung absorbierte Kohlensäure aus-

reicht, um einer großen Anzahl grüner Paramazien die Entwicklung zu ermöglichen. Der Sauerstoff, der von den Zoochlorellen bei der Kohlensäureassimilation gebildet wird, unterhält beliebig lange die Atmung.

Die Ergebnisse dieser Untersuchung zeigen, daß hier eine echte Symbiose vorliegt. Denn *Paramaecium bursaria* erfüllt die Bedingungen des dauernden Zusammenlebens, wenn auch zuweilen das Tier algenfrei vorkommt, sowie die der Gesetzmäßigkeit. Die weitere Frage nach der gegenseitigen Förderung des Lebensinteresses, also nach dem Nutzen der Symbiose für den einen wie für den anderen Partner der Vergesellschaftung, kann folgendermaßen beantwortet werden: Für die Zoochlorellen ist die Unentbehrlichkeit der Symbiose sichergestellt. Die Isolierungsversuche zeigen, daß die Algen außerhalb des Tierkörpers nicht zu gedeihen vermögen, und die Fütterungsversuche im Dunkeln erweisen, daß trotz Nährsalzmangel die Algen weiterleben und an der von den Tieren durch Fressen gewonnenen Nahrung teilnehmen können. Die Bedeutung der Zoochlorellen für die Paramazien konnte dahin geklärt werden, daß diese von den Zoochlorellen Nahrung her beziehen, wenn sie bei autotropher Kultur keine organischen Substanzen zur Ernährung zur Verfügung haben. Den algenlosen Verwandten gegenüber verschafft die Symbiose bei *Paramaecium bursaria* ein größeres Übergewicht in der Natur unter Umständen, wo geformte Nahrung nicht zur Verfügung steht: eine Bedingung, die an den natürlichen Standorten von *Paramaecium bursaria* häufig vorhanden sein wird. Von geringerer Bedeutung unter natürlichen Verhältnissen wird die Fähigkeit der Tiere sein bei reichlichem Fraß Nahrungsstoffe an die Algen abgeben zu können, was nur bei Lichtmangel wichtig ist. Die Richtung des Nahrungsstroms hängt von der relativen Ergiebigkeit der beiderseitigen Nahrungsquellen ab. Auch die Sauerstoffproduktion der Zoochlorellen kann von Nutzen sein, doch lebt *Paramaecium bursaria* im allgemeinen in reinem, sauerstoffreichem Wasser.

Was die physiologisch-kausale Erforschung der Symbiose betrifft, die nach Vale Vouk ein zelluläres in physiologischem Gleichgewicht sich befindendes Zusammenleben heterogener Organismen ist, deren physiologischer Sinn in der Wechselbeziehung der Kohlenstoff- und Stickstoffassimilation besteht, so ist auch diese Pringsheim geglückt.

Pflanzenbiologie

Die Stellung der typologischen innerhalb der modernen Biologie ist hier eingehend diskutiert, und es ist darauf hingewiesen worden, daß die typologische Morphologie zwar theoretisch fast überall auf verlorenem Posten steht, praktisch jedoch immer noch neue Werte schafft. Einen interessanten Beitrag hierzu gab *Wilhelm Troll* im 49. Band des Biologischen Zentralblatts in seiner Arbeit Grundprobleme der Pflanzenmorphologie und der Biologie überhaupt, worin versucht wird neue Wege für die morphologischen Methoden aufzuzeigen. Zunächst polemisiert er gegen die Worte *Max Hartmanns* am Schluß seiner *Allgemeinen Biologie* /Jena, Gustav Fischer/: »Naturerkenntnis kann eben nur mit der Kategorie der Kausalität errungen werden; und es gibt keine anderen Methoden Naturwissenschaft zu treiben als die Methoden der generalisierenden und exakten Induktion, die Einzelfälle unter allgemeine Gesetzmäßigkeit bringen.« Dieser Ausspruch ist symptomatisch für die Auffassung, daß die Morphologie nur eine Zukunft hätte, wenn sie dazu überginge die Kategorien ihrer bisherigen Betrachtungsweise aufzulösen und durch die der Physiologie eigentümliche kausale Fragestellung zu ersetzen, die sich anheischig macht als die allein wissenschaftliche das ganze Feld der Biologie zu besetzen. Gegenüber dieser Betonung der kausalen Methodik, die ein Ausfluß der theoretischen Anmaßung des Mechanismus ist, betont *Troll*, daß wir die Erkenntnisse der Vergleichenden Anatomie verleugnen müßten, wenn wir der *Hartmannschen* Auffassung beipflichten wollten. Die Erkenntnisse der Vergleichenden Anatomie sind auf dem Weg des anschaulichen Vergleichs gewonnen, der als die grundlegende Methodik einer Lehre von der Gestalt zu gelten hat. Was man gegen die Morphologie vor allem geltend gemacht hat, ist, daß ihr Gestaltbegriff einer der allgemeinsten Voraussetzungen der exakten Naturwissenschaften widerspreche, dem Gedanken einer geschlossenen Naturkausalität.

Was *Kant* darüber in der Kritik der Urteilskraft sagte, läßt sich im Licht der Biologie folgendermaßen ausdrücken:

1. Organische Naturen lassen sich mechanisch beurteilen. Das ist Naturwissenschaft, denn ohne das Prinzip der Mechanik gibt es keine Naturwissenschaft.
2. Organische Naturen lassen sich historisch beurteilen; Die vergleichende Betrachtung aller Teile der Organismen,

und zwar der lebenden wie der fossilen, ergibt, daß sie nach einem Schema gebaut sind, nach dem sie sich gedanklich ableiten lassen. Die lebenden Organismen lassen sich vielleicht auf ein gemeinsames mechanisches Erzeugungsprinzip zurückführen, doch ist dies ein gewagtes Abenteuer der Vernunft.

3. Organische Naturen lassen sich teleologisch beurteilen, das heißt nach einem System der Absichten. Das ist kein Wissen sondern Postulat unseres Denkens. Zu diesem folgenschweren Ergebnis kam *Kant* bei der Prüfung der organischen Erfahrungswissenschaft seiner Zeit, da damals auf dem Gebiet der organischen Natur jeder klassische Führer fehlte, der seinem durchdringenden Geist genügen konnte. *Julius Schuster* hat hierauf in seiner scharfsinnigen Einleitung in *Goethes Naturwissenschaft* (Kamarupa oder Goethes organismische Sendung /Hamburg, Gutenbergverlag/) auf den Umstand hingewiesen, daß im Erscheinungsjahr der Kantischen Kritik der Urteilskraft, 1790, auch *Goethes Metamorphose der Pflanzen* erschien, in der eben dieses »Abenteuer der Vernunft« bestanden wurde, eine Arbeit, die nichts weniger als eine neue Grundlage für die Wissenschaft des Organischen bezweckte. Gerade bei *Goethe* findet man, daß bei den 3 möglichen Betrachtungen des Organischen: der mechanischen, der historischen und der organismischen, ein bloßes Entweder-Oder nicht genügt. Der eine Weg, der mechanische, führt zur eigentlichen Naturwissenschaft; der andere, der organismische, mit dem historischen in das Zwischenreich zwischen Naturwissenschaft und Philosophie. Diesen Weg hat der Menschheit zuerst *Goethe* eröffnet.

Troll legt nun dar, daß wir in der Biologie beide Wege der Forschung brauchen: die kausale Methodik und die morphologische Betrachtungsweise. Auch widerspreche der Gestaltbegriff der Morphologie dem Gedanken einer geschlossenen Naturkausalität insofern, als er synthetischen Charakter trägt. Die mechanische Ursachenverknüpfung reiche ihrerseits zum Verständnis des Organismus nicht aus, sie bedürfe zu ihrer Ergänzung der Betrachtung nach Endursachen. Diese sind Faktoren, die aus dem Ablauf des kausalen Mechanismus nicht zu begreifen sind, und nach *Kant* nicht reale sondern ideale Ursachen. Die kausale Methodik findet nun aber nicht nur auf dem Gebiet der Biologie ihre Grenzen, sondern, was von entscheidender

Bedeutung ist, die Physik selbst ist in jüngster Zeit an Grenzen gelangt, wo sie mit der mechanischen Kausalität nicht mehr auskommt sondern sich teleologischer Vorstellungen bedienen muß. In dieser Entwicklung in der Physik hat man eine große Gefahr für den Bestand der exakten Forschung sehen wollen, sogar von einem Zusammenbruch der Wissenschaft gesprochen. Demgegenüber sagt Troll, daß mit der Aufgabe der Geschlossenheit der Naturkausalität zwar eine Welt untergeht, aber nur die des Mechanismus. Dafür aber tun sich neue Möglichkeiten des Denkens und der Forschung auf, und gerade für die Biologie, die nur aus der Physik heraus das Recht zur Verwerfung jeder nichtkausalen Methodik in Anspruch nahm. Die neue Wendung in der Physik macht sie für den Biologen deshalb so bedeutungsvoll, weil heute niemand mehr die Physik aufrufen kann, um die Biologie davon zurückzuhalten mit den ihrem Sachgebiet angemessenen Methoden Antwort auf ihre Probleme zu suchen.

Troll, der dann, ganz den Ausführungen Adolf Meyers entsprechend, das Wesen der Morphologie als typologisch kennzeichnet, hebt hervor, daß unter dem Einfluß der Deszendenztheorie vielen der Typusbegriff überwunden zu sein schien. »Es gereicht der Deszendenztheorie nur selbst zum Vorteil, wenn sie sich darauf besinnt, daß sie aus der vergleichenden Morphologie hervorgegangen ist und ein schon vorgefundenes ungeheures Erfahrungsmaterial lediglich historisch umdeutete.« Dies sagt aber nur aus, daß, wie schon in dieser Rundschau (1928 II Seite 1110 und folgende) ausgeführt wurde, ein sehr großer Teil der heutigen Phylogenie nur transformierte typologische Metamorphosen, also reine Typologie in falscher Verkleidung darstellt. Troll fügt dem noch hinzu: »Nicht die Deszendenz ist es, welche in der Morphologie entscheidet, sondern umgekehrt, die Morphologie hat über die Möglichkeit der Deszendenz zu entscheiden.« Damit werden 2 ganz verschiedene Fragestellungen vermisch. Andererseits ist mit Troll die Forderung berechtigt, daß es heute notwendig ist sich wieder auf die morphologischen Methoden, speziell die grundsätzliche Bedeutung des Typusbegriffs, zu besinnen. An einem Beispiel aus der Blüte der Angiospermen zeigt Troll dann, wie man, unter Benutzung des Typusbegriffs, eine Einsicht in die Entwicklung der Morphologie des Gynäzeums ohne jedes kausale Moment gewinnen kann.

Die Bedeutung der kausalen Denkweise in der gestaltlichen Betrachtung erörtert Troll an einem weiteren Beispiel, an den Blüten der Karyophyllazeen und Chenopodiaceen, und er zeigt, wie glücklich sich beide Methoden ergänzen können, unter Hervorhebung der Tatsache, »daß uns auf den Gedanken der typischen Übereinstimmung der Karyophyllazeen- und Chenopodiaceenblüten nur der Vergleich bringen kann, hinter dem das Aperçu des Typus steht«. Beide Methoden bestehen neben einander, und es ist nicht so, daß die kausale Methode etwa die vergleichende ablöste. Diese ist so unendlich wie die kausale. Eine rein kausale Morphologie könnte uns nie über die Homologieen aufklären, dagegen macht sie uns mit den Ursachen der wirklichen Umbildung bekannt. Das Ideal ist also eine Morphologie, die Anschauung zwar mit physiologischem Denken verbindet, aber darüber den Primat ihrer eigentlichen Methode nicht vergißt.

Troll weist dann einen Weg die morphologische Methode über die bisherigen Grenzen hinaus zu führen, davon ausgehend, daß zur Erklärung der Gestaltbildung, besonders auf botanischem Gebiet, der Gesichtspunkt des Organisationstypus nicht immer ausreicht.

In seinem Buch *Organisation und Gestalt im Bereich der Blüte* (Berlin, Julius Springer/ zeigte Troll an umfangreichem Belegmaterial, daß die rein analytische Gestaltbetrachtung der vergleichenden Morphologie der Ergänzung durch eine synthetische, gestalttypische Betrachtungsweise bedarf. »Der Gestalttypus soll nicht so sehr die Homologieen als vielmehr die analogen Ähnlichkeiten umfassen, die man auch als Konvergenzen bezeichnet hat. Nur begnügte man sich bislang allgemein damit die Analogieen als Anpassungsähnlichkeiten zu erklären, entstanden entweder unter dem Einfluß "direkter Bewirkung" oder durch gleichgerichtete (konvergente) Naturzüchtung. Nun soll keineswegs bestritten werden, daß es konvergente Anpassung gibt. In der Botanik aber hat die Erfahrung gelehrt, daß eine so strenge Bindung der Form an die Umwelt, wie sie im Tierreich die Regel ist, nicht vorliegt, daß der Gestalt vielmehr eine gewisse Selbständigkeit, sagen wir ein morphologischer Eigenwert, zukommt, was es unmöglich macht sie rein adaptiv zu verstehen.« In der Mannigfaltigkeit der Formen, besonders der Blüte, treten gewisse allgemeine Züge, gleichsam morphologische Konstanten, hervor; die Gestalt

bleibt die selbe, nur der Aufbau, die Organisation wechselt. Diese Gestalttypen dürfen jedoch nicht als starre, geometrisch definierbare Schemata aufgefaßt werden sondern haben als ideenhafte Richtpunkte zu gelten, nach denen Blüten der verschiedensten Organisation konvergieren. Zur Klärung des methodischen Werts dieser Auffassung führt Troll als Beispiel das Köpfchen der Kompositen an, das man bisher in Beziehung zur Insektenanlockung als rein ökologischen Typus betrachtete. Die Betrachtung der Mehrzahl der Kompositen zeigt jedoch, daß ihre Gestalt aus ökologisch-biologischen Gesichtspunkten heraus nicht verstanden werden kann. Ebensowenig genügt jedoch die organisationstypische Untersuchung zu einem morphologischen Erfassen. Erst die Betrachtung des Köpfchens unter dem Gestalttypus einer radiären choripetalen Einzelblüte gibt die Erklärung nicht nur für die radiäre Gesamtgestalt sondern auch für die Form der Randstrahlen. Diese stehen in der Gesamtgestalt des Köpfchens an Stelle der Blumenblätter einer Einzelblüte, und sie stimmen auch mit diesen in Farbe und Zeichnung überein. Die Vorstellung des Gestalttypus gestattet also hier nicht, nur die Form des ganzen Köpfchens sondern auch die gestaltliche Eigenart der Randblüten aus einem Gesichtspunkt heraus zu begreifen. »Sie bringt Licht in Zusammenhänge, deren Verständnis einer ausschließlich ökologisch orientierten, aber auch einer bloß am Organisationstypus haftenden Morphologie verschlossen bleiben muß.« Wie eine weitere Untersuchung an dorsiventralen Blüten zeigt, ist die gestalttypische Betrachtungsweise auch heuristisch der ökologisch-biologischen überlegen. »Sie bringt wesentlich neue Gesichtspunkte in die Beurteilung der Gestaltbildung der Pflanze und bedeutet deshalb auch eine Bereicherung der Fragestellung.«

Neuausgaben Die naturwissenschaftlichen Schriften *Goethes* hat uns jetzt Julius Schuster in einer sehr glücklichen Auswahl gebracht (Hamburg, Gutenbergverlag). Das Leitmotiv bei der Herausgabe war Goethes Naturwissenschaft in ihrer Eigenart und Ganzheitsbezogenheit als Morphologie darzustellen. »Es war deshalb notwendig«, schreibt Schuster in seinem Nachwort, »auch die Grundrisse aufzuzeigen, um, unbeschadet des unvollendeten Einzelnen und unvollendbaren Ganzen, jene immanente Ganzheit entstehen zu lassen,

die die geschichtliche Kraft der Goetheschen Naturwissenschaft bedingt und erzwingt. Eben deshalb aber mußte alles weggelassen werden, was dieser Goetheschen Seinsrichtung nicht wesenskernig angehört.« Man muß es Schuster lassen, daß es ihm gelungen ist eine Auswahl zu geben, die den Geist Goethescher Naturwissenschaft ausstrahlt. Auf das glänzende Vorwort Schusters, das Goethes Werk planvoll in die Geschichte der Naturwissenschaften einordnet, ist oben bereits hingewiesen worden. Zu einer solchen Arbeit war keiner mehr berufen als Schuster, der schon seit Jahren in Weimar historisch-kritische Studien gemacht hat, sowohl an der Hand des handschriftlichen wie des ikonographischen Materials. Dem Verlag muß man Dank für die würdige bildliche Ausstattung der beiden Bände wissen, denen bei ihrem niedrigen Preis weiteste Verbreitung sicher nicht versagt bleiben wird.

**Gemeinverständliche
Schriften**

Eine Wanderung durch die *Wunder der Schöpfung* nennt Raoul H. Francé sein Buch *Welt, Erde und Menschheit* (Berlin, Ullstein). Die Frage nach dem Woher und Wohin sucht hier der Verfasser auf Grund 30jähriger Forschung zu beantworten. Der Geburt der Erde ist das Einführungskapitel gewidmet: dann wird die Entstehung des Lebens diskutiert, und in dem Abschnitt Aus vorsintflutlichen Zeiten sehr anschauliches Material geliefert. Die Abschnitte Mensch und Natur sowie Mensch und Gott beschließen das anregende Buch, das in das Bekenntnis ausklingt, das eigene Forschung und eigenes Denken dem Verfasser gebracht haben: »einen endlich wiedergefundenen Ausgleich zwischen dem religiösen Gefühl und idealem Schwung unseres Lebens mit dem Wissen um die Natur und die klare und sichere Richtung und Überzeugung, daß alles, was den Menschen zur Harmonie mit sich und zum All führt, eine Erfüllung des großen Weltgesetzes ist und nicht nur ihm sondern auch dem ganzen Menschengeschlecht frommt.« Eine Einführung in die *Versteinerungskunde* bildet das Buch Edgar Dacqués *Das fossile Lebewesen*, das als 4. Band der Sammlung *Verständliche Wissenschaft* (Berlin, Julius Springer) erschien und den Leser in souveräner Weise in das Leben der Vorwelt einführt. Zuerst findet die Schilderung des Rohmaterials statt, dann wird ein lebendiges Bild der wissenschaftlichen Paläontologie gege-

ben, wobei wir erfahren, was Steine aus der Urzeit reden können. Hierin findet auch die Paläobiologie ihren Platz in dem Abschnitt Das Lebensbild der fossilen Form. Dann folgen die Abschnitte über die Verteilung der Lebensräume fossiler Formen, Epochen der Lebensentfaltung, Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung. Den Schlußabschnitt bildet eine historische Übersicht über die Versteinerungskunde, dem noch eine erdgeschichtliche Zeittabelle mit einem Überblick über die Entfaltung des Tier- und Pflanzenreichs und die Anführung der wichtigsten Bücher über fossile Lebewesen angefügt sind. Das Buch schließt sich den bisher in jener Sammlung herausgegebenen würdig an und verdient die allerweiteste Verbreitung.

In die Geheimnisse der *Entstehung des männlichen und des weiblichen Geschlechts* führen 2 Schriften ein. Karl Edward Büsing (Die Theorien über das Geschlechtsverhältnis der Geborenen und die Geschlechtsbestimmung beim Menschen /Stuttgart, Ferdinand Enke/) wendet sich mehr an den Wissenschaftler, Friedrich Robert (Knabe oder Mädchen, nach Wunsch und Wahl der Eltern und die moderne Ehe mit dem Geburtenrückgang /Dresden, Rudolph/) an ein großes Publikum. Während Büsing darlegt, wie viele Probleme, selbst die Klärung des Knabenüberschusses, noch der exakten Lösung harren, und daß sie nur durch eine große statistische Sammelforschung geklärt werden können, glaubt Robert in der Lage zu sein genau anzugeben, auf welche Weise man nach Wunsch einen Knaben oder ein Mädchen zeugen könne.

Kurze Chronik An der Universität Berlin wird ein *Institut für Geschichte der Medizin und der Naturwissenschaften* neu errichtet. $\diamond$ Die außerordentliche Professorin für Zoologie an der Universität Berlin *Paula Hertwig* erhielt einen Lehrauftrag für Vererbungslehre. $\diamond$ Der Berliner Privatdozent und Assistent am Pflanzenphysiologischen Institut *Paul Metzner* wurde außerordentlicher Professor für Angewandte Botanik an der Universität Tübingen, als Nachfolger *Friedrich Oehlkers*. $\diamond$ Der Privatdozent für Biologie der Strahlenwirkungen *Paul Wels* in Greifswald wurde dort, als Nachfolger *Otto Riessers*, ordentlicher Professor der Pharmakologie. $\diamond$ Der außerordentliche Professor *Dankwart Ackermann* wurde Ordinarius der Physiologischen Chemie an der Universität Würzburg.

Literatur

Die erste Tiefseeexpedition der New Yorker Zoologischen Gesellschaft ist durch die gewandte Feder *William Beebes* in dem Buch *Das Arcturusabenteuer* /Leipzig, F. A. Brockhaus/ ebenso glänzend wie fesselnd dargestellt worden. Es ist erstaunlich, wie meisterhaft ein Wissenschaftler hier die bedeutendsten und unscheinbarsten Erscheinungen der Natur zu gestalten versteht, und wie die wissenschaftlichen Errungenschaften der Expedition durch die Lebendigkeit dieser Beschreibung Allgemeinheit werden. Die Ziele der Arcturusexpedition waren die Untersuchung des Sargassomeers und des Humboldtstroms. Dieser wurde nicht gefunden, und wegen der dauernden Stürme mußte die Untersuchung des Sargassomeers auf eine günstigere Zeit verschoben werden. Demgegenüber bilden die hervorragendsten Errungenschaften der Expedition die Beobachtung der großen vulkanischen Eruption auf Albemarle, das Albatrosgenist auf Hood, die Ergebnisse von Hunderten von Tauchuntersuchungen, die zeitweilige Stromkabelung im offenen Ozean, die Tiefseearbeit in der versunkenen Hudsonbucht. Es seien hier noch die schönen, zum Teil farbigen Bilder hervorgehoben, die auch bisher nie Gesehenes veranschaulichen.

Religionswissenschaft / Theodor Stegfried

Christologie Nachdem lange Zeit die Fragen der theologischen Grundlegung im Brennpunkt des

Interesses standen, wendet man sich jetzt erneut konkreten innertheologischen Problemen zu. Sofern man dabei meint von einer Grundlegung absehen zu können, weil man im selbstsichern Besitz einer eigenen Methode sei, irrt man. Aber gerade von den konkreten Problemen und ihrer Erörterung aus muß sich die theologische Perspektive prinzipiell klären lassen. Hier gilt in der Tat, wenn irgendwo, daß sich erst in der konkreten Problembearbeitung die rechte Perspektive eröffnet. Man kann nicht das Gesamtgebiet Religion überhaupt nach außen hin abgrenzen wollen, um sich erst hernach an die religiösen Einzelinhalte zu begeben, sondern an jeder Stelle muß die religiöse Perspektive von der säkularen neu abgehoben werden.

Das unternimmt *Emil Brunner*, der Züricher theologische Systematiker, in seinem umfangreichen Werk *Der Mittler* /Tübingen, J. C. B. Mohr/. Scharf wendet er sich gegen den Versuch eine Chri-

stologie auf den Eindruck, den der historische Jesus übt, zu gründen. Er kann für sich geschlossen die Dogmen- und Theologiegeschichte bis weit über die Reformationszeit hinaus in Anspruch nehmen. Wie man auch das historische Material einbaute, Christologie war primär Lehre vom gegenwärtigen Herrn der Gemeinde. Auf der andern Seite lag dieser Christologie alles an dem einmaligen Sühnegeschehen auf Golgatha. So war das Problem, wie Vergangenheit und Gegenwart zu verklammern sind. Während man aber in früheren Zeiten diese Verklammerung, wenn auch nicht in begrifflicher Klarheit, so doch implizite gewann und festhielt: durch eine eigentümliche und ebenso dunkle wie kräftige Idee der Solidarität alles Menschlichen, kraft deren der Gottmensch in der Annahme der menschlichen Natur die ganze Menschheit an sich ziehen konnte, ist im Zeitalter der Orthodoxie die Verklammerung ebenso wie die Solidaritätsidee abhanden gekommen, und die Einheit zerfiel in ein Geschehen vor so und so viel hundert Jahren und eine davon begrifflich und sachlich zu unterscheidende Aneignung seines Ertrags. Und hier begann direkt oder unter der Hülle der rationalen Kritik nun auch die religiöse Kritik, die Tatsachen, die schlechthin abseits der eigenen Existenz liegen, für gleichgültig erklärte. Der moderne Autor versucht die Verklammerung auf einem durch die Reformation vorgezeichneten Weg, indem er von Christus als dem Wort Gottes spricht. Aber es fehlt eine ausreichende phänomenologische, religionspsychologische Analyse des Worts, um diesen Gedanken fruchtbar zu machen. So fällt Brunner in jene Zweiteilung zurück, die desto unglaublicher wird, je mehr er zwar die Idee der Solidarität des Menschen und der Sünde voraussetzt, aber schlechterdings nicht klärt. Seine ganze Deduktion ruht in dieser Hinsicht auf einem x, dessen Existenz er uns versichert. Wieder ist ein fruchtbarer Ansatz verkümmert. Brunners Begründung der Notwendigkeit einer Sühne durch den Gottmenschen weist auf die Majestät Gottes hin. »Gott würde aufhören Gott zu sein, wenn er seine Majestät antasten ließe.« Die Tragweite dieser Idee ist groß. Denn an ihr hängt die ganze Christologie Brunners. Aber er selber kennzeichnet anmerkungsweise die Tragkraft seines Arguments, indem er erklärt, wir könnten uns keine andere Möglichkeit denken. Nun lassen sich einmal andere Möglichkeiten denken,

zum Beispiel die Luthers: »Als Gott... ging gräulich mit ihm umb (und schlug unter sie wie die Hunde), da hatten sie ihn nicht lieb. Da dachte Gott: Ei, ich muß es einmal also mit dir machen auch so süße, daß du mich mußt lieb haben.« Sodann ist eine bloße Denkmöglichkeit in religiösen Fragen eine geistreiche Gedankengymnastik, aber nicht mehr. Denn wenn irgendwo, gilt hier die Regel bei dem Phänomen selbst haltzumachen, nicht aber Möglichkeiten zu erfüllen. Endlich aber verscherzt Brunner den Ansatz, den er nimmt. Statt, wie er als kluger und einsichtiger Religionspsychologe wissen muß, die ganze Fülle der mit dem Sühnegedanken verbundenen Vorstellungen und Gefühle zu durchmustern, reduziert er alles auf ein juristisches Schema, demzufolge nicht etwa Gottes Liebe als überschwengliche Tiefe erscheint, die alle menschlichen Möglichkeiten durchbricht, sondern Gottes Gerechtigkeit so klein wird, daß sie von der Idee der Humanität und menschlicher Gerechtigkeit überholt ist. Um das alte mythische Schema zu retten, wird ein Götze fingiert, der unter dem Niveau menschlicher Würde steht. Das ist kein Weg den Gehalt des alten *χρηγμα* wiederzugewinnen.

Die weitgreifenden Auseinandersetzungen Brunners mit der gegenwärtigen Theologie sind scharfsinnig und lehrreich, wie überhaupt seine Kraft in scharfer, zugleich umsichtiger Gedankenprägung liegt.

Luther Erstmals als Einzeldruck und in deutscher Übersetzung erschien Martin Luthers Vorlesung über den Römerbrief von 1515-1516, übertragen von Eduard Ellwein /München, Chr. Kaiser/. Diese in den letzten Jahren vielgenannte Luthervorlesung zeigt in voller Entfaltung die Grundanschauungen, aus denen heraus Luther zum Reformator wurde. Bei dem Interesse, daß die Theologie heute Luther zuwendet, ist diese Herausgabe besonders verdienstlich. Die Übersetzung ist gediegen und läßt die plastische und eindringliche Art des Lehrers Luther gut zur Geltung kommen.

Das einst berühmte Lutherwerk Theodosius Harnacks, des Vaters Adolf von Harnacks: Luthers Theologie mit besonderer Beziehung auf seine Versöhnungs- und Erlösungslehre, kam, von Oskar Grether herausgegeben, in 2 Bänden im Verlag von Chr. Kaiser in München neu heraus. Das Werk zeigt Luther in der Tat von einer Seite, die heute von besonderm

Interesse ist. Geschrieben im Kampf gegen den Liberalismus, will es doch nicht nur die dogmatischen Bindungen Luthers historisch herausstellen sondern gerade Luthers Kraft und Weite in der Durchdringung und Verarbeitung des alten Stoffs zeigen. Auch jetzt tritt es der Sache nach als Kampfbuch gegen Modernisierungsversuche auf den Plan. Aber man wird sich nicht verhehlen können, daß gerade Forscher wie Karl Holl, denen eine Modernisierung Luthers zum Teil mit Recht vorgeworfen wird, den Zugang zu Luther wieder erschlossen haben, und daß heute das Werk Theodosius Harnacks gerade auf diesem Hintergrund als ein weiterer Schritt zur Vertiefung in Luther lebendig wird.

Kurze Chronik Von der Theologischen Fakultät der Universität Berlin wurden die folgenden

Preisaufgaben für 1928-1929 gestellt:
1. »Die sogenannten Marcionistischen Prologe zu den Paulusbriefen sollen auf ihre Herkunft und auf ihr Verhältnis zur lateinischen Bibel untersucht werden.«
2. »Es soll der Begriff der Ehre als ein Fundamentalbegriff christlich-sittlicher Lebenshaltung nach seiner individuellen Bestimmtheit wie nach seiner sozialen Auswirkung (die Geschlechtsehre, Familienehre, Arbeits- und Berufsehre usw.) allseitig untersucht und gewertet werden.«
◇ Zwischen der Evangelischtheologischen Fakultät Gießen und der Hochschule für die Wissenschaft des Judentums in Berlin findet ein *Austausch von Gastvorlesungen* statt. ◇ Im November 1928 kündigte der österreichische Bundeskanzler Seipel die Begründung einer katholischen Universität in Salzburg an. ◇ Zum Nachfolger des Berliner Systemikers Reinhold Seeberg wurde *Wilhelm Lütgert* aus Halle bestimmt. Sein Werk über Christentum und Idealismus ist viel genannt worden. ◇ Den Rostocker Lehrstuhl Friedrich Baumgärtels, der nach Greifswald ging, hat der Leipziger Privatdozent *Gottfried Quell* übernommen. ◇ Der Königsberger Ordinarius für Neues Testament *Erich Klostermann* geht an die Universität Halle, als Nachfolger Paul Feines. Klostermann war mehrere Jahre im Auftrag der Kirchenväterkommission der Berliner Akademie der Wissenschaften an ausländischen Universitäten tätig. Die Ergebnisse seiner Studien erschienen dann, von der Akademie veröffentlicht, in dem 3bändigen Werk *Die griechischen christlichen Schriftsteller der ersten 3 Jahrhunderte*.

Literatur

In dem großen, von liberalen Theologen bearbeiteten *Grundriß der theologischen Wissenschaften* (Tübingen, J. C. B. Mohr/erschien in 5. Auflage *Heinrich Weinels* Neutestamentliche Theologie. Dieses Buch, das die religionsgeschichtliche Perspektive in die Disziplin der neutestamentlichen Theologie einführt, hat Epoche gemacht. In der neuen Auflage wendet der Verfasser seine alte Methode gegen die sogenannte dialektische Theologie. »Deutung von einem Weltplan Gottes aus ist ebenso wie das unmittelbare Gott Begegnen in dieser Geschichte des Urchristentums oder in diesem Buche der Bibel nicht Sache der Wissenschaft, auch nicht der Theologie.« Die starke Verkürzung des Werks, die aus technischen Gründen erforderlich war, hat dem Verfasser, der seit einigen Jahren systematischer Theologe ist, leider nicht gestattet im Rahmen der Einleitung dieses Werks die einst dafür in Aussicht gestellte prinzipielle Grundlegung umfassender durchzuführen. Auf die neuere und neueste Entwicklung der historischen Forschung ist allenthalben eingegangen.

Rechtswissenschaft / Karl Steinhoff

Staatsrecht und Politik

Das Thema hat in der heutigen Zeit seine besonders aktuelle Bedeutung. Unter der Monarchie, die in ihrer herrschenden Schicht eine einheitliche Auffassung vom Staat, nämlich die monarchische, repräsentierte, war die Frage, ob das Staatsrecht eine politische Einstellung voraussetze, weder für die Regierung noch für die Staatsrechtslehre akut. Denn daß die damalige Staatsrechtslehre monarchisch zu sein hatte, war nach Tradition und Werdegang der Beteiligten eine Selbstverständlichkeit, die dazu führte bewußt oder unbewußt die monarchische Haltung gegenüber dem Staatsrecht als etwas Gegebenes voraussetzen, das mit Politik nichts zu tun hat. Alle Staatsrechtslehre hatte in maiorem regis gloriam auf eine Verherrlichung des monarchischen Staatsgedankens herauszukommen, hatte alle Formen und Verzweigungen des Staatsrechts unter diesem einheitlichen Gesichtspunkt zu betrachten, hatte sogar bisweilen die unverkennbare Neigung rein parteipolitischen Auffassungen der Konservativen Partei die staatsrechtliche Prägung zu geben. Staatsrechtslehre war nicht nur Dogmatik, das heißt Beschreibung der geltenden Staatsrechts-

zustände (obwohl sie es bisweilen zu sein vorgab) sondern zugleich eine geschichtliche und rechtsvergleichende Rechtfertigung des herrschenden staatlichen Systems, also eine ganz und gar politische, und zwar einseitig monarchisch-konservative Staatsrechtslehre. Hätte es ein Staatsrechtslehrer damaliger Zeit gewagt etwa an den verfassungsmäßigen Rechten der Person des Monarchen oder an der Stellung des Bundesrats Kritik zu üben, so wäre ihm diese Vermessenheit übel bekommen. Die Wissenschaft und ihre Lehre waren nur so lange frei, als sie ihre Freiheit in den Schranken einer, wie man lehrte, gottgewollten Abhängigkeit benutzte. Wenn damals einige Staatsrechtslehrer glaubten das Staatsrecht rein dogmatisch ohne Zuhilfenahme politischer Anschauung gleichsam als reine Rechtswissenschaft konstruieren zu können und zu konstruieren, so war dies eine Illusion, die sich aus der Tatsache erklärte, daß die monarchische Staatsidee unverrückbar und aller Politik entzogen sei. Heute leben wir in Deutschland im 11. Jahr des republikanisch-parlamentarischen Verfassungssystems. Die Wissenschaft und ihre Lehre sind nach verfassungsmäßiger Garantie frei. Aber darf der Staat deswegen darauf verzichten die Lehre von seinem eigensten Recht, dem Staatsrecht, in die Hände republikanischer Rechtslehrer zu legen? Staatsrecht ohne Politik ist eine Spielerei oder eine Unehrllichkeit. Staatsrecht, das Inhalt hat, das mit realen Maßstäben mißt, das keine wesenlose Dogmatik ist, muß politisch Stellung nehmen, ist eine höchst politische Angelegenheit. Da dies im Ernst niemand, auch kein Staatsrechtslehrer, bestreiten kann, so ist man, um eine Politisierung des Staatsrechts zu verhindern, auf einen andern Ausweg verfallen. Man argumentiert mit der These, daß alle parteipolitische Beeinflussung von der Staatsrechtswissenschaft ferngehalten werden müsse. Diese habe sich lediglich an der Nation als solcher und an den einzelnen Staatsrechtsfragen nationaler oder internationaler Art zu orientieren, nicht jedoch an der Staatsform, die dem ständigen Wechsel unterworfen sei. Dann wird das Ende der Wissenschaft an die Wand gemalt, wenn die parteipolitische (gemeint ist die republikanische) Gesinnung für die Besetzung von Lehrstellen des Staatsrechts maßgebend würde. Man täusche sich nicht: Die Frage, wer der kommenden Generation an den Universitäten deut-

sches Staatsrecht beibringt, ist ernst. Jede Toleranz in diesem Punkt bedeutet eine Niederlage der Republik. Wir verlangen keine byzantinische Verherrlichung des geltenden Staatsrechts. Jede Kritik, die zu jeder lebendigen Wissenschaft und also auch zur Staatsrechtswissenschaft gehört, ist gerade im demokratischen Staat unbenommen. Aber sie soll von der Liebe zur Staatsform getragen sein. Denn nur in diesem Geist kann das Staatsrecht der Republik sachgemäß ausgelegt und gelehrt werden. Für Staatsrechtslehrer, die dieser Voraussetzung nicht genügen, kann in amtlichen Lehrstellen der Republik aus diesem Grund kein Platz sein. Sie mögen die ihnen garantierte Freiheit der Wissenschaft als freie Forscher betätigen.

Strafzweck Über den Zweck der Strafe herrscht bekanntlich ein heftiger Schulstreit, der durch die Worte Vergeltungsstrafe, Sicherungs- und Besserungsstrafe sowie Abschreckung gekennzeichnet wird. Die Fassung, die der Strafrechtsausschuß des Deutschen Reichstags dem § 69 des Entwurfs 1927 gegeben hat, entscheidet diese Frage zugunsten der, wenn auch gemilderten Vergeltungsstrafe. Er lautet: »Bei Bemessung der Strafe hat das Gericht hauptsächlich abzuwägen, inwieweit die Tat auf einer verwerflichen Gesinnung oder Willensrichtung des Täters, und inwieweit sie auf Umständen beruht, die dem Täter nicht zum Vorwurf gereichen. Es soll dabei berücksichtigen: die Beweggründe und den Anreiz zur Tat, den Zweck, den der Täter verfolgt hat, die Nachhaltigkeit des zur Tat aufgewendeten Willens und die angewendeten Mittel; das Maß der Einsicht des Täters und den Einfluß krankhafter oder ähnlicher Störungen auf seinen Willen; das Vorleben des Täters, seine persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse zur Zeit der Tat und der Aburteilung; die verschuldeten Folgen der Tat; das Verhalten des Täters nach der Tat, insbesondere, ob er sich bemüht hat den Schaden wieder gutzumachen, der durch die Tat entstanden ist.« Es soll hier nicht untersucht werden, ob diese Auffassung der Strafe dem Stand des Volksempfindens und der modernen Wissenschaft entspricht. Als Vergeltungsstrafe ist sie jedenfalls als ein Übel gedacht, das dem Täter als Vergeltung für das begangene Unrecht nach Maßgabe seiner Schuld zugefügt wird. Nun ist aber behauptet worden, daß

mit dieser durch § 69 des Entwurfs sanktionierten Auffassung der Strafe der § 64 des Entwurfs eines Strafvollzugsgesetzes im Widerspruch stehe. Dieser bestimmt: »Durch den Vollzug der Freiheitsstrafe sollen die Gefangenen, soweit es erforderlich ist, an Ordnung und Arbeit gewöhnt und sittlich so gefestigt werden, daß sie nicht wieder rückfällig werden.« Unstreitig tritt hier das Erziehungs- und Besserungsmoment als der eigentliche und einzige Strafzweck hervor. Wenn darum jener Widerspruch tatsächlich bestünde, müßte er allerdings schwere Bedenken auslösen. Denn es könnte unmöglich angehen, daß in 2, obendrein sich ergänzenden Gesetzen der Zweck der Strafe nach sich widersprechenden Auffassungen beurteilt würde. Bei näherer Betrachtung ist jedoch ein solcher Widerspruch nicht vorhanden. Denn das Element der Schuld und damit der Vergeltung schließt das Element der Erziehung und Besserung keineswegs aus. Die Auffassung der Strafe als Vergeltung für begangenes Unrecht besteht durchaus neben der modernen und unbedingt zu bejahenden Auffassung des Strafvollzugs als einer Maßnahme der Erziehung und Besserung. Der Zweck der Strafzumessung kann sehr wohl von dem der Strafvollstreckung verschieden sein. Denn etwas anderes ist die Sühne für die Tat, die sich im Strafmaß ausdrückt, etwas anderes das Ziel, das man der Vollstreckung dieser Strafe steckt. Man mag deshalb zur Vergeltungsstrafe stehen wie man will, sie verträgt sich durchaus mit dem Grundsatz der Erziehung und Besserung, der das oberste Ziel allen Strafvollzugs sein muß, wie er im § 64 des Entwurfs eines Strafvollzugsgesetzes zum Ausdruck kommt.

Totenliste

Am 26. August 1928 starb in Hamburg der bedeutende Kriminalist *Moritz Liepmann*, im Alter von 59 Jahren. Er war, erzogen in der Schule von Liszt, ein leidenschaftlicher Vorkämpfer der Spezialprävention und der zweckentsprechenden Behandlung des Verbrechens nach seiner Gefährlichkeit. Besonders Aufsehen erregte sein Gutachten über die Kommunistenprozesse des Reichsgerichts, das die politische Rechtsprechung des höchsten deutschen Gerichts als juristisch ganz und gar unhaltbar verurteilte.

Am 30. August starb im Haag der Professor an der Pariser Universität *André Weiss*, 70 Jahre alt. Er war einer der

führenden Männer der internationalen Rechtswissenschaft und unter anderm Vizepräsident des Weltgerichtshofs im Haag. Sein Handbuch des internationalen Rechts, das 6 Teile umfaßt, wird als das klassische Werk auf diesem Gebiet anerkannt. Er gründete auch die Internationale Akademie für Vergleichende Rechtswissenschaft.

Am 9. Oktober starb, wie hier schon in der Rundschau Sozialpolitik (1928 II Seite 994) berichtet wurde, der Berliner Universitätsprofessor *Walter Kaskel*, eine Autorität auf dem Gebiet des Arbeitsrechts. Als erster und in einzigartiger Weise hat er die junge Disziplin des Arbeitsrechts systematisch erfaßt und geordnet und ihr dadurch den Platz in der Wissenschaft erobert, der ihr zukommt. Mit dieser Krönung seines Lebenswerks, das in seinem Buch *Arbeitsrecht* /1925/ niedergelegt ist, ist sein Name für alle Zeiten mit der Geschichte der Rechtswissenschaft verknüpft.

Am 25. Oktober starb in Berlin der Ordinarius für Bürgerliches und Handelsrecht an der Handelshochschule *Paul Eltzbacher*, in seinem 61. Lebensjahr. Sein Arbeitsgebiet war neben dem Handelsrecht die Rechtsphilosophie. Die Universität Königsberg erlitt durch den Tod des Professors *Otto Schreiber*, der am 24. Januar 1929 im Alter von 47 Jahren starb, einen schweren Verlust. Schreiber ist als Begründer des vorbildlichen Instituts für Luftrecht bahnbrechend für diese neue Rechtsdisziplin geworden und hat sich dadurch verdienten internationalen Ruf erworben.

Kurze Chronik Die *französische Militärjustiz* im besetzten deutschen Gebiet bestimmt jetzt, daß der Angeklagte im Beisein der Verteidigung vernommen werden soll. Haus-suchungen dürfen überhaupt nur noch in Anwesenheit des Richters und eines deutschen Beamten vorgenommen werden. Die Funktionen des Untersuchungsrichters und des Militärstaatsanwalts sollen streng von einander getrennt sein. Durchweg Bestimmungen, die man allgemein beachten sollte. ♦ Der Freiburger Professor *Hermann Kantorowicz* wurde Ordinarius an der Universität Kiel, als Nachfolger Gustav Radbruchs. Er hat eine große Reihe bedeutender wissenschaftlicher Arbeiten publiziert, unter denen die erste, die 1906 unter dem Pseudonym Gnaeus Flavius veröffentlichte Streitschrift *Der Kampf um die Rechtswissenschaft*, besonderes Auf-

sehen hervorrief und leidenschaftliche öffentliche Diskussion bewirkte; es wurde in ihr das damals völlig neue Programm der sogenannten Freirechtsschule entwickelt. Kantorowicz ist ein Wissenschaftler von lebhaftem Geist und vielseitigen Interessen, die er auch literarisch und sonst in der Öffentlichkeit betätigt: nicht immer gerade glücklich, wie in der Außenpolitik, in der er durch eine naive Anglophilie befangen ist; aber stets mit Darlegungen von einem in der deutschen offiziellen Wissenschaft nicht gewöhnlichen Format und daher stets Interesse erregend. ◇ Der bekannte Völkerrechtslehrer und Publizist *Hans Wehberg*, der, wie hier schon gemeldet wurde, an das Genfer Institut für Internationale Hochschulstudien berufen ist, hielt dort seine Antrittsvorlesung als Professor für Völkerrecht über das Thema Die Pflichten der Völkerrechtslehrer in Krisenzeiten. ◇ Der Ministerialdirigent im Preußischen Justizministerium und Präsident des Landesamts für Familiengüter *Oskar Klässel* erhielt einen Lehrauftrag für Agrarrecht in der Juristischen Fakultät der Universität Berlin. ◇ Zum Nachfolger des nach Bonn berufenen Strafrechtslehrers an der Universität Heidelberg *Richard Thoma* wurde *Walter Jellinek* aus Kiel bestimmt; er ist der Sohn des berühmten Heidelberger Rechtsgelehrten *Georg Jellinek* und erhält somit den Lehrstuhl, den ehemals sein Vater innehatte.

Literatur

In Neuauflage erschien *Eugen Ehrlichs* Grundlegung der Soziologie des Rechts /München, Duncker & Humblot/. Wenn sich auch die Anschauungen seit 1913 erheblich gewandelt haben, so kann der Verfasser auch heute noch auf ein offenes Ohr rechnen, da insbesondere die rechtshistorischen Ausführungen nach wie vor Interesse beanspruchen. ◇ Grundverhältnisse des Arbeitsrechts /Berlin, Reimar Hobbing/ betitelt *Lutz Richter* seine Darstellung des gesamten Arbeitsrechts. Er hat in klarer und übersichtlicher Form den gesamten Komplex des Arbeitsrechts in den Grundzügen behandelt, ohne sich in Einzelheiten oder theoretische Streitfragen zu verlieren. Die Darstellung kann als willkommene Einführung in die arbeitsrechtlichen Verhältnisse gewertet werden. ◇ Der Landgemeindeverlag in Berlin brachte unter dem Titel Das neue Jugendwohlfahrtsrecht ein sehr instruktives Werk heraus. Der Verfasser, *Wolfram*

Hodermann, behandelt in systematischer Form das Rechtsgebiet, ohne Beschränkung auf das Formaljuristische, und zieht den rechtsphilosophischen und soziologischen Inhalt gebührend heran. Ein weiterer Vorzug liegt in der glücklichen Vereinigung von Theorie und Praxis, wobei die Arbeit der Behörden wie der freien Wohlfahrtspflege hinreichend berücksichtigt sind. ◇ Als Ergänzung zu seinem Buch Die deutsche Justiz (siehe darüber diese Rundschau, 1928 II Seite 919 und folgende) legt *Eugen Schiffer* den Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des deutschen Rechtswesens nebst Begründung vor /Berlin, Otto Liebmann/. Der Entwurf enthält die Quintessenz seines hier besprochenen Buchs in gesetzgeberischer Form. ◇ Für die Schriftenreihe Du und der Staat, herausgegeben von Hans Goslar und H. Hirschfeld /Berlin, Gersbach & Sohn/, schrieb *Werner Feiser* unter dem Titel Eine Stunde Justiz eine lehrreiche Abhandlung über die brennenden Tagesfragen der Justiz. Zweifellos wird die Schrift dazu beitragen weitere Kreise der Bevölkerung über die derzeitigen Probleme des Rechts im republikanischen Sinn aufzuklären und so an der Fortentwicklung dieses Rechts selbst innerlich zu beteiligen. ◇ Der Freiburger Universitätsprofessor *Fritz Marschall von Bieberstein* hat seine im Jahr 1925 gehaltene akademische Festrede vom Kampf des Rechts gegen die Gesetze veröffentlicht /Stuttgart, W. Kohlhammer/. Das in der Rede verarbeitete Material ist recht vielseitig, und die Problembehandlung nicht uninteressant. Leider enthält die Ansprache eine Reihe ungebührlicher Ausfälle gegen das damalige Oberhaupt des Deutschen Reichs *Friedrich Ebert* und den heutigen Staat, derentwegen der Redner seinerzeit von der badischen Regierung mit einem Verweis bestraft wurde. Er versucht sich im Nachwort zu rechtfertigen und seine Bestrafung als Verletzung der akademischen Lehrfreiheit hinzustellen. Die republikanische Öffentlichkeit wird es ablehnen diesen Ausführungen zu folgen, wenn sie auch von seinem Standpunkt aus verständlich erscheinen. ◇ Das 1903 zuerst veröffentlichte Werk *Anton Mengers* Das bürgerliche Recht und die besitzlosen Volksklassen kam in 5. Auflage neu heraus /Tübingen, H. Laupp/. Das Buch ist heute noch, da es die ungelöste Kernfrage der Gestaltung des privaten und öffentlichen Rechts, wiewohl nicht vom sozialistischen Stand-

punkt aus, behandelt, mit Gewinn und Genuß zu lesen. Es bringt keine Lösung des Problems, wohl aber scharfe Problemstellung und bedeutende Anregungen zur Lösung. $\diamond$ Als 1. Heft einer vom Fairnessverlag in Berlin herausgebrachten Schriftenreihe Ergänzungen zur Justiz ist eine Schrift *Wilhelm Brönners* Unrecht, von dem nicht die Rede ist, erschienen. Das Buch behandelt in vielfach geistvoller, bisweilen jedoch zu weitschweifiger Art die von ihm so genannten Kryptokriminellen. Diese vom Räderwerk der Justiz nicht erfassbaren, jedoch nicht minder gefährlichen Schädlinge der Allgemeinheit werden an zahllosen Beispielen zutreffend geschildert. Ob das vom Verfasser gegen diese Art Sozialschädlinge vorgeschlagene Mittel der ethischen Justiz in Form ihrer gesellschaftlichen Deklassierung eine wirksame Bekämpfung des Übels darstellt, mag bezweifelt werden. Diese Übel, die ihre tiefsten Wurzeln in der gegenwärtigen Wirtschafts- und Gesellschaftsform haben, können erst mit der Änderung dieses Zustands beseitigt werden. $\diamond$ Im 10. Band der Wiener Staats- und Rechtswissenschaftlichen Studien, herausgegeben von Hans Kelsen /Wien, Franz Deuticke/ werden die rechtstheoretischen Grundlagen des sogenannten Sowjetstaats von *B. Mirkin-Getzewitsch* behandelt. Der Verfasser, ehemals Privatdozent an der Juristischen Fakultät der Universität Petersburg und zurzeit Professor am Institut des Hautes Etudes Internationales in Paris, hat in ausgezeichnete Darstellung und wissenschaftlicher Tiefgründigkeit die Grundlagen des bolschewistischen Verfassungs- und Gesetzesrechts herausgearbeitet. Er hat damit einen für Deutschland neuen und interessanten Beitrag zur Erkenntnis des in Rußland zurzeit offiziellen Rechts- und Staatswesens geliefert. $\diamond$ Eine reizvolle Studie stellt die Schrift *Emmerich von Stefenellis* Die Wahrheit über die römische Frage /München, Franz A. Pfeiffer/ dar. Sie unternimmt es nachzuweisen, daß das Garantiesetz völkerrechtlich nur teilweise Geltung erlangt habe, und der Papst heute noch souveräner weltlicher Fürst sei. Eine unerwartete Bestätigung dieser These brachte das am 11. Februar im Lateran unterzeichnete Übereinkommen zwischen der fascistischen Regierung und dem Papst, das die Aussöhnung zwischen dem Vatikan und dem Quirinal vollzog; denn es beruht auf der Anerkennung eines Kirchenstaats unter der Souveränität des Papstes.

KUNST

Dichtkunst / Max Hochdorf

Lyrik

Max Fleischer übersetzt
chinesische Lyrik und nennt
diese Sammlung der Ge-

lehrsamkeit und der Formenkunde und Verskunst den Porzellanpavillon /Wien, Paul Zsolnay/. Der Übersetzer liebt offenbar von deutscher Poesie das Glatte, leicht ins Ohr Klingende. Er überträgt nun nach dieser Neigung alles Fremdartige. Es ist echtes Chinesentum, das hier verdeutscht wird, Schi King und Li Tai Pe, es ist Poesie aus allen Monarchen- und Dichterdynastien; und es ist doch nur deutsche Reimerei. Wie schön sind dagegen die scheinbar pedantischen Verdeutschungen trockener Schriftgelehrten, die gar nicht den Ehrgeiz zeigen die Unzugänglichkeit der fremden Form zu mildern. Man braucht nur eine Zeile hier und da herauszunehmen, und sofort rechtfertigt sich diese Kritik. Beispiel:

„Die alten Häuser fallen ein,
Du aber bist und wirst noch sein.“

Ob solche Lyrik nach dem Chinesischen gereimt, oder ob sie vom Originalingenium hervorgebracht wird, das ist ziemlich gleichgültig. Entscheidend ist die Glätte. Nicht das erwünschte Temperament, nicht der Eigensinn und auch nicht die Ungeschicklichkeit siegen, es bändigen Zivilisation und Routine den Vers.

Die neuen Verse *Oskar Neumanns* heißen Flucht aus der Zeit /Preßburg, C. F. Wigand/. Sie setzen also die alten voraus. Neumann ist ein Lyriker, der sein Talent in schöne Kategorien einzuteilen vermag. Er geht nicht einmal sehr ausgehöhlte Wege. Er gehört trotzdem zur großen Zahl der kultivierten Schriftsteller, die gerade in der Tschechoslowakei als deutsche Lyriker so fleißig schreiben und nur den Unsegen mit sich herumschleppen müssen, daß sie sich so zwillingbrüderlich ähneln. Das Gefühl ist dabei gar nicht dem Lyriker Oskar Neumann abzusprechen. Aber er wartet nicht lange genug, um die Empfindung durch das Wort zu destillieren. Seine Lyrik ist ein anmutiger Verwandtschaftsgesang.

Der Arbeiterjugendverlag in Berlin bringt in sorgfältig gedruckten und auch originell geschmückten Miniaturbändchen die Lyrik von Werkleuten und Wandersleuten. Alle diese Dichter sind nicht immer mehr ganz jung, sie gehören wirklich zur Arbeiterklasse. Sie wurden kaum bürgerlich geboren, sie berührten nur die bürgerliche Erziehung, die den Bessergestellten zuteil werden kann. Sie muß-

ten ein Handwerkszeug nehmen oder aber früh als ungelernete Arbeiter schuf-ten. Sie traten in die Agitation ein. Ihre Arbeitsstätte war die Proletarier-, sogar die Proletenstube. Vor einem wurden sie dabei bewahrt: vor dem Artistentum. An dieser Sammlung von Arbeiterdichtungen, die wirklich mit viel Spürsinn zusammen-gestellt wurden, fällt gerade die Buntheit der Gaben auf. Die Arbeiterdichter unterscheiden sich viel mehr von einander als die bürgerlichen Poeten, obwohl sie viel weniger Gelegenheit finden der Stoff-buntheit des gesamten Weltendaseins ganz nahezukommen.

Die Gedichte Julius Zeffass' heißen Glühende Welt. Alfred Thieme nennt sein Bändchen Hammer und Herz. Ernst Pre-czang das seine Röte dich, junger Tag! Walter Schenks Gedichte sind Kampf-jugend betitelt. Aus dem Erbe Gerrit Engelkes wurde ein Gesang der Welt zu-sammengetragen. Heinrich Lersch zieht aus seinen vielen Bänden das kleine Buch Stern und Amboß heraus. Die Gedichte Hermann Claudius' heißen Lieder der Unruh. Claudius dichtet am liebsten mit weit ausschwingenden Rhythmen, pathe-tisch, zum Pompösen strebend:

»Alles, was mein Ohr bewahrt in seinen Labyrinthengängen

Rätselsam — wer will's daraus verdrängen?»

Propaganda ist Walter Schenk. Doch liegt unzweifelhaft Schwung in seinem sozialistischen Paradeschritt:

»Hebt die Stirnen hoch, ihr Jungen,
Hebt die Herzen in den Tag,
Daß sie, hell vom Licht durchdrungen,
Tönen reinen Freudenschlag.«

Das ist Lyrik, die nicht auf Literatur spekuliert, nur die Teilnahme der gleich-gestimmten Kameraden fordert.

Auch von den jungen Arbeiterdichtern wird vielleicht wenig bleiben. Einer von ihnen sprengt allerdings den Bezirk des Mäßigen und gedanklich Lobenswerten: Theodor Kramer, dem die Stadt Wien einen munizipalen Lyrikerpreis schenkte, und der seinen Gedichtband Die Gauner-zinke taufte /Frankfurt, Rütten & Loening/. Der Titel weist auf Vagabunden-, sogar auf gefährliches Landstreichertum. Er ist viel weniger als das Buch. Oft war von Lyrikbüchern das Gegenteil zu sagen. Dieser Theodor Kramer ist seit Jahren wieder einmal etwas ganz Neues, ein nirgends gebundener, ein nur von den Dingen und der Form geschundener Lyriker. Er ist ein Mensch, der höchst artistisch im Ordinären und höchst ordi-när im Artistischen ist. Er findet die kuriosesten Reime, ohne sie zu suchen.

Er schafft sich das Ideal, das er braucht, Balladen oder beschreibende Naturge-dichte, Rinnsteinlieder oder auch psal-menartiger Aufschrei: alles das gehört zum Ton dieses jungen Lyrikers:

»Ins Wirtshaus will ich, ins braune, gehn
Und tun einen tüchtigen Schluck,
Einen tüchtigen Schluck für mein blödes Gemüt
Und beten, daß Gott mich Versoffnen behüt
Für Herbstes und Winters Geduck.«

Das letzte Buch Victor Auburtins, den wir vor einigen Monaten begruben, ent-hält wieder die zarten Gedichte in Prosa, deren Meister Auburtin einstmals war. Einer bläst die Hirtenflöte heißt dieser dünne Band /München, Albert Langen/. Wirklich, dieser Tagesschriftsteller mit der Baudelaireschen Melancholie und mit der Sokratischen Heiterkeit war ein lie-benswürdiger Pan, keiner von den bitter-ren, einer, der stets lächelte und die An-mut auch dann behielt, wenn Schmerz ihn plagte. Er hatte das Recht zu dem Klagegedicht über die Ungerechtigkeit Gottes, der alle die Monarchen und Bo-xer zu Heroen machte, die Dichter und Philosophen aber leer ausgehen ließ. Auburtin schrieb in einer Fabel, die eines antiken Weisen würdig wäre, den stillen Satz: »Das ist das Reich des Geistes, auf das wir lange warten können.« Wir wissen, wie peinvoll er dieses Reich ent-behrte, wie sehr er es verdient hätte.

Roman

Die Schriftstellerin Thea von Harbou ist nicht schüchtern, wenn sie aus der Gegen-wartswelt imponierende Persönlichkeiten heraushebt. Sie phantasiert um tolle Ge-waltskerle, die in einem eisernen Schä-del ein göttliches Gehirn beherbergen und dann auf der Erde einen Gewalts-und Zukunftsstaat erbauen, wie sich ihn der phantastischste Spießbürger nicht großartiger vorstellen kann. Der Roman Metropolis /Berlin, August Scherl/, nach dem der bekannte Film hergestellt wurde (siehe die Rundschau Bewegungskunst, 1927 I Seite 162 und folgende), ist in der Idee ein besonders unerquickliches Werk, weil nämlich die Schriftstellerin von den Grundsätzen des Sozialen, des Tech-nischen, kurz von der gesamten Ökono-mik unserer Zeit, gerade so viel wie ein Sperling versteht, sich aber das An-sehen einer enzyklopädischen Kennerin und himmlischen Proletin gibt. Als es uns in Deutschland materiell so misera-bel ging, waren solche sozialen Phan-tastereien sehr beliebt. Die Inflation der ökonomischen und politischen Schwär-mer hat aber jetzt abgewirtschaftet.

Was soll überhaupt alle leere, von schlechten Zeitrechnern erdichtete Scheinwelt? Näher stehen uns schon die kleinen Idyllen, sogar mit der angekränkelten, verwaisten, vom vorhandenen oder erfundenen Urschöpfer etwas benachteiligten Kreatur. Wir werden auch in unserm moralischen Willen gestärkt, wenn wir sehen, daß selbst ein kleiner, geistig nicht hervorragender Mensch es fertigbringt die 70 Jahre seines Daseins einigermaßen zu überstehen. Der Skandinave *Gabriel Scott* erzählt von solchem kleinen Helden, von Kristoffer mit dem Zweig /Lübeck, Otto Quitzow/. Das war ein verwahrlostes, geistig und körperlich schwächliches Bürschlein, als es anfang sich an das Leben zu gewöhnen. Das wurde bei guten und böartigen Wohltätern herumgestoßen und entwickelte sich trotzdem zu einem großen Tierfreund. Der Tierfreund und Meister der unbeseelten Geschöpfe erwarbs sich schließlich so viel Achtung, daß er auch als Menschenfreund respektiert wurde. Solch winziger und bescheidener Aufstieg ist ein sehr erquickliches Thema. *Gabriel Scott* hat es gefunden und in seiner kraftvollen und trotzdem naiven norwegischen Sprache in einem guten Buch nacherzählt und variiert.

Andere wollen ins Massige. Siehe *Walter Mehring*. Sein Roman heißt *Paris in Brand* /Berlin, Th. Knaur Nachfolger/. Aber was die Fabel hergeben, was das Fundament für die Ereignisse sein sollte, also der soziale Inhalt, auch das Beweisstück für die Menschheits- und Bürgerliebe des Schriftstellers, zerrinnt eigentlich, *Walter Mehring*, der doch in der Übertriebenheit so Lobenswertes und sogar Außerordentliches leistete, der beste Chansonnier unter den deutschen Lyrikern, der bis zur Großartigkeit ausfallende Bänkelsänger, schrumpft ganz zusammen, wenn er ins Breite gehen, wenn er episch werden will. Er kann nicht erzählen, er kann nur hochschwingende Feuilletons über Pariser Zustände schreiben oder den Stil irgendeiner Chronik nachahmen. Will er dann einen lebendigen Menschen atmen lassen, einen journalistischen Schieber, wie er ihn sich vorstellt, dann entgleitet ihm alles unter der Feder. Einzelne Kapitel glitzern und blinken freilich. Aber die Menschen sind nur Kuriositäten, Cabaretgeschöpfe, in Prosa übertragene Chansonfiguren. Alles, was von dem Mehringschen Roman gesagt wurde, trifft auch auf das Buch *Erwin Seddings Jazzyn* /Berlin, Weltbücherverlag/ zu. Nur ist dieser

Roman noch unerquicklicher, weil der Schriftsteller nicht einmal beobachtende Augen in der Stirn führt. Es ist ein aufgeschwemmtes Feuilletongerede. Der Alltag des Tingeltangels und der Bars wird zelebriert. Es liegt nicht am Stofflichen, daß alles so dünn erscheint.

Nachdem wir die Romane von der Elephantiasis Amerikas überreichlich lesen mußten, spekulierten die Verleger auch mit dem angelsächsischen Familienroman. Es gibt da in der Inselmonarchie und in der transatlantischen Republik eine unheimliche Masse von Schreiberinnen, die sich nicht wesentlich von den deutschen Spießbürgerinnen der Feder unterscheiden, in manchem hinter ihnen zurückstehen, aber trotzdem immer noch für wert befunden werden auf den deutschen Büchermarkt zu gelangen, weil sie eben aus Angelsachsenland kommen; sie finden ihren Zulauf in Berlin auf dem Kurfürstendamm genau so sicher wie das amerikanische Restaurant, gleichviel wie die Speise bereitet ist. Der Familienroman *Die Towers von Glenway Wescott* /Wien, F. G. Speidel/ ist ganz unwesentlich. Das ist die Chronik von kleinen Leuten, denen es schlecht und gut geht, die Kinder und Kindeskind in die Welt setzen, hübsche und häßliche, dumme und unternehmungslustige. Man guckt ein wenig in das amerikanische Landleben und in kleine Städte. Nun gut. Doch wozu das? Auch *Elizabeth Madox Roberts'* Roman *Seit Menschengedenken* /Berlin, S. Fischer/ unterscheidet sich durch gar nichts, weder durch Talent noch durch Größe der Weltauffassung, von der durchschnittlichen deutschen Familienblattliteratur. Das ganze Buch liest sich so, als wenn eine Siedlungsgesellschaft eine predigende Schriftstellerin angeworben hätte. Und nun sollen wir in Deutschland glauben, daß drüben eine ganz neue landständige Literatur entstanden sei. Neben solcher (nicht unterhaltsamen) Unterhaltungsliteratur gibt es aber auch Neues. So hat es nicht nur Reiz sondern auch Wert in die amerikanische Kleinbürgerlichkeit hineinzuschauen, wie sie *Julien Green* in dem Roman *Mont-Cinère* /Wien, F. G. Speidel/ beschreibt. Man sieht da, wie sich im angeblich freiesten Erdteil Mutter und Kind um Hausplunder und Souvenirs der Tradition herumzanken. Diese Amerikaner, die nach dem Weltbild der deutschen Intellektuellen das Neue, die Jugend, den Rhythmus der Zeit in sich haben, sind in primitiver Kleinbürgerei stecken geblieben. Die wenigen, die revolutionär

aus dieser geschlossenen Bourgeoisie hervordrängen, genügen nicht, um ihre Gesellschaftsklasse moralisch und materiell vollkommen zu demolieren, und das aus allen Völkern Europas zusammengewürfelte Proletariat hat noch nicht die richtigen Angriffs- und Abwehrmethoden entdeckt, um sich selbständig zu machen. Reflex dieses Zustands ist die ungeheuerliche, ins Maßlose wuchernde Spießbürgerliteratur, neben der die paar Sinclair Lewis einstweilen in Amerika selbst ohne Bedeutung sind.

Der jüdische Schriftsteller *Opatoschu* erzählt unter dem Titel *Der letzte Waldjude* /Berlin, Weltverlag/ den Roman des proletarischen Revolutionärs, der über den Chassidismus und das religiöse Schwärmertum zur Rebellion gegen die Schlachtschützen gelangte. *Opatoschu* ist ein prachtvoller Legendenerzähler und hochbegabter Schilderer der polnischen Landschaft, der polnischen Juden und der polnischen Bauern. Bis zu dem Zeitpunkt, da westliche Aufklärung, panslawistischer Romantizismus und auch anarchistisches Nihilistentum in diese ummauerte Judenwelt eindringt, befindet sich der Schriftsteller auf bekanntem Gelände. Wenn er es den modernen Gesellschaftsschilderern nachtun will, wird er mütter. Dabei wissen wir, daß *Opatoschu* als ein tüchtiger Ingenieur in Amerika Boden gefunden hat. Der Boden der materiellen Existenz ist aber noch nicht das Fundament des Geistes. Dieser Dichter ist am stärksten und kommt den Dingen am nächsten, die er gar nicht mehr selbst erlebt, die er nur noch mit der Sehnsucht und der beglückenden Erinnerung abgesucht hat. Dieses Phänomen werde hier am Beispiel dieses sehr wesentlichen Buchs festgehalten.

Die merkwürdige *Myriam Harry* wandert gern durch orientalische Landschaft, besonders durch die palästinensischen Religionsstätten. Sie bewahrt die Traditionslegenden des Heiligen Landes vor der Anmaßung des britischen Protektorats. Das kleine Mädchen von Jerusalem /Berlin, Weltverlag/ lebt noch mit all der biblischen Tradition, auch mit der Wildheit und Zauberei der arabischen Wüste. Dann wird es eine heimatlose Reisende nach Europa, da dieses Glück in Scherben bricht. Ein Buch, das niemand gleichgültig lesen wird.

Der Spanier *Vicente Blasco Ibanez*, der von dem monumentalen Zola wirklich allerhand, auch die heißeste Menschenliebe, gelernt hatte, schilderte pompös, mit saftigsten Ausdrücken, mit unwider-

stehlicher Vehemenz, mutig, ganz ungebildet, obwohl er ein hochgebildeter Mann war, gar nicht zimperlich, spanische Stierkämpfer, Prostituierte, Medizinmänner, Narren, Geizhalse, Revolutionäre wie Reaktionäre, Polizisten, Ehrgeizige und Bettler. Der Verlag Orell Füßli in Zürich bringt seine gesammelten Romane deutsch heraus. Das ist ein besonders verdienstvolles Unternehmen. Die beiden Romane *Flor de Mayo* und *Die Huerta* liegen schon vor. *Flor de Mayo* ist ein Schmuggler- und Seemannsroman. Leidenschaft und Sinnlichkeit, Verrücktheit und Muskelkraft, tierische Geilheit und pietistische Versonnenheit: alles das lebt. Das ist sehr starker Naturalismus, von der Art, wie er heute wieder ganz der Zeit entspricht.

Erzählungen Unabhängig von allen Kunstschulen, eigentlich auch unabhängig von jenem Bolschewismus, dessen Gewaltregime *Maxim Gorkij* sich beugte, dichtet und erzählt der große Russe. Jetzt, da er im italienischen Süden heimisch wurde, erzählt er auch Märchen der Wirklichkeit aus Italien /Berlin, Malikverlag/. Es sind leicht geschriebene Skizzen, eigentlich keine geschlossenen Novellen, eher Feuilletons mit irgendwelcher Pointe. Und trotzdem: Es klingt aus der Welt zu Gorkij und von Gorkij in die Welt. Die schönsten Geschichten und Reiseskizzen und sozialen Beschreibungen aus dem neapolitanischen Gebiet sind auch diese kleinen Werke Gorkijs. Was er alles auspackt, gesehen hat und zu fügen vermag, wenn er Kurioses berichten will. Der andere Band, *Das blaue Leben* /Berlin, Malikverlag/: Geschichten, die in irgendeinen Irrsinn verwahrloster Gehirne hineingreifen, ist voll von solcher Unerschöpflichkeit. Gorkij und Hamsun: diese beiden; denn kein Besserer kam noch.

Eine Zeitlang war das psychologische Mikroskopieren Mode, besonders bei uns in Deutschland. Dann kam der dröhnende Expressionismus: Herausgeschrien sollte das Bekenntnis werden. Man sah sich nicht um, die Dichter sahen und horchten passioniert in sich hinein. In dieser Gemeinschaft lebte immer *Heinrich Eduard Jacob* als ein Einsiedler, den wir sehr schätzten. Er ging Wege eigener Wahl, indem er sorgfältig eine Vision austrug und von dem Zeitgeist in das gedichtete Werk nur so viel hineintropfen ließ, daß Tendenz und künstlerische Tat sich ausbalancierten. So ist auch seine neue und schmale Novelle

Jacqueline und die Japaner /Berlin, Ernst Rowohlt/ ein kostbares Werk. Seine Novellen sind immer schmal, weil sie eben sehr kondensiert geschrieben, weil sie niemals von Überschwenglichkeit durchseucht werden. Jacob erzählt hier von einer Begegnung zwischen europäischen und japanischen Menschen. Es siegen die gelben Menschen des Orients über die bleichen des Westens. Aber so, daß diese nicht besiegt sind sondern in tiefem Sinn zu sich selbst finden und nun, nach Abstreifung aller Eitelkeit, an das wirkliche Schaffen dessen gehen können, was notwendig ist. Ein Buch von ergreifender Zartheit.

Das Stoffliche ist nicht gleichgültig. Es kann ein Kunstwerk auch von der Materie leben, aus der es genommen wird. Doch ebensosehr ist Wahrheit, daß die Materie der besondern Art des Dichters bedarf. Unter den Naturalisten, die sich bei den Jungen wieder rühren, erscheint *Josef Breitbach* als ein auffallender Neuling. Sein Novellenbuch *Rot gegen Rot* /Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt/ erzählt Proletariatsgeschichten. Proletariat, die gegen sich wüten, also Rot gegen Rot. Es ist ein betontes Milieu: die Angestellten im Warenhaus, die Chefs oben, die geborenen Chefs, dann die Unterchefs, die sich hinaufarbeiteten und geborene Chefs markieren möchten, und die Kleinen unten, die abgeschufteten Konfektionsmädchen, die Fahrstuhlführer und Elektriker. Es sind winzige Eifersuchtsgeschichten und Jungenabenteuer. Das Soziale wird nur gelegentlich angerührt. Und doch, der Verfasser kennt offenbar das, was er beschreibt, außerordentlich gut, mehr noch als Spezialist dieses Milieus. Sein Buch steht an der Grenze des Literarischen und der pittoresken sozialen Studie: ein Dokumentenbuch, das man interessiert liest.

Der kleine Roman *Victor Noacks* *Die Untersten* /Berlin, Verlag Der Syndikalist/ ist, wie ausdrücklich betont wird, eine Geschichte aus dem Berliner Scheunenviertel. Das Milieu soll also auch besonders sprechen. Geschildert wird eine Berliner Weiberkneipe, und wie an diesem anrühigen Ort zwei reine Menschenkinder lieben und sterben. Das Wesentliche des Buchs ist die Darstellung des Milieus: so fest, so fachmännisch in den Ereignissen und besonders in der Sprache. Man denkt, der Autor habe ein Stück von sich selber geschrieben, stehe ihm nur noch nicht fern genug, um das künstlerisch auszuwerten, was in der Wirklichkeit ihm lebendig war.

Gegen ungeschlachtetes Erzählen steht der gemessene Literatenstil des feinen und hochgebildeten, durchaus wertvollen Schriftstellers, des zarten Lyrikers *Hans Carossa*. Seine Selbstbiographie *Verwandlungen einer Jugend* /Leipzig, Inselverlag/, die vielleicht Wahrheit und Dichtung mischt, ist gut und dabei distanziert geschrieben. Aber der Autor ist zu zaghaft. Er haucht nur Worte. Er tut sich sogar darauf zu gut fast körperlos durch diesen Äther zu treiben.

Kurze Chronik Der *Kleistpreis* für 1928 wurde *Anna Seghers* für ihre beiden Bücher *Aufstand der Fischer von Sankt Barbara* und *Grubatsch* zuerkannt. Außerdem erhielten ehrenvolle Erwähnungen: *Peter Martin Lampel*, *Hermann Kesten*, *Hans Reiser*, *Boris Silber*, *Wolfgang Weyrauch*, *Ernst Glaeser*, *Peter Werder*. $\diamond$ In Moskau wurde ein *Dostojewskijmuseum* eröffnet, und zwar in der kleinen Wohnung, in der *Dostojewskij* seine Kindheit verbrachte: 2 kleine Zimmer mit niedriger Decke und Fenstern nach dem Hof. $\diamond$ Die einzige handschriftliche Niederschrift *Edgar Allan Poes* von seinem Gedicht *Der Rabe* erwarb das Britische Museum in London für 500 000 Francs. Der Dichter, dem das Gedicht einstmalig nur 10 Dollars eingetragen hatte, hat bei seinen Lebzeiten hungern müssen. $\diamond$ Die Erzählerin und große Menschenfreundin *Gabriele Reuter* wurde am 8. Februar 70 Jahre alt. Der Reichskanzler *Müller* sandte ihr dieses Telegramm: »Zur heutigen Vollendung des 70. Lebensjahres sende ich herzliche Glückwünsche. Mein Gruß gilt der geistvollen Schöpferin so vieler Romane und Novellen, der besonders die deutschen Frauen heute in Dankbarkeit gedenken werden.«

Literatur

Die Bekenntnisse *Richard Dehmels* wurden aus dem Nachlaß gesammelt /Berlin, S. Fischer/. Es werden Briefe, Artikel und Manifeste zusammengebracht, die der Lyriker in deutschen und ausländischen Zeitschriften und Zeitungen veröffentlichte. Man weiß, daß *Richard Dehmel* gewohnt war sich Rechenschaft über viele Dinge des geistigen Lebens abzulegen. So ist es erbaulich alle diese Betrachtungen zu lesen. Der Lyriker *Richard Dehmel* beschäftigte sich mit Kulturgeschichte, besprach Werke von *Albrecht Wirth*, *Ernst Haeckel*, *Kurt Breysig* und *Benedict Friedländer* und stellte sich in den Mittelpunkt des sozia-

len Ringens. So wird dieser Charakter von vielen Seiten neu erhellt. $\diamond$ Ein Band Briefe der *Franziska Gräfin zu Reventlow* wurde von Else von Reventlow, ihrer Schwiegertochter, herausgegeben /München, Albert Langen/. Noch einmal dringen wir in die Intimität dieser merkwürdigen Frau ein, die das Bohemum adelte und aus ihrer adligen Sippschaft heraussprang, um, ungebunden und nicht beschränkt durch Familie, Bürger- und Geldkomplex, das Abenteuerliche ihrer Existenz zu erzählen. Sie war in ihren Romanen die aufrichtigste Selbstverräterin ihres Wesens. Sie ist auch in ihren Briefen ganz Aufrichtigkeit. $\diamond$ Ernst Iros schreibt über den Dichter und Kulturpolitiker *Leo Weismantel* in einer gründlichen Monographie /München, Psychokosmosverlag/. Weismantel, der katholische Dichter, hat auch vielfach für das Theater gearbeitet, freilich ohne besondere Wirkung. Doch sehr verdienstvoll ist, was dieser Propagandist für die Erziehung der Jugend leistet. Das alles trägt Iros mit Sorgfalt zusammen. $\diamond$ In seinem Buch *La littérature à la lumière du matérialisme historique* /Paris, Marcel Rivière/ trägt *Marc Ickowicz* den Franzosen den Sinn der Marxschen Geschichtsauffassung für die moderne Kunst vor. Ickowicz hat den Vorteil, daß er die philosophische Literatur Deutschlands und Frankreichs zugleich kennt. Er sieht im Schriftsteller und Künstler durchaus den Exponenten der Zeit. Alles soziale und organisierte Wollen der Gesellschaft sublimiert sich im Schriftsteller zur literarischen Betrachtung, die zum Kunstwerk führt.

Bewegungskunst / Helmut Spaemann

Film Seit Wochen läuft in Berlin vor täglich ausverkauftem Theater W. Pudowkins *Sturm über Asien*, der beste russische Film seit dem Panzerkreuzer Potemkin. Man wird diese Filme, die mit wenigen anderen am Beginn einer Filmkunst stehen, behalten und bewahren wie die ersten Epen der Literatur: eine Beziehung, die die Deutlichkeit des Vergleichs erhält, wenn man bedenkt, daß es hier wie dort nicht um Einzelschicksale geht sondern um die Idee einer Gemeinschaft. Im *Sturm über Asien* ist die Darstellung des rätselhaften mongolischen Volkes in seiner metaphysischen und geographischen Landschaft, fast möchte man also sagen: eine Darstellung Asiens, gegliedert. Die Leistung Pudowkins (dessen Peters-

burgfilm durch Unwahrheit verdorben war (siehe diese Rundschau, 1928 I Seite 451)) besteht hier darin, daß er ein so außerordentlich großes, oft unendliches Gesichtsfeld aufzureißen versteht. Dabei ist jedes Detail in seiner Komposition auf den Kern der Handlung bezogen. Eisensteins Atem geht rascher, er ist wohl auch wuchtiger in der Tendenz. Pudowkin führt den Zuschauer in breiten rhythmischen Schüben zum Ziel. Neuerdings sind auch in Amerika und Deutschland ein paar Spielfilme hergestellt worden, für die der Wille zu stofflicher und künstlerischer Wahrhaftigkeit maßgebend war. Es fragt sich noch, ob diese Filme einer bloßen Spekulation verdankt und von den Unternehmern lediglich als eine Fußnote im Programm gedacht sind, oder ob sich tatsächlich eine Wendung der Dinge vorbereitet.

Der *Kampf der Tertia* ist der erste Spielfilm in Deutschland, der nicht mit Berufsschauspielern sondern mit jungen, ungeschminkten, natürlichen Menschen arbeitet, und in dem eine große und großgesehene Landschaft mitspielt. Der Held des Dramas ist die Tertia einer Freien Schulgemeinde auf einer Insel im Wattenmeer, die sich dem Spießbürgergeist einer Kleinstadt mit Elan gegenüberstellt. Das Gezierte der Erzählung, der dieser Film entnommen wurde, ist in ihm kaum zu spüren.

In Amerika gibt es schon eine ganze Reihe von Filmen (Chicago, Das gottlose Mädchen, Komödie einer Liebe, Eine Verkäuferin von Klasse), in denen soziale Mißstände oder Ungeheuerlichkeiten ins Bild gebracht sind. Einer etwaigen Tendenz wird hier jedoch noch die Spitze abgebrochen. Aufrichtiger, dabei schonungslos pessimistisch ist der rasch berühmt gewordene Film *Ein Mensch der Masse*. Er zeigt das Amerika der großen Städte, die Millionen der Bureauhäuser, der Mietskasernen. Ein einzelner erlebt das Schicksal der Masse: einer Masse, deren formloses Gesicht durch die warenhausmäßige Egalisierung ihrer Lebens- und Liebesmöglichkeiten, durch die Banalität des zwangsläufig Gleichen in Alltag und Sonntag bestimmt wird. Es ist eine Masse, der jeder Aufschwung der Solidarität fehlt, die sich in ihren Elementen vielmehr innerlich abstößt, und in der jeder vom Ehrgeiz wirtschaftlichen Vorsprungs beherrscht ist, der ihm die Chance gibt sich zu isolieren. Mit der schnurgeraden reibungslosen Genauigkeit der American Railway scheint die Straße

des Menschen dieser Masse vorgezeichnet: Er kann sie schnell oder langsam zurücklegen, er kann überholen oder sich überholen lassen; denn es ist der Weg, den alle gehen. Aber wehe ihm, wenn er aus dem Gleis springt, vielleicht in der trügerischen Hoffnung ein paar Stationen zu überschlagen; niemand wird ihn wieder aufspringen lassen, es sei denn, er begeben sich an den Ausgangspunkt der Geschäftsreise zurück. Der Mensch dieses Films macht tausendmal den Versuch dem furchtbaren Schema zu entgehen, um sich ihm immer wieder zu fügen. An irgendeiner Stelle dann, als der Tod seines Kindes ihn im Innersten aufgewühlt hat, übermannt ihn der Wunsch zu sich selbst zu kommen, etwas Neues, Befreiendes zu tun. Er kündigt also seine Stellung. Und nun, da er nicht robust genug ist sich irgendwo einzudrängen, verweigern sich ihm alle Möglichkeiten. Am Ende teilt er das Elend der Besitzlosen und Arbeitslosen, die Ehe geht in die Brüche, und er selbst in den Kanal. Lediglich weil dies Letzte die amerikanischen Gesetze verbieten, verschafft ihm der Regisseur mit ironischer Generosität noch irgendwo ein vages Unterkommen und happy end als Sandwichman; als lebendes Aushängeschild. Dieser trockene, phrasenlos sachliche, kunstlos scheinende Filmbericht spricht in allem Wesentlichen eine in Amerika ungewohnt neue Sprache.

Tanz

In der Berliner Scala tanzte die *Argentinita*, eine spanische Schwester der Argentinia, über die gerade vor einem Jahr berichtet wurde. Ihre Kunst ist nicht weit gespannt, ihre Inhalte, ihre Formen bewegen sich fast im Ethnographischen. Trotzdem: Die einfache und vollkommene Schönheit ihrer Auftritte ist über alle Grenzen hinaus, sie beteiligt uns wie die Entfaltung einer Pflanze, wie das "Blumenwunder", wie eine ganz reine Äußerung der Natur. (Vielleicht ist das Tanzen in Spanien kein Beruf, vielleicht tanzt man dort so, wenn man in einem besondern Maß schön und wohlgebildet ist. So einfach denkt man sich in Ländern außerhalb der westlichen Zivilisation die Tänzerin noch heute: Ein Überschuß der Natur in ihrer Haltung und in ihrem Wesen bestimmt eine Frau zur Liebe ebenso wie ihren Gang und ihre Bewegungen zum Tanz.) Eines besonders ist bei der Argentinia wundervoll zu sehen: die vorsatzlose Selbstverständlichkeit, mit der ein Tanz entstehen

kann; wie sie aus ein paar gesprochenen Worten mit der unbewußten Mühelosigkeit des Atmens ein Lied bildet, wie sich die Lässigkeit ihres Gehens durch das Rhythmische eines Takts belebt und in einem Aufschwung reiner Freude zum Tanz hin steigert.

Von Mary Wigman her kommt *Vera Skoronel*. Sie ist ein sehr eigenes Temperament und tänzerisch glänzend begabt. Gerade darum war es ein Trauerspiel sie und ihre Gruppe mit einem Programm, das von sakralen Weisen über Chopin und Girlparodie zu einer komisch sein sollenden Travestie des Gebets einer Jungfrau reichte, so völlig ohne Halt, so ohne Ziel und Niveau zu sehen. Bei ihr kehrten alle Eindrücke des letzten Berliner Winters wieder, dilettantisch gesehen und dilettantisch verarbeitet: Granowskij, Wigman, Scalatänzer, Gert und die Tillergirls. Diese Tänzerinnen haben offenbar den Ehrgeiz mit der Zeit zu leben, die sie jedoch nur literarisch und aus zweiter Hand erfassen. Sichtlich schadet ihnen die Berliner Luft, und es ließe sich denken, daß sie irgendwo draußen weit eher dazu kämen aus Eigenem zu geben. Sonst ist sehr zu fürchten, daß hier eine neue Bohème entsteht, Provinz, die die Großstadt nicht überwindet.

Wie viel lebendiger und ursprünglicher an anderer Stelle im Reich gearbeitet wird, zeigte die *Essener Tanzbühne* mit einem Ballett Der entfesselte Jazz von Albert Goldberg und einer Sprichwörterrevue, in der volkstümliche Redewendungen mit viel Witz und plastischer Anschaulichkeit im Sozialen illustriert wurden. Wenn auch Regie und tänzerisches Können nicht ganz ausreichten, hier waren Anfänge neuer Tanzgestaltung.

Variété

Den Variétébesitzern geht es gut; sie konstatieren heute eine fast unbegrenzte Aufnahmefreudigkeit des Publikums für ihr Gebiet. Dem entspricht aber auch ein großartiger Aufschwung der artistischen Leistungen. Es gibt heute eine Menge neuer Clowns, Jongleure, Akrobaten, Equilibristen, Seiltänzer und Spezialisten, alles Meister ihres Fachs. Herrlich in ihren Bewegungen am Trapez, von einer fabelhaft eleganten Präzision in ihren heroischen Tricks sind die 3 *Codonas*. Man kennt sie aus dem Film Variété und sah sie jetzt wieder im Berliner Wintergarten. Alfredo Codona ist der einzige Artist, der das Wunder des 3fachen Saltomortale überlebt hat. Den

Wert einer artistischen Darbietung bestimmt ja nicht immer und durchaus ihre Seltenheit, bei den meisten derartigen Sensationen hat man das beängstigende Gefühl, daß sie den Einsatz an Todesverachtung, der für sie aufgeboten wird, nicht lohnen. Dieser Einsatz hat dann nichts Heldenhaftes, oft aber etwas Trauriges: die Knock-about-Stimmung irgendeiner sozialen oder persönlichen Misere, und da wendet man sich ab. Den Mut der Codonas jedoch empfindet man als souverän, als die Konsequenz ihres unerhörten Könnens. Hier ist eine menschliche und artistische Gipfelleistung. Zu den Überlieferungen des Variétéprogramms gehört die *Tiernummer*, bei der Affen, Bären, Hunde oder Pferde auf irgendeine Weise menschlich hergerichtet sind. Das Interesse des Variétépublikums an diesen Vorführungen ist durchaus nicht mehr allgemein. In der Berliner Presse wurde kürzlich zur Bildung eines Jack-London-Klubs aufgerufen, der ihre Abschaffung erkämpfen soll, dies in erster Linie durch den Hinweis auf die bei Dressuren unvermeidliche Tierquälerei. Die Dresseure begegnen diesem Vorwurf, indem sie die Darbietungen der Tiere geradezu als den Dank der Kreatur für die ihr entgegengebrachte Liebe hinstellen. Man sollte ihnen erwidern, daß mit der gleichen Liebe und Geduld umgekehrt etwa auch ein unwissendes Menschenkind zu tierischer Gewohnheit abgerichtet werden könnte. Auch ein Rohling würde das abscheulich finden. Warum? Weil es häßlich wäre. Hier bemerkt er noch die Verunstaltung der Natur, weil er sie nachempfindet. Vielleicht könnte man ihm aber an dieser Stelle auch begreiflich machen, daß ein Pferd auf der Weide schöner ist als eines, das Foxtrott tanzt. Schön ist allerdings auch ein Rennpferd. Die Dressur kann die Tiere da nicht zerstören, wo sie sich an ihre natürlichen Eigenschaften und an ihre Leistungsfähigkeit hält. Wie man es aber machen kann, wenn man Tiere durchaus auf die Bühne bringen will, das zeigte in Berlin vor einiger Zeit ein Mann in der Scala, der bei den Zuschauern ein großes Hallo hervorrief, als er einem Rudel prachtvoller Bulldoggen bunte Luftballons vor die Nase hielt: Die Tiere versuchten danach zu schnappen, zu beißen und schließlich zu springen, so daß sie die Bälle immer wieder mit der Schnauze in die Luft stießen, bis es ihnen einmal gelang die Hüllen im Hochsprung zu zerbeißen. Die wilde Jagd machte ihnen offenbar Spaß.

Kurze Chronik Die *Wigmantanzgruppe* besteht nicht mehr. $\diamond$ Die von Rudolf von Laban und Mary Wigman geforderte Gründung einer *Tanzhochschule* steht schon für Mitte dieses Jahres bevor. $\diamond$ Auf die Gründung und Bedeutung der Berliner Kamera, eines *Reprisenkinos*, wurde schon hingewiesen. Wünschen möchte man sich, daß dieses Theater (oder ein anderes) mehr als bisher auf diejenigen französischen und amerikanischen Filme zurückgriffe, die aus irgendwelchen Gründen in früheren Jahren nicht zum Verleih gelangt sind, also ältere Chaplinfilme und andere Outsider, ferner die Arbeiten Legers und Picabias. $\diamond$ Im Deutschen Museum zu München wurde eine *Kulturfilmbühne* eingerichtet. Seit Schließung der Urania fehlt auch in Berlin ein solches Institut. Es gibt eine ganze Reihe von Kulturfilmern, namentlich auf dem Gebiet der Biologie, aber auch astronomische, medizinische, propagandistische, die sehenswerter sind als 90% der Spielfilmproduktion. Der großen Öffentlichkeit bleiben sie vorenthalten; sie erfährt nicht einmal davon. Man möchte wissen, nach welchen bürokratischen Gesichtspunkten Verleih und Vertrieb dieser Filme geregelt werden. $\diamond$ Ein kinofreudiges Land ist *Polen*. Nach einer Statistik zählt es täglich 100 000 Kinobesucher. (Deutschland liefert übrigens nur etwa 15% seines Filmbedarfs.) Im Entstehen ist dort eine nationale Filmproduktion. Ihr erstes größeres Werk war die Verfilmung der polnischen Nationaldichtung, des Mickiewicz'schen Epos *Pan Tadeusz*. Regie führte Ordynski, ein Schüler Reinhardts. $\diamond$ In einem Gespräch über *Filmmöglichkeiten* antwortete, wie Hans Wesemann in der Weltbühne mitteilte, W. Pudowkin auf die Frage, welcher Film auf ihn den stärksten Eindruck gemacht hätte: »Der französische Film *Jungfrau von Orleans*. Die Falconetti war für mich das außerordentlichste seelische Erlebnis, das ich seit Jahren im Film hatte. Wie hier die Skala aller menschlichen Gefühle, unter bewußtem Verzicht auf alle äußeren Mittel, nur durch den Ausdruck eines vergeistigten Gesichts sichtbar wird, wie hier ein seelischer Zustand unermesslichen Leids nur durch einen Blick, ein kaum spürbares Zucken unter der Haut der Wangen und im Augenlid fühlbar wird: das ist ein überpersönlicher Vorgang, der bereits außerhalb des Films von heute liegt.« Dieses Urteil über den Johannafilm (siehe über ihn diese Rundschau

und die Rundschau Bühnenkunst, 1928 II Seite 1130 und 1136) spricht für die unmittelbare Empfindung Pudowkins. (Gewisse Berliner Filmkritiker, die das Tempo der Moderne markieren, bei wirklich Neuem aber hoffnungslos zurückbleiben, sollten es sich zu Herzen nehmen.)

Literatur

Wie ein Blick auf die Postkartengalerien der Papierläden dartut, sind 95% aller deutschen und amerikanischen Filme verknappte oder ausgesprochene "Star"filme. Es versteht sich schon hieraus, daß das Gros der Regisseure seine filmische Aufgabe in der Führung des Darstellers sieht. Dieses Moment tritt nun für die russische Filmauffassung völlig zurück, für sie sind das Wesentliche Kameraführung und Filmschnitt, die Organisation des optischen Eindrucks und der dadurch hervorgerufenen Gemütsbewegung, mit einem Wort: die Montage, die ihnen identisch mit der filmischen Form ist. Der Darsteller gilt ihnen lediglich als Teil eines Materials, das die Natur in weitestem Umfang zur Verfügung stellt, wenn man es nur zu suchen und zu wählen weiß. Für die zukünftige Montagekomposition hat dieses Material zunächst die selbe Bedeutung wie für den Dichter einer Ballade die Worte Gras, Steppe, Held. Und um im Bild zu bleiben: Die Montagemethode des Programms entspricht etwa dem Stil des Schriftstellers. In seinem Buch Filmregie und Filmmanuskript /Berlin, Verlag der Lichtbildbühne/ gibt W. Pudowkin eine Übersicht über die Vorgänge und Gesetze, die seiner Ansicht nach das Wesen filmischer Arbeit ausmachen. Die Montage umfaßt danach den ganzen Komplex der Leistungen, die zwischen dem sich abspielenden Vorgang und der filmischen Form auf der Leinwand liegen, beginnend mit der Praxis des Apparats, der das Detail herausholt und mit jeder Einzelheit ein Synonym der Vertiefung schafft. Der Filmschnitt (das Schneiden und Zusammenkleben der Filmstreifen) bildet dann aus entlegenen Erscheinungen und Ereignissen den filmischen Raum und die filmische Zeit, er bestimmt das vom Aufnahmematerial übriggelassene Integral schöpferisch ausgewählter Elemente, er vollendet die psychologische Führung des Zuschauers und schafft den Rhythmus der Komposition. Diese Akzentuierung, die die filmische Bedeutung des Vorgangs so völlig zurückstellt, hat selbstverständlich ihre Grenzen: dort, wo sie doktrinär wird,

Das Detail der Kamera kann die geistige Vertiefung des Stoffs, wie sie schon im Material gegeben sein muß, nicht ersetzen. Das Auge der Kamera sieht gut und genau, aber es sieht nicht unbedingt ein, es kann beispielsweise die Synthese eines Witzes nicht von sich aus schaffen. Und daran fehlt es den meisten Russenfilmen, den "Schülerarbeiten", sie sind arm an Humor, in schlimmen Fällen sind sie arm an Geist. Ein schönes Gegenbeispiel bei Pudowkin selber bleibe nicht unerwähnt: Im Sturm über Asien soll ein Soldat den gefangenen Mongolen zur Erschießung führen, auf dem gemeinsamen Hinmarsch vermeidet er sorgfältig jede Pfütze, später, als das grausige Werk beendet ist, stapft er achtlos, dumpf und allein durch den aufspritzen den Schlamm. Das Filmische besteht an dieser Stelle also schon im Vorgang, in der Art, wie ein Gefühl oder ein geistiger Zustand optisch realisiert wurde. Man weiß, daß Chaplins Filme durchaus nur auf dieser Ebene künstlerisch sind, daß die Montage für sie das Sekundäre ist. Die außerordentliche Bedeutung der russischen Anschauung und des Pudowkinschen Buchs für die Theorie, mehr noch für die Praxis einer Filmkunst, bleibt gleichwohl bestehen. ◇ Bücher über das Privatleben und den Werdegang von Filmschauspielern dienen mehr persönlicher Neugierde als einem objektiven Interesse. Ein Künstler wie Charles Chaplin hat das Wesentliche seiner Person in seinen Filmen bereits zum Ausdruck gebracht. Sein Buch Hallo Europa!, der Bericht einer Europareise /Leipzig, Paul List/ hat ebenso wie Erich Burgers Buch Charlie Chaplin /Berlin, Rudolf Mosse/ hauptsächlich durch ein Bildermaterial Wert, das auch ältere oder unbekanntere Filme ins Gedächtnis zurückruft oder auf sie hinweist. Wissenswert ist immerhin, daß Chaplin noch im Jahr 1922, als alle Welt sonst ihn kannte und bejubelte, in Deutschland unbekannt war und seiner Bescheidenheit entsprechend in Berliner Hotels auch unfreundlich und von oben herab behandelt wurde; der Geschäftsführer eines Abendlokals wies ihn an einen entlegenen Tisch in die Ecke, da er nicht im Gesellschaftsanzug erschienen war. In diesem Zusammenhang macht Chaplin ein Geständnis, das an den Nerv seiner Charliegestalt tippt: Er, dessen Reise eine einzige Flucht vor der eigenen Berühmtheit war, fühlt sich grenzenlos verlassen, ein Peter Schlemihl ohne Schatten, sobald ihn das Gefühl des Berühmtseins verläßt.

KULTUR

Technik / Heinrich Lux

Photomechanik Die Ausbildung des Bromsilberpapiers, das ganz die gleiche lichtempfindliche Schicht aufweist wie die üblichen photographischen Platten und Filme, hat die maschinelle Massenherstellung von Positivabzügen nach gegebenen Negativen gestattet. Photographische Ansichtskarten, Reklamephographien bis zur Plakatgröße, die Schätze unserer Museen und Galerien sind seitdem zum Allgemeingut geworden. Für die Technik und das Wirtschaftsleben von größerer Bedeutung ist aber die unmittelbare Herstellung von photographischen Kopieen, von wichtigen technischen Zeichnungen, von Dokumenten und Urkunden unmittelbar auf Bromsilberpapier geworden. Das bekannte Lichtpausverfahren gestattet immer nur die Herstellung von Kopieen in gleicher Größe wie das Original und auch nur von Strichzeichnungen, weil bei diesen Lichtpausen die Mitteltöne ausfallen. Für Behörden, Banken, Archive, Bibliotheken usw. ist es aber erwünscht von jeder beliebigen Zeichnung, von Büchern, Schriftstücken, Patentschriften rasch und in unbeschränkter Anzahl Kopieen zu erhalten, die mit dem Urbild in allen Einzelheiten genau übereinstimmen und maßstäblich verkleinert oder vergrößert sind. Natürlich ist auch in diesen Fällen der Umweg über ein Glasnegativ gangbar, aber er ist umständlich, zeitraubend und meist viel zu kostspielig. Man photographiert deshalb heute direkt auf Papier. Zunächst erhält man dabei allerdings nur ein Negativ mit weißer Schrift, Zeichnung usw. auf schwarzem Hintergrund. Für die meisten Anwendungszwecke ist das aber vollständig belanglos, sofern die Kopie nur seitenrichtig und nicht das Spiegelbild des Originals darstellt wie bei Glasnegativen. Die Herstellung seitenrichtiger Negative ist aber ganz einfach, wenn vor das Objektiv der Aufnahmekamera ein totalreflektierendes Prisma gesetzt wird, das wie ein Spiegel wirkt. Zur unmittelbaren Herstellung solcher Papierphotographien ist eine beträchtliche Anzahl von Aufnahmeapparaten konstruiert worden, wie das Simplexuniversalgerät, der Kontophot, der Photostat usw. Sie alle bestehen aus einer Kamera mit Objektiv und Umkehrprisma, einem senkrecht hierzu angeordneten Tisch zum Auflegen des aufzunehmenden Gegenstands und einer

Lichtquelle, die den Gegenstand beleuchtet oder durchleuchtet. Die Scharfeinstellung kann mit der Mattscheibe erfolgen oder auch mit Hilfe von Einstellskalen für bestimmte maßstäbliche Vergrößerung oder Verkleinerung. Bei einzelnen Apparaten kann das aufzunehmende Original durch Luftdruck auf dem Tisch befestigt werden. Bei Massenherstellung von Vervielfältigungen wird bei einzelnen Apparaten das unbelichtete, in Rollen aufgewickelte Papier automatisch der Kassette zugeführt und nach erfolgter Belichtung in einen lichtdichten Kasten oder durch einen lichtdichten Kanal direkt in die Dunkelkammer befördert, wo es entwickelt, fixiert, gewässert und getrocknet wird. Man kann so von einem Original stündlich bis 100 Kopieen oder von 100 Originalen je eine Kopie erhalten. Der genannte Photostat arbeitet mit photographischem Rollenpapier, das auf beiden Seiten mit einer lichtempfindlichen Schicht versehen ist, so daß auf beiden Seiten Kopieen angefertigt werden können. Das ist wichtig für die Aufnahme von Büchern. Die Kassette ist hier so eingerichtet, daß zunächst die eine Seite photographiert wird, worauf durch einen Hebeldruck die Kassette umgekehrt und die Gegendruckseite auf die Rückseite des Papiers photographiert werden kann. Bei der Weiterbeförderung des Rollenpapiers wird dann jedes Blatt automatisch abgeschnitten, so daß die einzelnen Blätter dann buchmäßig zusammengefaßt werden können. Wenn es für die meisten Verwendungszwecke auch gleichgültig ist, ob man weiße Schriftzeichen oder Zeichnungen auf schwarzem Untergrund erhält, so ist es vielfach doch erwünscht sogleich auch Positivkopieen zu erhalten, also schwarze Schriftzeichen oder Zeichnungen auf weißem Untergrund. Diesem Wunsch trägt die Aktiengesellschaft Mimosa in Dresden Rechnung, indem sie besonderes photomechanisches Papier in den Verkehr bringt, das schwarze Striche auf weißem Grund hervorzubringen gestattet. Das Papier besitzt 2 über einander gelagerte photographische Schichten, eine untere wenig empfindliche, gehärtete, und eine obere, hochempfindliche, weiche. Stimmt man die Expositionszeit auf die weiche Schicht ab, so erhält man beim Entwickeln weiße Striche auf schwarzem Grund, die aber noch nicht bis in die Tiefe der gehärteten Schicht eingedrungen sind. Belichtet man nun das Blatt vor dem Fixieren mit einer intensiven

Lichtquelle, deren Aktinität und Belichtungszeit der untern Schicht angepaßt ist, so wirkt die obere Schicht wie eine Schablone, die nur an den Stellen, die weiß blieben, Licht hindurchläßt. Auf der untern Schicht entsteht also ein wirkliches Positiv, das sichtbar gemacht wird, indem man nach Fixierung die obere, weiche Schicht mechanisch oder mit Hilfe warmen Wassers entfernt. Der gleiche Effekt läßt sich erzielen, wenn das photographische Papier eine sehr dünne Schicht aufweist, ähnlich der der Autochromplatten. Das durch die Belichtung und Entwicklung im Negativ reduzierte Silber wird vor der Fixierung mit Chromsäure oder angesäuerter Permanganatlösung entfernt. Durch Belichtung während einer neuen Entwicklung, die nun im hellen Licht vorgenommen wird, wird das übrigbleibende Bromsilber zu Silber reduziert, das jetzt ein positives Bild liefert. Auch in den photographischen Automaten, von denen der Photomatonapparat schon recht verbreitet ist, wird in analoger Weise auf dem Papier sogleich ein positives Bild erzeugt. Das mechanische Kopieren vorhandener Negative auf Bromsilberpapier hat in den 30 Jahren, in denen es geübt wird, selbst wieder beträchtliche Fortschritte gemacht. Die einzelnen Negative werden auf starken Spiegelglasscheiben zu einer großen Druckplatte vereinigt, nachdem durch Unterlegen von Seidenpapier, Graphitabdeckung usw. die Dichte der einzelnen Negative möglichst ausgeglichen worden ist. Diese Platte wird von unten belichtet, wobei die Belichtungsdauer und die Stärke geregelt werden können. Über die Platte wird absatzweise ein entsprechendes Stück Rollenpapier übergeschoben, an die Platte angepreßt und belichtet. Nach Ausschaltung der Lichtquellen wird das Bromsilberpapier ein entsprechendes Stück weiter geschoben, wieder belichtet usw., bis die ganze Rolle vollständig belichtet ist. Der ganze Vorgang vollzieht sich bei den neueren Einrichtungen ganz automatisch, und es können 35 Drucke in einer Minute ausgeführt werden. Die belichtete Papierrolle kommt dann sofort in kontinuierlichem Gang durch eine Reihe von Bottichen, in denen sie entwickelt, gespült, fixiert und ausgewässert wird. Schließlich wird sie in großen Schleifen hängend durch einen Trockenkanal hindurchgeführt und nach erfolgter Trocknung in die einzelnen Bildgrößen zerschnitten. In einer 50 Meter langen Maschinenanlage der Aktien-

gesellschaft Rotophot in Berlin werden in 8stündiger Arbeitszeit rund 3000 Meter Papier fertiggestellt. Hierbei kommen gewaltige Quantitäten an Chemikalien zur Anwendung. Der Entwicklerbottich faßt 600 Liter, und es müssen täglich 100 bis 120 Liter Entwickler frisch zugesetzt werden; an Fixiernatron werden monatlich 1500 bis 2000 Kilogramm verbraucht. Bei einer bestimmten Anreicherung des Fixiernatrons an Silber-salzen wird das Silber in der Form von Schwefelsilber ausgeschieden und gelangt in die Scheideanstalt, die vierteljährlich etwa 125 Kilogramm Silber zurückliefert, was etwa einem Drittel der ursprünglich in dem Papier enthaltenen Silbermenge entspricht. Die Tagesleistung der Firma umfaßt etwa 150 000 Postkarten, die zum größten Teil nach dem Ausland gehen.

Gasfernversorgung

In der Periode der Neuorganisation des Staates war das Wort geprägt worden, daß der Besitzer der Elektrizitätsversorgung die Hand an der Gurgel des Staates habe. Dieses Wort gilt mit gleicher Berechtigung auch für die Gasversorgung, besonders dann, wenn für die Elektrizitätswerke die Kohlenbelieferung durch Gasbelieferung ersetzt wird. Je stärker sich nun die Elektrizitäts- und Gasversorgung konzentriert, desto stärker Nachdruck muß deshalb auch die Forderung erfahren, daß die gesamte Wärme- und Energieversorgung in den Händen des Staates selbst liegen muß. In dieser Rundschau kann die politische Wichtigkeit dieser Forderung nicht weiter betrachtet werden, hier sei lediglich die rein technische Seite der Frage der Gasfernversorgung behandelt. Die Kokereien in den Kohlenrevieren liefern, wie W. Gosebruch in seiner eingehenden Untersuchung der Frage der Gasfernversorgung in der Elektrotechnischen Zeitschrift vom 4. Oktober 1928 darlegte, auf die Tonne verarbeiteter Kohle rund 320 Kubikmeter eines Leucht-gases von 4700 Kalorien. Allein im Ruhrrevier betrug diese Gasausbeute 1925 etwa 11 Milliarden Kubikmeter. Ein einziger Koksofenblock liefert jährlich 150 Kubikmeter Gas, was etwa dem Verbrauch Hessen-Nassaus, Hamburgs usw. entspricht. Von diesen 11 Milliarden genügen schon 8,7, um den gesamten Elektrizitätsbedarf (etwa 10 Milliarden Kilowattstunden) und den ganzen Gasverbrauch der von den Gasanstalten zurzeit erzeugten Gasmenge von rund 3,2 Milliarden Kubikmeter zu decken. Für

diese Energiebelieferung werden heute im wesentlichen Kohlen verbraucht, die zum größten Teil erst gefördert und nach den Energieerzeugungsstätten verfrachtet werden müssen. Hierfür sind gewaltige Summen aufzuwenden, während das Koksofengas als reines Nebenprodukt abfällt, dessen rationelle Verwendung zum mindesten nennenswerte Schonung unserer Kohlenvorräte bedeutete. Für den Verbrauch der genannten Gasmenge der Gewerbetreibenden ergeben sich aber nicht geringe Schwierigkeiten. Das Gas fließt, Fernversorgung vorausgesetzt, den Verbrauchsstellen gleichmäßig und stetig zu, der Konsum aber schwankt nach Tages- und Jahreszeiten. Eine Aufspeicherung des Gases selbst wäre zwar wohl möglich, sie bedingt aber so enorme Gasbehälter, daß hieran die Wirtschaftlichkeit der Gasfernversorgung scheitern müßte. Es kann nur eine Aufspeicherung der Energie auf elektrisch-hydraulischem Weg in Frage kommen, also Elektrizitätserzeugung, durch Gasturbinen möglichst rationell gemacht, und Verwendung der Elektrizität in den Zeiten geringern Konsums zur Hebung von Wasser in Staubecken.

Für die Fernleitung müßte das Gas, um mit möglichst engen Rohrleitungen auskommen zu können, erheblich verdichtet werden. Bei einer Leitung von 700 Millimeter lichter Weite aus 9 Millimeter starkem, autogen verschweißtem Stahlrohr würden von Essen nach Berlin bei 630 Kilometer Leitungslänge jährlich rund 1,5 Milliarden Kubikmeter ferngeleitet werden können, wenn eine Kompression auf 31 Atmosphären Druck erfolgte. Fände auf halbem Weg zum Ausgleich der entstandenen Druckverluste eine Zwischenkompression statt, so könnten rund 1,9 Milliarden Kubikmeter Gas im Jahr durch die Leitung transportiert werden. Das Gas kommt in Berlin mit etwa 6,58 Atmosphären Druck an. Unter diesem Druck könnte es unmittelbar in Gasmotoren verwandt werden, der übrige Teil müßte auf einen Leitungsdruck von etwa 1,03 Atmosphären entspannt werden. Die Expansion ist mit einer erheblichen Abkühlung verbunden; diese Abkühlung ist so stark, daß bei den nach Berlin geleiteten 1,9 Milliarden Kubikmeter rund 1 Milliarde Kubikmeter Eis erzeugt werden könnte. In der Kälteindustrie, aber auch bei der Energieerzeugung zur Abkühlung der Kondensatoren bei der Wärmeausnutzung würde für die gewaltige Kältemenge wohl Verwendung vorliegen.

Ein sehr wichtiges Moment für die Wirtschaftlichkeit der Gasfernversorgung ist die sichere Verlegung der Hochdruckleitungen. Dort, wo Erdsenkungen stattfinden, wie in den Bergwerksbezirken, droht immer die Gefahr eines Leitungsbruchs mit seinen verhängnisvollen Folgen. Die Rohrbrüche in Rheinland-Westfalen, die in den letzten Monaten vorkamen, sind ein ernstes Warnungszeichen.

Elektrisches Brennen

Obwohl der Wirkungsgrad der Elektroheizung recht niedrig ist, gibt es doch viele Fälle, in denen sie erheblich wirtschaftlicher als die direkte Heizung wird. Hierzu dürfte auch die Keramische Industrie gehören, nachdem es gelungen ist Widerstandsmaterialien herzustellen, die eine Dauerbelastung mit 1400° Celsius aushalten und nur alle 2 bis 3 Monate ausgewechselt zu werden brauchen. Die besonderen Vorzüge der Elektroheizung bestehen vor allem darin, daß sich jede beliebige Temperatur mit Leichtigkeit einstellen und dauernd konstant erhalten läßt, was für das Brennen keramischer Erzeugnisse von größter Bedeutung ist. Trotzdem hat sich die Keramische Industrie lange Zeit gegen das Elektrobrennen gestraubt. Die Betriebserfahrungen in der schwedischen Fabrik Gustafsberg von Odelberg dürften jedoch Wandel schaffen. In der genannten Fabrik handelte es sich hauptsächlich um das Glattbrennen von Steingut, das sehr hohe Temperaturen erfordert. Die Durchführung des Brennprozesses geschieht in einem auf einem Betonfundament errichteten Tunnelofen von 16,5 Meter Länge, der 30 Wagen von 55,5 mal 44,5 Zentimeter Grundfläche aufzunehmen vermag. Die Heizwiderstände sind in der Form von Platten ausgebildet, die horizontal oder vertikal in dem Tunnel angeordnet sein können. Die Temperaturreglung geschieht durch Spannungsänderung mittels Spezialtransformatoren. Um die Abstrahlung nach Möglichkeit zu verringern, sind an den Seitenwänden des Tunnels noch besondere Heizkanäle angeordnet, durch die Heizgase aus dem übrigen Fabrikationsprozeß hindurchgeleitet werden. Auch die Einrichtung des Tunnels mit Doppelgleisen dient dem gleichen Zweck. Die bei ihrer Wanderung in einer Richtung auf hohe Temperatur gebrachten Wagen mit ihrem Brennmaterial fahren auf dem Parallelgleis langsam wieder zurück und begegnen hierbei den frisch einfahrenden Wagen, auf die sie einen Teil ihrer Wärme abstrahlen.

Neben der Gleichmäßigkeit der Temperatur bedingt auch die Beschleunigung des elektrischen Brennverfahrens eine Überlegenheit über das Brennen mit Kohlen- oder Gasfeuerung. Dazu kommen die größere Gleichmäßigkeit in der gebrannten Ware, die höhere Lebensdauer der Öfen und ihre niedrigeren Anlagekosten. Die Wärmeübertragung geschieht ausschließlich durch Strahlung, nicht durch Berührung, da diese Art für Qualitätsware häufig von Nachteilen begleitet ist. Durch Einführung von Schutzgasen in den Tunnel läßt sich die Atmosphäre nach Bedarf oxydierend oder reduzierend gestalten, so daß Brennfehler durchaus vermieden werden können. Der Ausschuß beträgt nur rund 1%. Für die Porzellanfabrikation ist die große Temperaturkonstanz von höchster Wichtigkeit. Hier können Temperaturunterschiede von 20 bis 40° schon verhängnisvoll werden, indem schon eine geringe Temperaturüberschreitung, die sich beim Feuerbrennen kaum vermeiden läßt, ein zu starkes Erweichen herbeiführt oder die gewünschte Dichte gefährdet. Auch hier ist die kürzere Brenndauer von großem Wert, da bei dünnwandigem Gut Deformation oder Zusammenfallen eintreten kann, wenn die notwendige Brenndauer nur wenig überschritten wird. Der Energiebedarf der doppelspurigen Öfen schwankt zwischen 60 bis 80 Kilowatt. Auf 1 Dutzend Tassen entfallen beim Glattbrand 1,5 Kilowattstunden, auf 1 Dutzend Teller 2 bis 3 Kilowattstunden. Die Abkürzung der Brenndauer beeinflusst auch beträchtlich den relativen Anteil der Löhne an der Fertigware.

Asphaltschlupfrigkeit Die zahlreichen Automobilunfälle in den Straßen Berlins, das zähe an der Verwendung von Stampfasphalt festhält, hat eingehende Versuche über die Ursachen des Schleuderns auf nassen Asphaltstraßen veranlaßt. B. Becker stellte 1927 fest, daß die Reibung zwischen Gummireifen und frisch gewaschenem Asphalt nahezu den gleichen Betrag hat wie zwischen Gummireifen und trockenem Asphalt. Es kann also nicht das Wasser sein, das die Reibungsverminderung bei Nässe bewirkt. In weiteren Untersuchungen ermittelte Löwental, daß die Reibung bei trockenem Asphalt 0,715, bei trockenem Makadam 0,67 beträgt, trockener Asphalt also etwas günstiger ist. Bei schlupfrigem Asphalt sinkt aber die Reibung bis auf 0,17 und selbst bis auf 0,06 herab, und als Ursache für die Vermin-

derung wurde lediglich die auf dem Asphalt lagernde Schmutzschicht erkannt. Mit dem üblichen Waschverfahren läßt sich diese Schmutzschicht, die den Asphaltstraßen den bekannten Glanz verleiht, nicht entfernen, weil eine nur mangelhafte Benetzung erfolgt. Aber selbst, wenn eine sorgfältige Reinigung mit großen Kosten und Mühe durchgeführt ist, hat sich bei starkem Autoverkehr die Schmutzschicht rasch wieder neu gebildet. In dieser Zwickmühle wandte sich die Berliner Asphaltstraßenbaureinigung an das Staatliche Materialprüfungsamt in Berlin um Hilfe.

Die von E. Kindscher und O. Schoeneberg durchgeführten Untersuchungen ergaben, daß die auf 1 Quadratmeter Straßenfläche abgelagerte Schmutzmenge je nach der Größe des Verkehrs auf Asphaltstraßen 1 bis 3 Gramm, auf Steinpflaster 15,8 Gramm beträgt. Die Asphaltstraßen sind also an und für sich sauberer und sicher auch hygienischer als die Pflasterstraßen, weil der hauptsächlich in den Steinfugen abgelagerte Schmutz auch bei erfolgter Reinigung dort liegen bleibt. Von besonderer Wichtigkeit aber war die Feststellung der Schmutzzusammensetzung. 25% sind durch den Wagenverkehr zerbröckelter Asphalt, 25% sind Sand und tonige Bestandteile, hauptsächlich aus der Asche der Feuerungsanlagen herstammend. Die andere Hälfte des Schmutzes besteht zu einem Teil aus organischen Stoffen: Woll- und Lederresten, Eiweißabbaustoffen aus den Fäkalien (merkwürdigerweise fehlte Kautschuk ganz, der wegen seiner feinen Verteilung wohl rasch durch den Luftsauerstoff zerstört wird). Den Rest bilden Mineralöle, und er ist das eigentlich Verhängnisvolle. Denn er entstammt der Hauptsache nach den Automobilen selbst, aus denen er beständig, wenn auch nur in kleinsten Mengen, heraustropft und sich sofort in feinsten Schicht über das Pflaster verteilt. Das Öl hüllt dann die anderen Schmutzteile ein und verhindert deren Entfernbarkeit durch einfaches Abwaschen. Bei einem leichten Regen nun quillt die fest haftende Schmutzschicht, die dann wie ein Schmiermittel wirkt und die Reibung zwischen Gummi und Asphalt auf ein Minimum herabsetzt. Bei einem kräftigen Regen aber spült das weiche Wasser die Straße in kurzer Zeit wieder rein, und vorübergehend steigt die Reibung zwischen Gummi und Asphalt auf ihren normalen Wert. Das Berliner Leitungswasser ist wegen seiner relativ großen Härte für die Reinigung

ölbenetzter Straßen weniger geeignet; besser würde schon ein Zusatz von Soda, Lauge oder Wasserglas wirken. Aber die Reinigung hielte doch nur kurze Zeit vor. Die einzige Möglichkeit die Gefahrenquelle zu verstopfen besteht nach Meinung des Materialprüfungsamts darin die Wagen zu verhindern Öl austropfen zu lassen, was bei der starken Kapillarität zwischen Metall und Mineralöl allerdings nicht ganz einfach wäre.

Die Lösungsversuche durch Aufräuhung des Asphalts, sei es durch Anwendung von Walzasphalt mit eingepreßten Riefen oder durch Aufkleben von scharfkörnigem Sand, Porphyrgus oder dergleichen, versprechen auf die Dauer keinen Erfolg, weil bei starkem Verkehr sehr rasch wieder eine vollständige Glättung eintritt. Vielleicht müßte man den Asphalt durchweg beseitigen und ausschließlich Betonbelag verwenden, der allerdings den großen Nachteil hat, daß er die Geräusche nicht abdämpft.

Totenliste Anfang November 1928 starb nach langem Leiden der Abteilungsdirektor und Ständige Vertreter des Präsidenten der Preussischen Geologischen Landesanstalt *Richard Michael*, 60 Jahre alt. Er widmete seine Lebensarbeit der Erforschung der Verhältnisse Oberschlesiens, besonders auf geologischem Gebiet. Aus diesem Grund wurde Michael nach dem Krieg die Leitung des gesamten Publikationswesens der Geologischen Landesanstalt über Oberschlesien übertragen. Zugleich war er Ordinarius für Bergbau an der Technischen Hochschule Berlin.

Mitte November starb in Zella-Mehlis in Thüringen *Heinrich Ehrhardt*, 89 Jahre alt. Sein Name wurde durch die Erfindung des nach ihm benannten Preßverfahrens zur Herstellung von Hohlkörpern aus einem prismatischen Block und des Rohrücklaufgeschützes weltbekannt.

Am 17. November starb in Berlin, in seinem 75. Lebensjahr, an den Folgen einer schweren Operation, der Oberverwaltungsgerichtsrat *Felix Damme*. Er war von Haus aus Jurist, widmete sich bald dem deutschen Patentwesen, das gerade durch ihn zur höchsten Entwicklung gebracht worden ist. Er wurde unmittelbar nach Begründung des Deutschen Patentamts dessen Direktor. Unter seinen literarischen Arbeiten ragt sein Handbuch Das deutsche Patentrecht hervor. Ebenso wesentlich ist seine Schrift Schutztechnische Erfindungen als Erscheinungsform moderner Volkswirtschaft.

Kurze Chronik Das in dieser Rundschau (1928 II Seite 1018) beschriebene *Hitzdrahtmanometer* zur Messung sehr niedriger Drucke rührt nicht von M. Knudsen sondern von Marcello Pirani her. ◊ Von der Regierung in *Costa Rica* wurde die Verstaatlichung aller Kraftquellen mit einer Leistung von mehr als 500 Pferdestärken beschlossen, um eine allgemeine Elektrizitätsversorgung des Landes durchzuführen. ◊ Das Bergwerksgebiet von *Stulteco* in *Mexico*, das Silber, Blei, Zink, Kupfer, Antimon und Quecksilber aufweist, soll erschlossen werden. ◊ In *Cumbinnen* soll eine *Maschinenbauschule* errichtet werden. ◊ Der Professor an der Technischen Hochschule Berlin *Reinhold Rüdenberg* spricht in den Vereinigten Staaten in einer Gastvorlesung, die mehrere Wochen umfaßt, über neuere Forschungsergebnisse in der Elektrotechnik. ◊ *Gilbert Feldhaus* untersuchte in der Beilage Technik des Vorwärts vom 27. Oktober 1928 die Frage, wer den ersten *Motorflug* vollführt hat. Er machte da auf einen der Pioniere der deutschen Luftfahrt aufmerksam; auf *Karl Jatho*, der schon vor einem Vierteljahrhundert mit einem primitiven Flugzeug einen Luftsprung machen konnte, und der jetzt, durch Flugabsturz gelähmt, als pensionierter Beamter in Hannover lebt. In einer Nachschrift erinnerte die Redaktion des Vorwärts dann noch daran, daß schon lange vorher, nämlich 1890, dem französischen Major *Ader* mit seinem durch Dampf getriebenen Flugzeug ein solcher Luftsprung gelungen war.

Literatur In einem kleinen, lebendig und anschaulich geschriebenen Buch *Das Raketenweltraumschiff; Wanderung zum Monde und zu anderen Planeten* (Hamburg, Auer & Co.) hat *Felix Linke* das Raketenweltraumschiff dargestellt. Er hat es in ausgezeichneter Weise verstanden die Ideen *Hermann Oberths* und *Max Valiers* über den Weltraumverkehr mit Raketenfahrzeugen wiederzugeben; und bei dem Versuch die Einwendungen gegen das Weltraumschiff zu widerlegen wird eine ganze Reihe astronomischer, physikalischer und technischer Probleme behandelt, aus denen auch der Leser, der der ganzen Frage skeptisch gegenübersteht, viel und in anregender Weise lernen kann. Wenn der Verfasser auch von der theoretischen Lösbarkeit des Problems überzeugt ist, so bringt er doch selbst reiches Material zur kritischen Betrachtung bei.

Innenkolonisation / Otto Karutz

West-Ost-Siedlung

Für alle, denen an der Förderung der Siedlung im Osten liegt, ist es unbestritten, daß neben Bauern und Landarbeitern selbst vor allem die westdeutschen 2. und 3. Bauernsöhne als Siedler in Frage kommen. Nach dem Krieg, besonders aber nach der Stabilisierung der deutschen Währung, wurde der Drang zur Abwanderung im westdeutschen Bauernstand wieder außerordentlich stark. Diese Abwanderung vollzieht sich erfahrungsgemäß heute weniger in die Stadt als ins überseeische Ausland. Dort versuchen die Abwandernden, gestützt auf gewisse Barmittel aus Verkauf oder Belastung der heimatischen Stammstelle, sich eine neue landwirtschaftliche Existenz zu schaffen. Es bedarf keiner Erörterung, daß es sich Deutschland in seiner augenblicklichen Lage nicht erlauben kann so wertvolle Menschen, wie es die Abwandernden in der Regel sind, an fremde Völker abzugeben. Daher hat man den Abwandererstrom möglichst abzufangen und in die Siedlungsgebiete Ostdeutschlands umzuleiten versucht. Man muß einen gewissen Erfolg darin feststellen, wie die Bewegung der Auswanderungszahlen der letzten 2 Jahre erweist. Jedoch aus den Kreisen der bisher in den Osten Umgesiedelten und auch der Umsiedlungslustigen im Westen kommen nun Klagen und Beschwerden über zu geringe Vertrautheit mit den Wirtschaftsformen und -erfordernissen sowie der Umgebung in der neuen Heimat. Ausschließlich eigene Anpassung an völlig Neues nimmt der Siedler wohl in Kauf, wenn er in fremde Länder geht. Im eigenen Land scheint sie ihm eine unnötige und unerwünschte Belastung; er erwartet, mit Recht, eine gewisse Anpassung der Siedlung auch an ihn. Man hat bei den Siedlungsunternehmungen nun wohl rechtzeitig die Notwendigkeit erkannt, daß bei der West-Ost-Siedlung nicht nur den rein siedlungstechnischen und verfahrensmäßigen Erfordernissen Rechnung zu tragen sondern auch sehr auf die Psyche und Gewohnheiten der westdeutschen Siedler Rücksicht zu nehmen ist. Insbesondere dort, wo die Siedler selbst direkt oder indirekt auf die Siedlungsunternehmungen größeren Einfluß nehmen können, ist es gelungen mit das Wichtigste der Siedlerwirtschaft, die Anlage der Hofstelle und die Gestaltung der Gebäude, den Verhältnissen und Sitten im Stammland

der Siedler näher anzupassen. Muster-gültig sind dafür die Siedlungen der Deutschen Bauernschaft in der Neumark, auf denen in einer östlichen Verhältnissen angepaßten und vollendet durchgebi-lteten Form der Typus des niedersächsischen Bauernhauses angewandt, und so den aus Westfalen, Oldenburg und Hannover stammenden Siedlern eine lang vertraute und heimische Lebens- und Wirtschafts-grundlage gegeben ist. Dabei hat man übrigens gleichzeitig noch einen materi-ellen Vorteil erzielt. Nicht zuletzt die Wahl dieses Bautypus ermöglichte es, gegenüber dem Durchschnitt der Preise für vergleichbare Bauten bei den ande-ren im Osten tätigen Siedlungsunterneh-mungen, eine Preissenkung um nahezu die Hälfte zu erreichen; die Qualität der Bauten ist dabei eher besser, mindestens nicht schlechter als bei den anderen Siedlungsgesellschaften, und ihre äußere Gestaltung ist besonders gut gelungen. Zweifellos ist im Grundgedanken auch der von einer provinziellen Landgesell-schaft unternommene Versuch richtig die westdeutschen Siedler vor ihrer Ansied-lung zur Gewöhnung an ostdeutsche Le-bens- und Wirtschaftsverhältnisse als Arbeitskräfte auf in Besiedlung befind-liche Güter der Gesellschaft zu setzen. Schließlich bedarf das schon von der Ansiedlungskommission in Posen aufge-stellte, heute überall beachtete Prinzip in einer Kolonie nach Abstammung und Bekenntnis möglichst gleichgeartete Sied-ler anzusetzen keiner Rechtfertigung. Dennoch ist damit für die Erforder-nisse einer wirklich erfolgreichen West-Ost-Siedlung noch nicht alles getan. Es bedarf ergänzender Maßnahmen, die die wirtschaftliche und kulturelle Verbin-dung der Siedler mit ihrer westdeutschen Heimat festigen und sichern. Nur so wird ein Anreiz zur Ansiedlung im Osten geschaffen, der sie wesentlich vorteilhaf-ter als Abwanderung ins Ausland er-scheinen läßt. Die preußischen Provin-zen westlich der Elbe und die außer-preußischen Länder erleichtern Sied-lungslustigen aus ihrem Gebiet bekannt-lich vielfach das Siedlungsvorhaben durch Gewährung besonderer verbilligter An-kaufskredite. Sie stärken damit die wirt-schaftliche Kraft der Siedler für die er-sten Jahre auf den neuen Stellen erheb-lich, weil diese nun ihr eigenes Vermö-gen als Betriebskapital verwenden kön-nen und nicht gezwungen sind es für die leider noch sehr hohen Anzahlungen zu verwenden. Diese Zuwendungen an ihre Siedler sollten aber für Provinz oder

Land ein Anlaß sein dafür den von ihnen betreuten Siedlern gewisse Gegenverpflichtungen aufzulegen. Sie müßten besonders darin bestehen, daß die Siedler kulturell und wirtschaftlich zusammenzuschließen sind; die Sitten und Gebräuche der alten Heimat werden in den Osten mit übernommen, und eine genossenschaftliche Brücke wird zwischen alter und neuer Heimat geschlagen. Zur Erleichterung dessen müßten auch die für die Entwicklung eines Dorflebens entscheidenden nichtlandwirtschaftlichen Kräfte, wie Lehrer, Pfarrer usw., auf Grund von Vereinbarungen unter den beteiligten Ländern zum Teil aus der Heimat der Siedler genommen werden. Einer Festigung mindestens der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen alter Heimat und Siedlungsgebiet würde außerdem das hier bereits verschiedenlich angeregte Wiederaufgreifen des früher so sehr bewährten Systems der Dorf- und Hofpatenschaften dienen. Durch solche Patenschaften über die neuen Siedlungen seitens der einzelnen Stammstellen oder auch der ganzen Heimatdörfer würde die wirtschaftliche Basis der Siedlungen im Osten sehr verbreitert, denn alle Erschütterungen der neuen Stellen im Osten fingen zum Teil die lebenskräftigeren alten im Westen auf.

Richtig ist allerdings, daß eine Förderung der West-Ost-Siedlung in der eben skizzierten Weise die Gefahr in sich bergen könnte, daß die vom Westen her betreuten Siedlungskolonien als Fremdkörper in Ostdeutschland erkennbar bleiben und die selbstverständlich notwendige Verflechtung mit dem bestehenden Volkstum und der Wirtschaft im Osten nicht erlangen. Da aber die kulturell einflußstärksten Elemente in den neuen Siedlungen: Lehrer, Pfarrer usw., niemals ausschließlich aus der Heimat der Siedler kommen, ebensowenig die einzelnen Kolonien jemals rein volkstämmige Siedlungen sein werden (jedes Siedlungsunternehmen muß stets hier oder dort einen im Osten heimischen Siedler als Bauern und vor allem als Handwerker unterbringen, auch die Landarbeitstellen werden größtenteils auf ostdeutsche Elemente übergehen), und schließlich der Zwang auch für die neuen Siedlungen zur Eingliederung in die einmal gegebene ostdeutsche Wirtschaftsstruktur nie ohne Wirkung bleibt, so sind doch wohl schon genügend natürliche Kautele gegen die Bildung solcher Fremdkörper im Osten durch eine derart fundierte West-Ost-Siedlung gegeben.

Kurze Chronik Die Verpächtervertretung, der Reichsschutzbund Landwirtschaftlicher Verpächter und Grundeigentümer, nahm am 24. November 1928 auf seiner Hauptversammlung in Berlin eine Resolution an, die sich sehr scharf gegen eine etwaige Ausgestaltung des landwirtschaftlichen Pachtrechts wendet, mit der Begründung, daß die freie Vereinbarung zwischen den beteiligten Vertragsteilen ausgeschaltet und damit das sogar durch die Reichsverfassung gewährleistete Eigentumsrecht untergraben würde; von einer solchen Entwicklung versprächen sich die Verpächter weder für die Landwirtschaft noch für Verpächter oder Pächter Nutzen, da sie das in Deutschland bewährte Pachtwesen erschüttern würde. $\diamond$ Bei den beiden **Großpächterorganisationen**, dem Reichsbund Landwirtschaftlicher Pächter und dem Domänenpächterverband, stand auf den Hauptversammlungen in Berlin am 17. und 18. Dezember 1928 ebenfalls die bevorstehende Pachtrechtsreform im Mittelpunkt der Erörterungen. Der Hauptgeschäftsführer beider Verbände, der Regierungsrat Fritz Wenzel, und der Vorsitzende des Domänenpächterverbands, der Oberamtmann Heinrich Hanisch-Rampitz, legten die Grundlinien eines von den Verbänden in Übereinstimmung mit der Kleinpächtervertretung ausgearbeiteten Gesetzentwurfs zur Regelung der landwirtschaftlichen Pachtverhältnisse dar, die allgemein für richtig befunden wurden. Auf der Grundlage dieses Entwurfs soll in Kürze mit den zuständigen Reichsressorts und den Verpächtern verhandelt werden.

Literatur

Der Landeskulturdirektor **Heinrich Bollert** berichtet über seine Eindrücke und Erfahrungen auf agrarpolitischen Studienreisen in Holland und Dänemark (Landwirtschaftliche Lebensfragen / Berlin, Rudolf Mosse/). Er zeigt in überaus klarer und eindringlicher Weise, wie die genannten beiden agrarischen Kleinbetriebsländer eine überaus enge Verflechtung ihrer Siedlung mit den allgemeinen Bestrebungen zur Förderung des Landbaus und der Bauernkultur aufweisen. Auch siedlungsmethodisch bringen Bollerts anschauliche Darstellungen sehr viel Neues. Die moderne gärtnerische Siedlung in Deutschland sollte die von Bollert übermittelten Erfahrungen Hollands auf diesem Gebiet wohlweislich beachten, um sich vor schwerem Schaden bei den ersten Versuchen zu bewahren.

Verkehr / Otto Schmidt

Frankreich: Es war bereits seit Jahren ein offenes Geheimnis, daß die Organisation des französischen Flugverkehrs schwere Fehler aufweist. Das klassische Land der Luftfahrt und die, nach amerikanischem Zeugnis, beste Fliegerei der Welt, die französischen, schienen so in Rückstand zu kommen. Die Flugunfälle auf den französischen Luftlinien ließen Zweifel an der technischen Vollendung der Flugmaschinen aufkommen. Andererseits weist Frankreich ganz ausgezeichnete Piloten auf, wie die beiden Weltumflieger Costes und Le Brix, so daß die Fehlschläge im französischen Luftverkehr mit Recht auf Mißstände allgemein organisatorischer Art zurückgeführt wurden. Der tragische Tod des französischen Handels- und Luftfahrtministers Maurice Bokanowski ließ dann die französische Öffentlichkeit aufhorchen und eine strenge Überprüfung und Reorganisation des Luftverkehrs fordern. Der neue französische Luftfahrtminister Laurent-Eynac beabsichtigt nun den französischen Luftverkehr völlig neu zu organisieren. Nach seinem Programm sollen sämtliche jetzt bestehenden französischen Flugverkehrsgesellschaften zu 3 großen Unternehmungen zusammengefaßt werden, deren Netze dann regional festgelegt werden. Die eine Gesellschaft soll den gesamten Flugverkehr nach Mittel- und Nordeuropa betreiben, die 2. den Flugverkehr London-Paris-Marseille sowie den Nahen und Fernen Orient, wobei nicht nur eine ständige Flugverbindung nach Syrien sondern auch nach Indochina geplant ist. Der 3. Gesellschaft soll schließlich der Verkehr nach Südamerika und Afrika zufallen. Sie soll unter anderm eine Linie nach Madagaskar einrichten, die in Gemeinschaft mit Belgien betrieben und über Timbuktu und das belgische Kongogebiet nach Madagaskar führen soll. Sie wäre damit ein Vorläufer der geplanten großen Transsaharabahn. Mit diesen neuen 3 französischen Luftverkehrsgesellschaften sollen dann auch die staatlichen Unterstützungen, die der Luftverkehr noch in allen Ländern erfordert, neu festgesetzt werden. Die französische Regierung beabsichtigt die Konzessionsverträge mit den Gesellschaften von 10 auf 30 Jahre auszudehnen, allerdings mit dem Vorbehalt die Gesellschaften nach einer Frist von 10 Jahren verstaatlichen zu können. Im Fall eines

Betriebsdefizits sollen die Fusionsverträge sofort kündbar sein. Ferner soll der französische Staat am Aktienkapital aller Gesellschaften mit 25 % beteiligt sein, dafür andererseits bei der Aufnahme von Anleihen durch die Gesellschaften gewisse Garantien übernehmen. Schließlich ist auch eine Beteiligung der Eisenbahn- und Schiffahrtsgesellschaften an den Fluggesellschaften geplant. Fast sämtliche größeren Eisenbahn- und Schiffahrtsgesellschaften sowie auch die Suezkanalgesellschaft sollen sich in Zukunft finanziell am französischen Luftverkehr beteiligen. Dieses Bestreben stellt gewissermaßen eine Parallele zu der Entwicklung in den Vereinigten Staaten von Amerika dar, wo sich in neuester Zeit auch einige Eisenbahngesellschaften dem Luftverkehr zuwenden und eigene Luftverkehrslinien betreiben wollen. Eine baldige Neuorganisation des französischen Luftverkehrs ist im europäischen Interesse dringend zu wünschen. Ein wirklich leistungsfähiger europäischer Flugverkehr wird sich nur erreichen lassen, wenn das Flugwesen aller Länder sich bemüht Spitzenleistungen zu erzielen und sich mit ihnen dem Gesamtverkehr einzuordnen. Darüber hinaus erwachsen aber gerade der französischen Luftfahrt in der Erschließung Afrikas und auch in der Durchführung der Verbindung Europas mit Übersee ganz besondere Aufgaben, für die gefestigte wirtschaftliche und organisatorische Grundlagen unbedingt erforderlich sind.

Französische Rheinschiffahrt Die Wiedervereinigung des Elsaß mit Frankreich hat das alte Mutterland nicht nur vor die Lösung einer großen Zahl politischer und wirtschaftlicher Fragen gestellt sondern ihm auch eine Reihe wichtiger Verkehrsprobleme bereitet. Die eigenartige Verkehrslage des Elsaß, auf der einen Seite von den schwer durchdringlichen Vogesen, auf der andern Seite vom Rhein begrenzt, schreibt als Hauptachse des Verkehrs zwangsläufig den Rhein vor. Der wirtschaftliche Aufschwung des Elsaß wird daher stets eng mit dem Blühen seiner Rheinschiffahrt verbunden sein. Das erfolgreiche Bestreben Frankreichs sich nach Beendigung des Krieges eine eigene Rheinflotte von fast 400 000 Tonnen zu verschaffen ist daher um so eher verständlich, als andererseits die deutsche Rheinschiffahrt von 1871 bis 1918 ohne rechtes Verständnis für die allgemeinen mitteleuropäischen Verkehrsinteressen der schärfste Gegner

der elsässischen Binnenschifffahrt und vor allem des Straßburger Hafens war. Die französische Regierung widmet dem verkehrswirtschaftlichen Ausbau des Elsaß in den letzten Jahren ihr besonderes Interesse und ist in der Durchführung ihrer Pläne auch durchaus erfolgreich. In dieser Rundschau (1928 II Seite 1025) wurde bereits auf den kürzlich beendeten Vogesendurchstich auf der Eisenbahnlinie Straßburg-Saint-Dié und seine große Bedeutung nicht nur für die elsässische Wirtschaft sondern für den mitteleuropäischen Verkehr im allgemeinen hingewiesen. In gleicher Weise hat Frankreich in den letzten 10 Jahren planmäßig den Ausbau seiner Rheinschifffahrt und vor allem des Straßburger Hafens betrieben. Die durch den Versailler Vertrag gewonnene Rheinflotte war so lange ohne wirtschaftlichen Effekt, als eine leistungsfähige, den Schiffsverkehr befruchtende elsässische Industrie fehlte, und der Aktionsradius des Straßburger Hafens nur gering war. Das erste Erfordernis war daher der Ausbau des Straßburger Hafens. Er wird in großzügiger Weise und unter enormen Aufwendungen durchgeführt. Nicht nur für Getreide, Kohle, Erze und Kali wurden die Umschlagsanlagen ausgebaut, sondern auch ganz neue Hafenbecken geschaffen, so ein Petroleumhafen. Im gesamten Umschlagverkehr Straßburgs ist daher ein ungewöhnlicher Aufschwung eingetreten. Die Ein- und Ausfuhrzahlen, insbesondere für Getreide, Kohle und Eisenerze, sind von Jahr zu Jahr in dem Maß gestiegen, wie sich die elsässische Industrie und mit ihr das ganze Hinterland entwickelt hat. Während der gesamte Rheinverkehr im letzten Jahre einen Rückgang von etwa 4 Millionen Tonnen erfuhr, konnte der Straßburger Hafen seinen Verkehr von 4,7 Millionen Tonnen im Jahr 1927 auf 5,3 Millionen Tonnen erhöhen. Dem Straßburger Hafen fließt der Verkehr außer vom Rhein auch noch durch den Rhein-Rhône-Kanal und den Rhein-Marne-Kanal zu. Der fortschreitende Ausbau des Straßburger Hafens und der französischen Rheinschifffahrt sowie die günstige Entwicklung der elsässischen Wirtschaft überhaupt, von der jetzt Poincaré in der Kammer ein anschauliches Bild gegeben hat, lassen eine weitere Steigerung des Verkehrs im Straßburger Hafen als ziemlich sicher erscheinen. Auch der geplante Ausbau des elsässischen Wasserstraßennetzes wird auf ihn ohne Zweifel befruchtend wirken.

Seltsamerweise geht die deutsche Öffentlichkeit, die jede Hafenerweiterung in Nord- oder Südamerika genau registriert, an diesem sich in der Stille vollziehenden Aufschwung der französischen Rheinschifffahrt ziemlich teilnahmslos vorüber. Nur das Berliner Tageblatt wies am 25. Januar darauf hin und deutete auch die Folgen für die deutsche Rheinschifffahrt an. Diese wird in der Tat den Entwicklungen am Oberrhein und vor allem dem Aufblühen Straßburgs größte Aufmerksamkeit schenken müssen. Auch hier werden sich Deutschland und Frankreich zu engster wirtschaftlicher Zusammenarbeit zusammenschließen müssen, wenn den Interessen der kontinentaleuropäischen Wirtschaft Genüge getan werden soll.

Paris

Der Verkehr in der Pariser Innenstadt ist wie in anderen europäischen Großstädten so stark, daß in gewissen Hauptverkehrsstraßen als einziger Ausweg die Ablenkung des Verkehrs unter die Erde offen bleibt. Man beabsichtigt daher in Paris jetzt eine Reihe von unterirdischen Kraftwagenstraßen zu bauen. Dies wird natürlich nur in Straßenzügen möglich sein, in denen keine Schnellbahn liegt. Die erste dieser Unterpflasterstraßen soll die Rue du Montmartre mit dem Faubourg Montmartre verbinden und auf diese Weise einen der verkehrsreichsten Teile der Weltstadt entlasten. Diese unterirdischen Straßen sollen nicht nur dem Automobilverkehr vorbehalten sein sondern auch Gehbahnen für die Fußgänger erhalten. Ferner ist die Anlage von Fußgängertunneln an einer Reihe der wichtigsten Verkehrspunkte von Paris geplant. Auch richtet man unterirdische Großgaragen ein, die dem Mangel an geeigneten Abstellhallen für die Automobile abhelfen sollen. Ähnlich wie in Berlin soll ferner auch in Paris ein stärkerer Zusammenschluß der einzelnen Verkehrsmittel durchgeführt werden. Die Straßenbahn, die Omnibuslinien und die Seineschifffahrt sind bereits in der Société des Transports en Commun de la Région Parisienne zusammengefaßt worden. Neben den Eisenbahngesellschaften, die den Vortverkehr durchführen; bestehen außerdem noch die beiden Untergrundbahngesellschaften: Métropolitain und Nord-Sud, deren Zusammenschluß jetzt gleichfalls vollzogen werden soll. Damit wäre ein wesentlicher Schritt zur Vereinheitlichung des Pariser Verkehrs wesens ge-

tan. Ohne Zweifel wird die Entwicklung in Paris ebenso wie in Berlin auch zum Zusammenschluß aller Verkehrsmittel und zur Schaffung eines Einheitstarifs führen müssen.

Der Pariser Polizeipräfekt hat sich, wie in dieser Rundschau berichtet wurde, zu einer energischen Bekämpfung des Straßenlärms entschlossen. Nach 1 Uhr nachts ist das Hupen in den Straßen verboten, und die Kraftfahrzeuge müssen so langsam fahren, daß die Sicherheit auch ohne Hupen gewährleistet ist. Eine derartige Vorschrift wäre im Interesse der gesamten Bevölkerung in Berlin auch durchaus begrüßenswert. Leider hat sich auch die neue Berliner Verkehrsordnung hierzu nicht entschließen können.

Wichtiger als noch so detaillierte Vorschriften ist freilich das Verhalten der Bevölkerung selbst. Es bedarf weniger einer ausgeklügelten Organisation (die bei uns oft zur Überorganisation entartet, mit der Tendenz Selbstzweck zu werden), wenn die Menschen selber auf den Straßen, die doch allen gehören, die nötige menschliche Einfühlung zeigen. Und das ist gerade das Kennzeichen der Pariser, daß sie diesen Geist betätigen, weshalb der Verkehr in Paris (das eine größere Einwohnerzahl als Berlin, nämlich 5 Millionen, auf einer kleinern Fläche umfaßt) bei geringerer Organisation doch weit sicherer funktioniert: was den ausländischen Besucher immer wieder in Erstaunen setzt. So schrieb jetzt Lida Gustava Heymann in einem Brief aus Frankreich, der im Januar in der Monatsschrift *Die Frau im Staat* erschien: »Der Straßenverkehr in Paris ist überwältigend, aber so glänzend geregelt wie in keiner zweiten Stadt Europas. Die Polizisten, die nichts Militärisches an sich haben, nie kommandieren, nie toben, Autoführer, Radfahrer, Karrenschieber und Publikum: alle sind auf das Prinzip gegenseitiger Hilfe eingestellt, alles scheint oft in Millimeterbreite an einander vorbeizugleiten, jeder nimmt Rücksicht auf den andern, so vollzieht sich ein reibungsloser und fabelhaft schneller Verkehr.«

Nordpolflug Um den unter so tragischen Umständen Mitte 1928 mißglückten Nordpolflug Umberto Nobiles (siehe diese Rundschau 1928 II Seite 727 und folgende) ist es jetzt ruhig geworden. Mussolini hat dem General strengstes Stillschweigen über die Expedition auferlegt, bis die Untersuchungen der italienischen

Regierung abgeschlossen sind. Der tschechoslowakische Forscher und Expeditionsteilnehmer Franz Behounek hat in Vorträgen, auch in Berlin, den Nordpolflug behandelt, hierbei jedoch nichts mitgeteilt, was die unberechtigten Angriffe der Tagespresse im vorigen Jahr gegen Nobile auch nur im entferntesten rechtfertigen könnte. Das wissenschaftliche Ergebnis seiner wertvollen Beobachtungen während des Fluges stellt Behounek demnächst in Aussicht. Auch mit dem Abschluß der italienischen Untersuchungen über die Expedition wird wohl in nächster Zeit zu rechnen sein. Das schwerste Opfer, das dieser Versuch eines planmäßigen Nordpolflugs gefordert hat, ist ohne Zweifel Roald Amundsen. Nachdem die Eis- und Wetterverhältnisse ein weiteres Arbeiten der Eisbrecher in der Polarzone unmöglich machten, mußte man Amundsen und auch den Rest der Luftschiffbesatzung bei der abgestürzten Ballonhülle aufgeben. Da beide ohne ausreichende Lebensmittel waren, und ihre Lage völlig unbekannt ist, besteht keine Hoffnung mehr für sie. Der Anbahnung des Flugverkehrs über den Pol hätte Amundsen bei planmäßiger Einsetzung seiner großen Erfahrungen und Tatkraft noch große Dienste erweisen können. Die Russen, die sich um die Rettung der Nobilexpedition so verdient machten, haben jetzt einen Film von der Rettungsexpedition des Eisbrechers Krassin unter dem Titel *Das weiße Geheimnis* herausgebracht (Regisseur Wilhelm Bluwstein), der kürzlich in Berlin gezeigt wurde. Er ist hier wegen seiner Perspektiven für den transarktischen Flugverkehr bemerkenswert. Neben den Kämpfen, die der Krassin mit Eis, Sturm und Nebel bestand, bis er sich zu den vom Eis Eingeschlossenen mühevoll den Weg gebahnt hatte, bringt der Film ganz ausgezeichnete Aufnahmen von dem Flug des russischen Piloten Tschuchnowskij, der die beiden italienischen Begleiter des verschollenen schwedischen Forschers Malmgreen suchte, dann aber selbst infolge Nebels zur Notlandung auf dem Eis gezwungen wurde. Erst nach Rettung der Malmgreengruppe und des Roten Zelts wurde er mit seinen Begleitern, darunter dem Regisseur Bluwstein, vom Krassin entsetzt. Während des Erkundungsflugs hat der Kameramann geschickt gearbeitet, und man erhält so ein untrügliches Luftbild der Polarzone. Diese Filmstreifen mit dem undurchdringlichen Eismeer

zeigen klar, daß in dieser Zone nur ein Verkehrsmittel in Frage kommt: das Luftfahrzeug. Dieses allein ist in der Lage diese sonst undurchdringlichen Gebiete schnell zu überqueren, und die Sicherheit wird hierbei nur noch eine Frage der Zeit sein. In diesem Sinn ist dieser russische Film ein deutlicher Beweis der Berechtigung und Notwendigkeit der Nobilexpedition, die eine Etappe auf dem Weg zum Europa-Nordpol-Ostasien-Flug war, und deren Scheitern, so schlimm es auch im einzelnen ist, nur ein neuer Ansporn zur Erreichung des im europäischen Interesse eminent wichtigen Endziels sein kann.

Vereinigte Staaten von Amerika: Auf das Telephon- und Telegraphenwesen in den Vereinigten Staaten von Amerika ist bei Beurteilung der deutschen Verhältnisse oft als Beispiel hingewiesen worden. Eine gute Übersicht über die Entwicklung der Schnellenachrichtenmittel in Nordamerika gab vor kurzem der Staatssekretär im Reichspostministerium Ernst Feyerabend in einem Vortrag über seine Studienreise im Herbst 1927.

Der Amerikaner stellt an die technischen Leistungen und die Güte des Telegraphen und Telephons die größten Anforderungen und verlangt ihre unbeschränkte Verfügung bei Tag und Nacht, im Geschäft, zu Hause, im Theater, im Restaurant, im Hotel oder auf der Straße. In den Vereinigten Staaten sind Telephon und Telegraph, wie das Eisenbahnwesen, von Anbeginn der privatwirtschaftlichen Unternehmung überlassen worden. Eine gewisse Überwachung übt der Staat allerdings sowohl beim Eisenbahnwesen wie beim Telegraphen und Telephon durch besondere Behörden über die Finanz- und Tarifpolitik der Privatgesellschaften aus. Nennenswerte Gegensätze zwischen den staatlichen Überwachungsbehörden und den Gesellschaften sind jedoch bisher nicht entstanden. Das Fehlen eines Monopols für Telegraph und Telephon in Amerika hat eine Zeitlang dadurch Nachteile hervorgerufen, daß verschiedene unabhängige Gesellschaften in einzelnen Städten den Fernsprechverkehr wahrnahmen. Heute wird jedoch der Fernsprechverkehr in den großen Städten und von Ort zu Ort von einer einzigen Gesellschaft, dem Bellkonzern, bedient, und nur in den Klein- und mittleren Städten ist der Ortsverkehr noch anderen Gesellschaften überlassen.

An der Spitze des Bellkonzerns steht als Muttergesellschaft die American Telephone and Telegraph Company mit dem Sitz in New York. Sie ist die Zentralverwaltung für 24 Betriebsgesellschaften in den Einzelstaaten der Union und erledigt alle wichtigen Geschäfte von allgemeiner Bedeutung, namentlich auch die technische Verbesserung des Betriebs. Sie besitzt eine eigene Fabrikationsgesellschaft, die Western Electric Company, die den Gesamtbedarf an Apparaten, Amtseinrichtungen, Kabeln und Leitungen für die American Telephone and Telegraph Company herstellt. Die Laboratorien der Gesellschaft, in denen mehr als 2000 Ingenieure, Physiker und Chemiker arbeiten, verfügen über einen jährlichen Betriebsfonds von 10 Millionen Dollars. Die Organisation des amerikanischen Fernsprechdienstes ähnelt somit in den Grundzügen der unsrigen, in der das Reichspostministerium der American Telephone and Telegraph Company entspricht, die Oberpostdirektionen den Betriebsgesellschaften und die Belllaboratorien dem Telegraphentechnischen Reichsamte. Nur eine eigene Fabrikationsgesellschaft fehlt bei uns, und in ihr liegt ein wirtschaftlicher Vorteil von großer Auswirkung. Die Western Electric Company arbeitet ausschließlich für die Bedürfnisse der Gesellschaft und kann dabei höchste Rationalisierung in der Fabrikation bei Vermeidung vieler Unkosten und Absatzsorgen durchführen. Darin liegt auch einer der Gründe, weshalb das Bellsystem den Fernsprechbetrieb mit relativ geringeren Selbstkosten durchführen kann als die Deutsche Reichspost und in vieler Beziehung einheitlicher und leistungsfähiger ist. Der Bellkonzern ist im übrigen nicht nur die größte Aktiengesellschaft der Vereinigten Staaten und wohl auch der Welt sondern auch der größte Grundeigentümer in Nordamerika. Das Personal des Bellkonzerns umfaßt etwa 310 000 Köpfe und kommt damit dem der Reichspost gleich. Dabei sind in den Vereinigten Staaten jetzt rund 18,4 Millionen oder 61 % aller in der Welt vorhandenen Sprechstellen des öffentlichen Verkehrs in Betrieb, gegenüber etwa 2,8 Millionen Sprechstellen in Deutschland. Auf 100 Einwohner entfallen in den Vereinigten Staaten heute 15 Telephonanschlüsse, in San Francisco sogar 32, gegenüber 11,3 in Berlin. Insgesamt hat New York 1,5 Millionen an das öffentliche Fernsprechnetze ange-schlossene Sprechstellen, Berlin dagegen

erst 450 000. Die ständige Zunahme des Fernsprechverkehrs in den amerikanischen Städten hat natürlich große technische Schwierigkeiten in der Abwicklung des Betriebs hervorgerufen; die einzige Hilfe lag in weitestgehender Mechanisierung des Betriebs, das heißt im Übergang zum Selbstanschlußbetrieb. Sonderbarerweise hat die American Company dem Selbstanschluß länger als wir abwartend gegenübergestanden, so daß drüben erst 15% des gesamten Netzes gegen 28 % bei uns automatisch bedient werden. Auch in der Ausgestaltung der technischen Mittel für den Fernsprechtbetrieb ist in Amerika größte Gleichförmigkeit und Einheitlichkeit durchgeführt. So wurde ein Typus des Tischtelefons ausgebildet, der in Massenproduktion hergestellt wird und, in ähnlicher Form von der Deutschen Reichspost übernommen, zum Weltfernsprechapparat zu werden verspricht. Auch beim Ausbau des großen äußeren Leitungsnetzes sind in erster Linie Forderungen der Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit, nicht aber Schönheitsrück-sichten maßgebend. Die unterirdische Führung der Leitung geht dort, anders als bei uns, über die eng bebauten Innenstädte nicht hinaus, in den Vorortbezirken und über Land hat man an Stangen geführte Luftkabel, oft noch mit den Lichtleitungen zusammen verlegt.

Die Tarifgebarung ist von der deutschen grundsätzlich verschieden. Es gibt keinen einheitlichen Tarif für den Ortsverkehr; jede Gesellschaft wendet für ihr Netz ein eigenes Tarifsysteem an; in kleineren Städten herrscht noch der Pauschartif vor. In New York wurde der Pauschartif schon 1898 durch einen Gesprächstarif ersetzt. Diesem Vorgehen sind alle größeren Städte gefolgt. Die Teilnehmer sind hierbei auf eine Mindestgesprächszahl von 800 abonniert, die weiteren Stufen sind 960, 1200 und von da ab immer 300 Gespräche mehr. Wird die abonnierte Gesprächszahl überschritten, so ist für jedes weitere Gespräch eine Einzelgebühr zu zahlen. Die Tarife für den Nahverkehr liegen in Amerika im allgemeinen unter den deutschen; beim Fernverkehr sind sie freilich höher. Die Gesellschaft hat daher Ende 1927 die Gebühren des Fernverkehrs bereits herabgesetzt, wozu sie auch in der Lage war, da sie ihr riesiges Fernleitungsnetz auch für den Telegraphen mit verwendet.

Der Telegraph befindet sich in den Vereinigten Staaten gleichfalls in der Hand

privater Unternehmungen, und zwar der Western Union Telegraph Company, die etwa 85 % des gesamten Telegraphenverkehrs umfaßt, und der Postal Telegraph Cable Company. Die Western Union ist andererseits wieder mit der American Telephone and Telegraph Company geschäftlich verbunden. Der Telegrammverkehr der Western Union allein ist mehr als 3mal so groß wie der der Deutschen Reichspost. Während der Telegraph in Europa dem Wettbewerb des Telefons allmählich unterliegt, kann er in Nordamerika seinen Anteil am Schnellnachrichtenverkehr ständig vergrößern. Demzufolge ist er auch nicht, wie in Europa, ein Zuschußbetrieb sondern wirft reichliche Überschüsse ab. Diese sind in Amerika wie beim Telefon in der Hauptsache der vorzüglichen Verkehrspolitik der Telegraphengesellschaften zu verdanken, die dem Telegrammverkehr mit allen nur denkbaren Mitteln der Organisation, Technik, Propaganda, Schnelligkeit und leichten Zugänglichkeit für die Benutzer die Wege bereitet. So wurden 1926 bei den amerikanischen Telegraphengesellschaften 215 Millionen Telegramme aufgefertigt, in Deutschland, dessen Netzdichte 2,5 mal größer ist als in den Vereinigten Staaten, hingegen nur 36,3 Millionen. Der Rückgang des Telegrammverkehrs auch in Deutschland scheint daher, wie auch Feyerabend betont, auf einer ungenügenden Organisation des Telegraphenbetriebs zu beruhen, während der telegraphische Nachrichtenaustausch in den Vereinigten Staaten von Amerika so organisiert ist, daß er Raum und Zeit fast völlig überwindet.

Totenliste Am 13. August 1928 starb in der Schweiz nach langer Krankheit der elsässische Senator *Lazare Weiller*, einer der reichsten Männer Frankreichs. Diesen Reichtum hatte er in den durch ihn selbst begründeten Trofileries du Havre, einer der gewaltigsten elektrischen Unternehmungen überhaupt, erworben. Die Trofileries du Havre haben auf 2 Gebieten der technischen Wissenschaften bahnbrechend für die ganze Welt gewirkt: auf dem der Modernisierung des Automobilwesens und auf dem der Aviatik. Sie haben dem Flugwesen in der Welt die Bahn eröffnet. Für die Versuche der Brüder Wright gaben sie 500 000 Francs, wodurch diese instand gesetzt wurden ihre ersten Flugversuche, und zwar eben in Frankreich, zu machen.

Am 8. Oktober starb in Berlin **Georg von Tschudi**, der Vizepräsident des Aeroklubs von Deutschland und Vorsitzende des Deutschen Lufrats, im Alter von 66 Jahren. Tschudi hat in den letzten 30 Jahren die Entwicklung der deutschen Luftfahrt in der vordersten Reihe, zunächst als Offizier, später als Organisator der größten Luftfahrtveranstaltungen, mitgemacht. Schon 1909 organisierte er in Frankfurt die 1. Internationale Luftfahrtausstellung.

Am 30. Oktober starb der Generaldirektor der Rheinischen Bahngesellschaft in Düsseldorf **Max Schwab**, in seinem 55. Lebensjahr. Schwab hat 22 Jahre lang den umfangreichen Straßen- und Kleinbahnbetrieb der Rheinischen Bahngesellschaft sowie die gesamten Verkehrsangelegenheiten Düsseldorfs geleitet. Auch an dem Zusammenschluß des Aerolloyd und der Junkersgesellschaft zur Luft-hansa war er führend beteiligt.

Am 5. Dezember starb **Max Albrecht**, der Direktor der Dortmunder Straßenbahn, im Alter von 59 Jahren. Albrecht hat sich große Verdienste um das europäische Straßenbahnwesen erworben; insbesondere der Straßenbahnwagenbau verdankt ihm viele Verbesserungen.

Am 18. Dezember starb in München **Karl von Völcker**, im Alter von 64 Jahren. Er hatte sich auf großen Reisen einen tiefen Einblick in die Verkehrsverhältnisse fast aller europäischen Länder und der Vereinigten Staaten von Amerika verschafft. An der grundlegenden Umgestaltung der bayrischen Eisenbahn- und Postverwaltung im 1. Jahrzehnt dieses Jahrhunderts hat er in hervorragender Weise mitgewirkt und sich schon damals für den Gedanken der Betriebsrationalisierung eingesetzt. Seit dem Jahr 1921 leitete er die Reichsbahndirektion München.

Am 26. Januar 1929 starb **Wilhelm Siegert**, der Organisator des deutschen Flugwesens im Weltkrieg. Siegert hat während des Krieges als Inspektor der Fliegertruppen in der Hauptsache die Organisation geschaffen, der unsere Erfolge im Flugwesen zu verdanken waren. Auch in den letzten Jahren ist sein Rat für den Ausbau unseres Verkehrsflugwesens viel gesucht worden.

Am 5. Februar starb in Berlin **Günther von Hünefeld**, erst 37 Jahre alt. Ihm war es im vorigen Jahr zusammen mit Köhl und Fitzmaurice gelungen den Atlantischen Ozean von Westen nach Osten im Flugzeug zu überqueren (siehe diese Rundschau, 1928 I Seite 460).

Hünefeld, nach dem Krieg als Syndikus beim Norddeutschen Lloyd tätig, war, obwohl in der Luftfahrt ein Neuling, die eigentlich treibende Kraft des deutschen Ozeanflugs, insbesondere nach dessen erstem Scheitern Ende 1927. Erst im Jahr 1928 bestand er die Pilotenprüfung, und dann unternahm er gleich einen Ostasienflug, der ihn bis nach Tokio führte. Seit Jahren litt er an schwerer Krankheit. Obwohl politisch rechts stehend, war Hünefeld in seiner Sache, der Luftfahrt, von nationalistischer Enge weit entfernt. Er hat vielmehr die kontinentale und völkerverbindende Bedeutung des Flugzeugs stets betont.

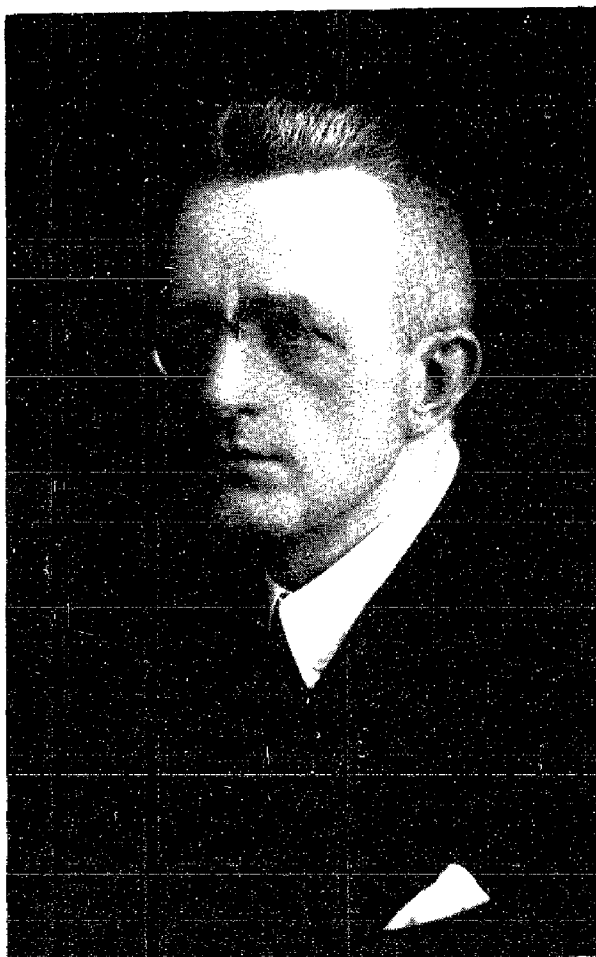
Kurze Chronik Dem 3motorigen Fokkerflugzeug Question Mark gelang es auf dem Flugplatz in Los Angeles Anfang dieses Jahres ununterbrochen 150¼ Stunden in der Luft zu bleiben. Die Benzinversorgung wurde während des Flugs vorgenommen. Ob allerdings ein derartiges Tanken in der Luft für Langstreckenflüge praktisch von Bedeutung werden kann, erscheint zweifelhaft. ◊ Zu Beginn des Jahres 1929 traten die dänischen, norwegischen und schwedischen Staatsbahnen sowie die schweizerischen Bundesbahnen dem Verein Deutscher Eisenbahnverwaltungen bei, dessen Hauptaufgabe in der Vereinheitlichung und Verbesserung der technischen Einrichtungen sowie des Verkehrs der großen europäischen Eisenbahnen liegt. Durch den Beitritt Skandinaviens und der Schweiz ist diese internationale Zusammenarbeit weiter gefördert worden. ◊ Von Gotha nach Friedrichroda und Tabarz wird zurzeit eine neue elektrische Überlandbahn gebaut: die Thüringer Waldbahn. Sie ist 23,5 Kilometer lang und soll im Mai eröffnet werden. ◊ Der Weltbestand an Automobilen betrug nach Angaben des Reichsverbands der Deutschen Automobilindustrie Mitte 1928 insgesamt 29,5 Millionen Wagen. Die deutsche Erzeugung im Jahr 1928 wird auf 1 050 Millionen Mark geschätzt, gegenüber 863 Millionen Mark im Jahr 1927. Insgesamt wurden in Deutschland 1928 schätzungsweise 290 000 Automobile einschließlich Motorräder gebaut; das bedeutet eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um fast 40%. ◊ Am 1. Oktober 1928 begann auf allen deutschen Landstraßen wieder eine Verkehrszählung des gesamten Straßenverkehrs. Sie wird sich über ein ganzes Jahr erstrecken und wird auf über 30 000 Zählstellen durchgeführt. Im

Gegensatz zu der Verkehrszählung vor 4 Jahren wird diesmal der Verkehr nicht nur auf den Staats- und Provinzialstraßen sondern auf einer großen Reihe von Kreis- und Stadtstraßen gezählt werden. $\diamond$ In Dresden wird an der Aufstellung von Plänen für ein künftiges Dresdener Schnellbahnnetz gearbeitet. Es sollen zunächst vor allem die Verkehrsstränge festgelegt werden, selbst wenn deren Ausführung erst in Jahrzehnten wahrscheinlich ist, damit sie bei allen zukünftigen städtebaulichen Planungen berücksichtigt werden können. $\diamond$ An der Technischen Hochschule Stuttgart wurde ein *Institut für Luftfahrt* eingerichtet, zur Erforschung und Förderung aller Probleme des nationalen und internationalen Luftverkehrs. Direktor des Instituts ist Karl Pirath. $\diamond$ An der Technischen Hochschule Berlin wurde *Ernst Randzio* außerordentlicher Professor. Er hat auf umfangreichen Reisen in Mittel- und Südamerika das Verkehrswesen dieser Länder studiert und beabsichtigt unter anderm besonders über Straßenbahn- und Kleinbahnwesen zu lesen. $\diamond$ Der Technische Beigeordnete der Stadt Essen *Hermann Ehlgötz* wurde, als Nachfolger Joseph Brix', Professor für Städtebau an der Technischen Hochschule in Berlin. $\diamond$ Der Leiter der Abteilung III im Reichspostministerium *Paul Craemer* ist in den Ruhestand getreten. Craemer hat sich um den Ausbau der Fernkabelanlagen sowie den Telegraphen- und Telephonverkehr mit dem Ausland in den letzten Jahren große Verdienste erworben. Sein Nachfolger im Ministerium ist Wilhelm Arendt.

Literatur

In der Schrift *Luftfahrt und Luftfahrtmakler*, die in der Schriftenreihe *Leipziger Verkehr und Verkehrspolitik* des Ratsverkehrsamts der Stadt Leipzig erschien, untersucht *Wilhelm Ulderup* auf Grund seiner langjährigen Erfahrungen im internationalen Güterverkehr die verkehrswirtschaftlichen Funktionen des Luftfahrtmaklers, dessen Aufgabe es ist alle Möglichkeiten des Luftfrachtverkehrs zu erforschen und wirtschaftlich auszunutzen. Eins seiner Hauptarbeitsgebiete wird hierbei auch die Herstellung der Verbindung zwischen den inländischen und den ausländischen Luftfahrtunternehmen sowie den Luftfahrtunternehmen und den übrigen Verkehrsmitteln sein. Die Schrift enthält wertvolle Anregungen über die Möglichkeiten des merkantilen Luftverkehrs für hochwertige Güter. $\diamond$

Die Deutsche Reichsbahn als Glied des europäischen Verkehrs ist der Titel einer unterrichtenden Schrift *Paul Wolfs*, des Direktors der Deutschen Reichsbahngesellschaft, die nach einem Vortrag im Verein für Eisenbahnkunde in Berlin von der Deutschen Reichsbahn publiziert wurde. $\diamond$ Unter Förderung des Reichsverkehrsministeriums, des Reichsverbands der Automobilindustrie und der Automobilklubs wurde das Werk *Das deutsche Automobilwesen der Gegenwart* gewissermaßen als Repräsentationswerk der *deutschen Automobilindustrie* herausgegeben (Berlin, Reimar Hobbing). In werbender Absicht stellt es die Entwicklung und den Aufschwung des deutschen Automobilwesens im letzten Jahrzehnt in einer großen Anzahl von Beiträgen erster Fachleute auf diesem Gebiet dar. Neben technischen Fragen werden auch die Kraftverkehrswirtschaft, Organisationsfragen und der Kraftfahrtransport behandelt. Der Anhang enthält wertvolle statistische Angaben. Leider ist die drucktechnische Wiedergabe der Abbildungen schlecht. $\diamond$ Aus Anlaß ihres 60jährigen Bestehens Mitte 1928 gab die *Allgemeine Berliner Omnibusaktiengesellschaft* eine Denkschrift heraus, die in besonders erfreulicher Weise die übliche Form derartiger Jubiläumsschriften verläßt. Ungezwungen und anspruchslos wird die Entwicklung des Berliner Omnibusverkehrs von der Sänfte an bis zum modernen Dreiaxser und Doppeldeckwagen in knappem Text und um so zahlreicheren Bildern dargestellt. Insbesondere die alten Kupferstiche, Lithographien, Zeichnungen, Kabinettsordern und Verträge machen das Durchblättern der geschmackvoll hergestellten Schrift zu einem Genuß. Die Beigabe alter und moderner Karikaturen des Omnibusses zeigt, daß den Leitern der Gesellschaft auch der Humor ihres Berufs nicht fehlt. $\diamond$ Die 24. Auflage des bekannten Opitzschen *Verkehrstaschenatlas* von Deutschland, Österreich, der Tschechoslowakei nebst Grenzgebieten (Leipzig, J. J. Arndt), deren Umarbeitung Arthur Friedemann besorgte, weist erhebliche Verbesserungen auf. Die Eisenbahnlinien sind ergänzt, die Autobuslinien neu aufgenommen worden. Die Übersichtlichkeit der Karten ist dadurch nicht beeinträchtigt worden, wenn auch allerdings manchmal zu viele Farben durcheinanderlaufen, und dadurch die Deutlichkeit der Beschriftung herabgesetzt wird. Eine wertvolle Hilfe für den Reiseverkehr ist das äußerst umfangreiche Ortsverzeichnis am Schluß.



ALWIN SAENGER / NACH EINER AUF-
NAHME AUS DEM JAHR 1918